

Transformation weltweit

Für Gute Arbeit im digitalen und ökologischen Wandel



- Wir halten fest, dass sich unsere Art zu wirtschaften und unser Verständnis von Wohlstand und Wachstum grundsätzlich ändern müssen. -

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Hubert Weiger
Bis 2019 Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Valerie Franze
Redaktion: Beate Willms und Valerie Franze
Gestaltung: TRD Design Düsseldorf
Druck: graphik und druck, Köln
Titelfoto: Pedro Ribeiro Nogueira. Gruppe der Antifaschistischen
Lieferant_innen blockiert Brücke in São Paulo, Brasilien.

Düsseldorf 2020 1. Auflage

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Nord-Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das DGB Bildungswerk BUND e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Inhalt

Grafiken

Börsenwert der Big 7	Seite 13
CO ₂ Ausstoß 2018 pro Person in Tonnen	Seite 20
Globale Nachhaltigkeitsziele	Seite 24
Die Smile-Kurve: Wertschöpfung im Produktionsprozess	Seite 31
Brasilien und seine Bundesstaaten	Seite 44
Green Jobs in Brasilien	Seite 44
Schutzrechte in Brasilien	Seite 45
Tarifverträge in Brasilien	Seite 46
Preis pro Barrel Rohöl, der nötig wäre, um die Haushalte von OPEC-Staaten auszugleichen	Seite 50 - 51
Die größten digitalen Plattformen	Seite 62 - 63

Infokästen

Marktmacht der Big 7 – und was dagegen zu tun ist	Seite 12
Just Transition und Gewerkschaftliche Initiativen und Hintergrundpakete	Seite 21
Digitales Leitbild bei Evonik	Seite 24
Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen	Seite 25
Die aktuelle Weltwirtschaftsordnung ist einseitig ausgerichtet	Seite 36
Das USMCA Abkommen: Was gehen könnte	Seite 39
Von Ungleichheit und Ausgrenzung geprägt: Südafrika	Seite 61
Genossenschaftliche Plattformen	Seite 64
Indonesiens Kreativwirtschaft: Wachstum ohne Wohlstand	Seite 71

Vorwort

von Valerie Franze Seite 7

Transformationsprozesse und gewerkschaftliche Handlungsfelder Seite 8

Globalisierung, Digitalisierung, Ökologisierung
Arbeit und Kapitalismus in der Transformation
von Hans-Jürgen Urban, IG Metall Seite 10

Internationale Klimapolitik und Gewerkschaften
Zeit, schnell zu handeln
von Jan Philipp Rohde, DGB Seite 16

Neue Unternehmensstrategien für die Ära beschleunigter Transformation
Industriepolitik und Mitbestimmung müssen den Rahmen bilden
von Kajsa Borgnäs und Carola Dittmann, Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE Seite 22

Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Wirtschaft im Globalen Süden
Mehr Handel, mehr Effizienz, mehr Transparenz: Wie alle von den neuen Möglichkeiten profitieren können
von Sven Hilbig, Brot für die Welt Seite 28

Nachhaltigkeit und Menschenrechte im Welthandel
Sozialklauseln allein reichen nicht
von Merle Groneweg, freie Referentin bei PowerShift und Christoph Scherrer, Universität Kassel Seite 34

Ökologische Transformation Seite 40

Green Jobs in Brasilien
Soziale Ungleichheit muss bekämpft werden
von Nelson de Chueri Karam, DIEESE Seite 42

Just Transition in Nigeria
Zwischen Öl und Ökolandbau
von Hauwa Mustapha, Nigeria Labour Congress Seite 48

Zivilgesellschaftliche Kooperation in den Amerikas
„Die PLADA ist ein Werkzeug des Kampfes.“
Interview von Wolf-Dieter Vogel mit Barbara Figuera, CUT Chile Seite 54

Digitalisierung Seite 58

Digitale Plattformgenossenschaften in Südafrika
Plattformökonomie – aber nur von Menschen für Menschen
von Fairuz Mullagee, Universität Western Cape Seite 60

Gründung der Gewerkschaft SINDIKASI in Indonesien
Neue Zielgruppe, neue Kultur, neue Sprache
von Raisya Maharani, SINDIKASI Seite 66

Antifaschismus und Arbeitskampf in Brasilien
„Als Erstes müssen die Fahrer verstehen, dass sie ausgebeutet werden.“
von Niklas Franzen, Journalist Seite 72

Quellen und Informationen Seite 76

Vorwort

Nach und nach halten digitale Apps Einzug in unser Leben. Arbeitsprozesse verändern sich schneller oder werden komplexer. Die meisten erleben das schleichend. Die wenigsten sind sich bewusst, dass wir in einem epochalen Wandel leben. Gleichzeitig erfordert die globale Erwärmung den politisch gesteuerten Umbau ganzer Wirtschaftssektoren und Lebensbereiche. Nach der Energiewirtschaft trifft dies aktuell vor allem den Verkehr und die Landwirtschaft.

In kurzer Zeit gibt es umfassende Veränderungen, die alle Lebensbereiche betreffen (werden). Die Digitalisierung und der Kampf gegen den Klimawandel sind zwei wesentliche Treiber der Transformation der Arbeitswelt und Wirtschaft.

Vor allem aber ist es ein kapitalistischer Prozess. Die Transformation folgt der Logik der Profitmaximierung und Konsumsteigerung in einem weitgehend entfesselten, globalen Wirtschaftssystem und einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Das zeigt sich am gewaltigen Wachstum und Geschäftsmodell digitaler Plattformen. Sie können zwar vielen Menschen gerade im Globalen Süden überhaupt ein kleines Einkommen ermöglichen, tragen aber insgesamt zur Prekarisierung von Arbeit bei. Nach der materiellen Produktion werden nun auch Dienstleistungen in die Länder mit den geringsten sozialen und Umweltstandards verlagert und stellen eine Gefahr auch für die erkämpften Arbeits- und Lebensbedingungen im Globalen Norden dar.

Diese Produktions- und Wirtschaftsordnung und die (fehlenden) politischen Rahmenbedingungen haben die Krisen erst hervorgerufen bzw. verschärft, die wir nun durch eine sozial-ökologische Transformation zu lösen versuchen: Umweltzerstörung, soziale Schieflagen, ungleiche soziale Machtstrukturen zwischen Arm und Reich, Süd und Nord, den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts – auch in westlichen Demokratien – und das Erstarken (rechts-)extremistischer und (rechts-)populistischer Strömungen. Die ungleiche Verteilung von Lohn und Vermögen und von Verwirklichungschancen sind Ursache und Folge zugleich.

Die Auslagerung der Kosten und Folgen unseres Konsums auf Mensch und Natur im Globalen Süden konnte in den Wohlstandsgesellschaften lange ignoriert werden. In der letzten Dekade mit aktuellem Höhepunkt zu Beginn des Jahres 2020

wirken sie aber sicht- und spürbarer in die Gesellschaften des Globalen Nordens zurück: Klimawandel, Migration, Demokratiekrise, Pandemie.

Was passiert, wenn wir die Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens zunehmend einem neoliberalen Wirtschaftsmodell unterordnen, offenbart die globale Gesundheitskrise, ausgelöst durch Covid-19, sowie die Folgen der Gegenmaßnahmen deutlich: Weltweit stießen unterfinanzierte Gesundheitssysteme an ihre Grenzen. Es zeigte sich, wie anfällig globale Lieferketten sind, und dass der Gesundheitsschutz ganzer Bevölkerungen von ihnen abhängt. Viele Unternehmen mit Sitz im Globalen Norden wälzten die Kosten des Absatzeinbruchs auf die Lieferketten im Globalen Süden ab. Aktiengesellschaften schütteten Milliarden Gewinne aus und nahmen gleichzeitig staatliche Gelder in Anspruch.

Die gesamten Folgen der Pandemie sind zum jetzigen Zeitpunkt zwar noch nicht abzusehen, weltweit steigen aber Armut und Arbeitslosigkeit, schlimme Hungersnöte werden befürchtet.

Umso größer erscheint die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der sozial-ökologischen Transformation. Und diese kann nur gelingen, wenn der soziale Zusammenhalt und unsere Visionen für ein gutes, gemeinsames Leben und Gute Arbeit Priorität bekommen. Darauf müssen wir die Regeln des gemeinsamen Wirtschaftens verpflichten. Dies kann nur gelingen, wenn wir global denken, uns global koordinieren und von globaler Solidarität leiten lassen.

Es gibt bereits Schritte in die richtige Richtung. Die internationale Gemeinschaft hat sich unter dem Dach der Vereinten Nationen auf die Agenda 2030 geeinigt und 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung definiert. Im Pariser Klimaabkommen, verständigte sich die Weltgemeinschaft auf die CO₂-Reduktion, um die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius zu stoppen und Gewerkschaften verankerten in der Präambel des Abkommens das Prinzip Just Transition, also einen gerechten und sozialverträglichen Übergang.

2011 hat der UN-Menschenrechtsrat die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte angenommen. Resultierend haben nationale Regierungen Aktionspläne für ihre Umsetzung entwickelt. Auch wenn die Pläne unterschiedlich fortschrittlich

ausfallen, können zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Initiativen darauf aufbauen, um Forderungen gegenüber Regierungen durchzusetzen. So gibt es in einigen Ländern bereits Gesetze zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht. Sie verpflichten Unternehmen, ihre Lieferketten mit Blick auf Menschenrechte und damit auch Gewerkschaftsrechte sowie Umweltstandards zu überprüfen – und sind für Schäden haftbar, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen. Auch in Deutschland könnte bald ein Gesetz gegen den Widerstand der Wirtschaftslobby und ihren langen Arm ins Parlament verabschiedet werden.

Nach dem bevorstehenden Machtwechsel in den USA wird zwar ein wichtiger Global Player voraussichtlich wieder in das Pariser Abkommen einsteigen und multilaterale Lösungsansätze stärken, nichtsdestotrotz ist das internationale Umfeld von Spannungen geprägt – zwischen den USA und China, und ebenso vom Wettlauf der Großmächte, darunter die Europäische Union, um die Dominanz im globalen Wirtschafts- und Handelssystem.

Um den partikularen Wirtschaftsinteressen eine gerechtere Wirtschaftsordnung, Nachhaltigkeit und universelle Menschenrechte entgegenzusetzen, kooperieren zivilgesellschaftliche Organisationen ebenfalls grenzüberschreitend. Sie setzen sich zum Beispiel für globale Steuergerechtigkeit ein, auch um die Kosten des Strukturwandels angemessen zu verteilen.

Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie haben globale Solidarität historisch in ihrer DNA verankert, und sie haben dem Klimawandel den Kampf angesagt. Sie verteidigen die Rechte der Arbeitenden gegenüber den Interessen des Kapitals, sie setzen sich für soziale Sicherung der Beschäftigten und der Schwächsten in der Arbeitswelt ein.

Wir Arbeitnehmer_innen und unsere Vertretungen müssen die sozial-ökologische und digitale Transformation auf allen Ebenen als unsere Aufgabe verstehen, sie vorantreiben und mitbestimmen. Als gesellschaftspolitische Akteure, in der Aushandlung von Tarifverträgen, im Betrieb und in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Entscheidungsträger_innen.

Das zeigen unsere Autor_innen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien, aus dem Globalen Süden und Norden. Sie beschreiben die Transformationsprozesse,

stellen globale Zusammenhänge und die wichtigen politischen Handlungsfelder für Zivilgesellschaft und Gewerkschaften dar. Sie zeigen die Räume auf, in denen sich Arbeitnehmende organisieren, mit anderen vernetzen und zusammenarbeiten, um gegen Ausbeutung und für Demokratie im digitalen Kapitalismus zu kämpfen, eine sozial-ökologische Transformation voranzutreiben und um alternative Gesellschaftsmodelle zu entwerfen.

Wir bedanken uns sehr bei allen Mitwirkenden und bei den Autor_innen für ihre klugen Analysen, die Handlungsempfehlungen, die interessanten und inspirierende Texte!

Wir wünschen nun eine gute Lektüre!

Mit solidarischen Grüßen,

Valerie Franze

Projektleiterin
Globales Lernen für
Arbeitnehmende beim
Nord-Süd-Netz



Transformationsprozesse und gewerkschaftliche Handlungsfelder

- Die historische Transformation war im Kern ein kapitalistischer Prozess, und die heutige ist es auch. -

Hans-Jürgen Urban

Aufbau einer Windkraftanlage.

Arbeit und Kapitalismus in der Transformation

Arbeit, Gesellschaft und Politik befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Wenn Marktzwänge und Profitorientierung dabei als Leitplanken gelten, werden Umwelt und die Mehrheit der Menschen dabei verlieren. Für erfolgversprechender hält Hans-Jürgen Urban eine umfassende Demokratisierung der Prozesse, eine zeitgemäße Arbeitsökologie mit einem neuen sozialen Entwicklungsmodell.

Foto © picture alliance / dpa / Patrick Paul



Arbeiten an dem Rotorblatt eines Windrads.

Über den Autor

Hans-Jürgen Urban ist seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und dort zuständig für Fragen der Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Zugleich ist der promovierte Sozialwissenschaftler als Privatdozent und Mitglied des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ an der Universität Jena tätig. Hans-Jürgen Urban publiziert u.a. zu den Themen Kapitalismuskritik, digitale Transformation, Ökologie der Arbeit und Gewerkschaften.



Foto © IG Metall

Klimaziele, Kohleausstieg, Mobilitätswende, aber auch Arbeiten im Homeoffice sind Reaktionen auf Entwicklungen, die die Welt rasant verändern: auf die globale Erhitzung, auf die SARS-CoV-2-Pandemie. Einiges davon unterstützt, möglich gemacht oder auch getrieben durch die fortschreitende Digitalisierung. Der Industriestandort muss sich anpassen, nicht langsam und in kleinen Schritten, sondern in großen Umbrüchen. Das schürt Ängste und Sorgen. Deshalb ist es wichtig, zu verstehen, was passiert – und die Veränderungen mitzugestalten.

Solche Umbrüche sind nicht neu. In der wissenschaftlichen, aber auch in der öffentlichen Diskussion hat sich dafür der Begriff der „Transformation“ eingebürgert. Er geht vor allem auf den Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi zurück. Er prägte die Rede von der „Großen Transformation“.

Im Zentrum seiner Theorie steht die Entstehung der liberalen Marktgesellschaften durch die Verselbstständigung des Marktes gegenüber der Gesellschaft im 19. Jahrhundert sowie ihr Umkippen in faschistische Regime. Polanyi lokalisiert die Ursache für dieses Umkippen Westeuropas in dem sozialen und technologischen Umbruch, bei dem auch Arbeit, Boden und Geld zu Tauschobjekten wurden, die man auf Märkten handelte.

Doch die Einbeziehung von Arbeit, Boden und Geld in die „Teufelsmühle des Marktes“, wie Polanyi es nannte, blieb nicht ohne Folgen. Denn ihre Kommodifizierung beruht dem Soziologen zufolge auf einer Fiktion. Sie lassen sich nicht wie beliebige Waren behandeln, ohne in ihrer Substanz und sozialen Funktion Schaden zu nehmen. Wird die Arbeitskraft über ihre Regenerationskraft hinaus beansprucht, schädigt dies die menschliche Gesundheit und am Ende die Qualität der Arbeitskraft selbst. Ähnlich destruktive Folgen in Form von Umwelt-

zerstörung oder Inflation begleiten die Vermarktlichung von Boden und Geld. Um die fiktiven Waren vor den zersetzenden Marktkräften zu schützen, griffen die Gesellschaften erneut in den Marktmechanismus ein, indem sie regulative Institutionen aufbauten und Sozialgesetze erließen. Diese sollten den Konkurrenz- und Profitmechanismen Grenzen setzen und vor allem die Arbeit vor einer Übernutzung schützen.

Polanyis Analyse zeigt: Die historische Transformation war im Kern ein kapitalistischer Prozess, und die heutige ist es auch. Beide vollziehen sich im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung und beide werden durch die Spielregeln von Märkten und Kapitalverwertung geprägt. Konkurrenz und Profitstreben gewinnen so die Oberhand. Soll dies verhindert werden, sind Regularien und Eigentumsverhältnisse unverzichtbar, die die Dynamiken der Transformation in gesellschaftliche Institutionen und Ziele „einbetten“.

Die Treiber der kapitalistischen Transformation

Historisch führte die Einbettung der Märkte nach Faschismus und Weltkrieg zu den westlichen Wohlfahrtsstaaten, die dem Nachkriegskapitalismus seine Stabilität und den Lohnabhängigen einen ansehnlichen Lebensstandard ermöglichten. Doch die neoliberale Offensive der letzten drei Jahrzehnte hat dafür gesorgt, dass die kapitalistischen Märkte sich erneut immer stärker der staatlichen Regulierung entziehen.

Die Globalisierung und Digitalisierung sind zugleich Resultate und Treiber dieser Entwicklung. Die Nachkriegsordnung hatte auf internationale Institutionen und Regulierungen aufgebaut, die den Schutz des Status quo und der nationalstaatlichen

Souveränität zum Ziel hatten. Mit zunehmender Denationalisierung und Liberalisierung lösten sich die Güter- und Geldmärkte aus diesen Regulierungen. Das hat die gigantische Expansion der Finanzmärkte erst ermöglicht. Auch das explosionsartige Wachstum der globalen Internet-Konzerne – Google, Amazon, Microsoft, Apple, Facebook – wäre in regulierten Märkten kaum denkbar.

Wenn die gegenwärtige Entwicklung fortgeschrieben wird, werden Globalisierung, Digitalisierung und wohl auch die anstehende Dekarbonisierung weiterhin einen starken marktkonformen Transformationsdruck entfalten. Hier gilt: Im Selbstlauf, wenn die Transformation nur durch Marktzwänge und Profitorientierung gesteuert wird, dürfte sie für Arbeit, Gesellschaft und Natur eher Fluch als Segen sein. So wird die globale und digitale Transformation im Saldo Arbeitsplätze eher gefährden und Arbeit intensiver und von Marktschwankungen abhängiger machen. Und die digitalen Techniken werden die Gesellschaft durchdringen, sie kontrollierbarer machen und Gefahren für die Demokratie heraufbeschwören.

Beschleunigte Digitalisierung – gut für Arbeit und Umwelt?

Die neoliberale Erzählung, nach der die Globalisierung Wohlstand für alle bedeute, entpuppt sich also zunehmend als ideologisches Konstrukt, als „große Globalisierungslüge“, wie etwa der Harvard-Ökonom Dani Rodrik schreibt. Zu stark wächst die soziale Kluft zwischen einer kleinen Elite von Globalisierungsgewinnern und dem Rest der Weltbevölkerung.

Trotzdem werden in die Digitalisierung nach wie vor große Hoffnungen gesetzt. Von Politik, Medien und mitunter auch von den Gewerkschaften. Digitale Arbeit sei humaner, interessanter und flexibler als die heutige, heißt es. Und der digitale Kapitalismus smarter und grüner als der gegenwärtige. Realistische Hoffnungen?

Festzuhalten bleibt zunächst: Corona hat die Digitalisierung beschleunigt. Eine Umfrage unter Personalverantwortlichen zeigte: Während vor der Corona-Pandemie 39 Prozent der

Mitarbeitenden zumindest teilweise von zuhause arbeiten konnten, waren es im August 2020 gut 61 Prozent. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Homeoffice-Anteil deutlich – auf 70 Prozent. Für die Zeit nach Corona plant nach einer Umfrage des Ifo-Instituts ein großer Teil der Firmen, das Homeoffice-Angebot zu erhöhen. Die Ausbreitung ortsflexibler Arbeit dürfte also weitergehen.

Zweifelsohne stößt gerade diese Arbeit im Homeoffice bei vielen Beschäftigten auf große Zustimmung. Lange Hin- und Rückfahrten zur Arbeit können eingespart werden. Und digitale Arbeit kann helfen, Arbeit und Privatleben besser zu koordinieren. Aber – behält Polanyi Recht – dürfte sich eine weitgehend unregulierte und den Marktgesetzen folgende Digitalisierung mit Blick auf Arbeit und Umwelt eher als Teil des Problems denn als Lösung erweisen. Gewerkschaftliche Erfahrungen zeigen: Für die Unternehmen ist die digitale Durchdringung der Prozesse vor allem ein Instrument zur Steigerung von Intensität, Kontrolle und Produktivität der Arbeit: Homeoffice soll den Bürobedarf verringern und neue

Möglichkeiten bieten, Immobilien zu nutzen. Zugleich kann es als Probelauf für neue Outsourcing-Initiativen wichtige Erfahrungen liefern.

Auch die Hoffnung, dass die Umwelt mehr geschont wird, dürfte enttäuscht werden. Der digitale Kapitalismus ist von sich aus keineswegs grün. Er nimmt die Natur in erheblichem Ausmaß in Anspruch, eröffnet neue Felder eines umweltbelastenden Konsums. Er erzwingt die Ausbeutung seltener Ressourcen und ermöglicht die Ausbeutung traditioneller Ressourcen in neuen Dimensionen, erzeugt riesige Mengen von Elektroschrott, der nur mit enormem Energieaufwand und Werteverlust recycelt werden kann. Nicht zuletzt hat er einen gigantischen Energiebedarf.

Marktmacht der Big 7 – und was dagegen zu tun ist

Internet- und Tech-Konzerne haben die Old Economy längst überholt. In der Liste der größten Unternehmen der Welt stehen die Big 7 – Apple, Microsoft, Amazon, Alphabet/Ex-Google, Alibaba, Facebook und Tencent – ganz vorne. Nach Börsenwert und nach Umsatz.

Zugleich haben praktisch alle Regierungen lange gezögert, sich damit zu beschäftigen, ob die bestehenden Regulierungen überhaupt geeignet sind, dem Geschäftsgebahren dieser Konzerne einen Rahmen zu setzen. Tatsächlich brauchten sie auch immer einen langen Atem, wenn sie versuchten, etwa monopolistische Tendenzen zurückzuweisen oder auch Steuern einzutreiben.

In den Nullerjahren stritt die EU-Kommission jahrelang mit Microsoft. Das Betriebssystem des Unternehmens war auf rund 90 Prozent aller Rechner weltweit installiert. Microsoft weigerte sich aber, die technischen Daten dazu herauszugeben, bis es in letzter Instanz dazu verdonnert wurde.

Als ähnlich langwierig erweisen sich auch Steuerstreitigkeiten. Bei Redaktionsschluss noch nicht endgültig entschieden war ein ebenfalls von der EU-Kommission angestregtes Verfahren gegen Apple. Das Unternehmen hatte von 2004 bis 2013 in Europa gigantische Gewinne gemacht, aber praktisch keine Steuern gezahlt. Das ging, weil Apple eine Unterkonstruktion mit mehreren Tochtergesellschaften geschaffen und seine Europazentrale in Irland angesiedelt hatte, das entspre-

chende Vergünstigungen bereit stellte. Der Streit, den Apple in erster Instanz gewann, geht um rund 13 Milliarden Euro, die laut EU-Kommission nachgezahlt werden müssten.

Regulierungsansätze:

Digitalsteuer: Bislang werden Gewinne eines ausländischen Unternehmens dort besteuert, wo eine dauerhafte physische Präsenz – also eine Betriebsstätte – vorliegt. Die Umsatzsteuer fällt dort an, wo Unternehmen ihre Umsätze erzielen. Digitalen Unternehmen fällt es aber besonders leicht, ihre Gewinne dorthin zu verlagern, wo die Steuern besonders niedrig sind, denn sie können einen Markt ohne eine physische Präsenz bedienen. Außerdem bleiben wesentliche Aktivitäten unberücksichtigt: Zum Beispiel die Erhebung und Aufbereitung von Daten, die ein zentraler Teil der Wertschöpfung bei digitalen Geschäftsmodellen ist. Abhilfe soll eine Digitalsteuer schaffen, die gezielt auf Internetaktivitäten zugeschnitten ist.

Den ersten Vorstoß hat Frankreich 2019 mit einer nationalen Digitalsteuer unternommen, nachdem ein Anlauf der EU-Kommission für eine EU-weite Besteuerung gescheitert war: Unternehmen sollen in Frankreich 3 Prozent Steuern etwa auf online erzielte Werbeerlöse zahlen. Die Steuer soll bei Konzernen greifen, deren weltweite Digitalumsätze mindestens 750 Millionen Euro betragen und in Frankreich mindestens 25 Millionen Euro. Auch Spanien, Österreich und Italien bereiten nationale Vorstöße vor. Wegen der grenzüberschreitenden Geschäfte der IT-Konzerne bleibt ein internationaler Ansatz allerdings sinnvoller.

Die G20-Staaten haben sich 2019 auch bereits auf eine gemeinsame Stoßrichtung mit einer Mindeststeuer geeinigt. Zudem wollen sie regeln, wo Gewinne multinationaler Firmen besteuert werden – nämlich nach einem „Marktlandprinzip“, das sich daran orientiert, wo die User oder Konsument_innen des Unternehmens sitzen. Die Beschlüsse sollten 2020 umgesetzt werden. Allerdings stiegen die USA im Juni 2020 aus den Verhandlungen aus.

Begrenzung der Marktmacht

Sowohl in den USA wie auch in Europa arbeiten die Regulierungsbehörden an Konzepten, die Marktmacht von Apple, Amazon und Co zu begrenzen. Bislang sehen etwa die Pläne der EU-Kommission vor, dass große Online-Plattformen strengere Vorschriften einhalten müssen als kleinere Konkurrenten. Dazu zählen neue Regeln, die sie zwingen, Daten mit Konkurrenten auszutauschen, und die Verpflichtung, transparenter darüber zu informieren, wie sie Informationen sammeln.

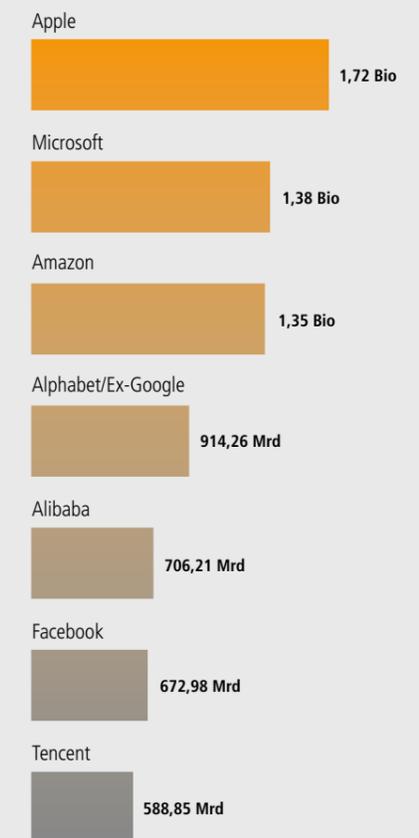
Info:

Labournet.de 2020: Einführung von Digitalsteuer in Europa gescheitert - vorerst? Dossier Digitalsteuer. <https://www.labournet.de/?p=145757>

Inside it 12.10.2020: Regulierung: EU stellt Opferliste von Big-Tech-Firmen zusammen.

<https://www.inside-it.ch/de/post/regulierung-eu-stellt-opferliste-von-big-tech-firmen-zusammen-20201012>

Börsenwert der Big 7 Oktober 2020 in EUR



Quelle: finanzen.net

Herausforderungen für die Gewerkschaften

Was kann, was sollte das alles für die Gewerkschaften heißen? Zunächst, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung zukünftig aus der Perspektive einer nachhaltigen „Arbeitsökologie“ formuliert werden muss. Dabei sollten Prüfkriterien definiert werden, um akzeptable und nicht akzeptable Politikvorschläge unterscheiden zu können. Ökologische Nachhaltigkeit, Beschäftigungssicherheit und (Verteilungs-)Gerechtigkeit müssen ein Zieldreieck darstellen, das die Eckpunkte einer sozial-ökologischen Transformationsagenda markiert. Ein solcher erweiterter Ökologiebegriff muss auch die Gebrauchswertseite der Produkte und die Nachhaltigkeitsanforderungen der Produktionsverfahren einbeziehen. Eine zeitgemäße Arbeitsökologie hat also Arbeit, Natur und Gesellschaft zugleich im Blick. Sie schützt die Arbeitskraft im Arbeitsprozess und sie schützt soziale Sicherungen; sie reduziert Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Emissionen auf ein naturverträgliches Maß; und sie begrenzt gesellschaftliche Spaltungen und fördert gesellschaftliche Solidarität.

Ein neues Modell mit flachem Wachstum

Das alles erfordert einen neuen Wachstumstyp in einem neuen sozialen Entwicklungsmodell. Trug das ökonomische Wachstum kapitalistischer Prägung traditionell zur Behebung konjunktureller Dellen und zur Entschärfung sozialer Verteilungskonflikte bei, so forciert es heute die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und den Raubbau an der Natur. In diesem neuen Modell wird es auch weiterhin Wachstum geben müssen. Denn die Gegenwartsgesellschaften sind nicht nur Überfluss-, sondern auch Defizitgesellschaften. Umweltschädlicher Luxusproduktion stehen Investitionsrückstände bei sozialer Sicherheit, im Gesundheits- und Sorgebereich, im Bildungs- und Kultursektor und bei der Mobilität von Menschen und Gütern gegenüber. Sie zu beheben erfordert weiterhin die Produktion von Gütern wie Zügen, Bussen und Autos; und von sozialen Sorge-Diensten. Und es erfordert wirtschaftliche Wertschöpfung, die in öffentliche Investitionen in öffentliche Güter umverteilt werden muss.

Aber: Ein solches Modell wird sich von der traditionellen Form wirtschaftlichen Wachstums erheblich unterscheiden müssen. Es fällt flacher aus, da es nicht Wachstum auf Teufel komm raus fördert, sondern nur dort, wo gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist. Es ist nachhaltiger, da es die Grenzen

- Doch was Unternehmen aus Renditegründen und Gesellschaften aus Ignoranz auszulagern glauben, kehrt als Klimakrise sowie durch Armuts- und Umwelt-Migration in unsere Gesellschaften zurück. -

der Natur als Grenzen des Wachstums akzeptiert; und es müsste sich gerechter vollziehen, indem es die Verlierer_innen des Strukturwandels nicht in Arbeitslosigkeit oder Armut abdrängt, sondern ihnen mit gesellschaftlichen Ressourcen neue Perspektiven eröffnet.

Solche Ansprüche überfordern den Markt. Er stellt eine Spielanordnung dar, in der private Akteure nach maximalem Profit oder Nutzen jagen und anfallende Kosten auf die Gesellschaft oder die Natur abgewälzt werden können. Und in der wirtschaftliche Marktmacht in politische Vetomacht umschlägt. Sollen gesellschaftliche Gebrauchswerte, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu Zielmarken werden, sind andere Spielregeln unverzichtbar. Das erfordert politische Eingriffe in die Märkte, bis in die Unternehmensentscheidungen hinein. Mit anderen Worten: Ein solcher Pfadwechsel ist ohne eine umfassende Demokratisierung der gesellschaftlichen, vor allem der ökonomischen Verhältnisse nicht zu haben. Die ökologische Transformation und die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft müssen Hand in Hand gehen, oder beide werden scheitern. Die Partizipation der Belegschaften muss bis in die Entscheidungen über das Was, Wie und Wofür der Produktion erweitert werden. Und eine demokratische Wirtschaftspolitik muss verbindlich und sanktionsbewährte Grenzwerte für Ressourcen- und Energieverbrauch sowie für Schadstoffbelastungen der Öko-Systeme definieren. Dabei gilt: Die Nachhaltigkeitserfordernisse der Natur definieren die Grenzen des Wachstums. Und die Politik steuert es gemäß den sozialen Interessen der Gesellschaft.

Globale Solidarität – ein altes Ziel neu entdecken

Der Soziologe Klaus Dörre hat dafür den Begriff der „Nachhaltigkeitsrevolution“ geprägt. Diese muss in den Ländern des kapitalistischen Nordens beginnen, darf dort aber nicht verharren. Globalisierung, Digitalisierung und Ökologisierung sind ihrem Wesen nach global. Schon immer tendierte der Kapitalismus des globalen Nordens dazu, wirtschaftliche und soziale Kosten seiner Produktions- und Lebensweise zu externalisieren. Sie werden ohne Rücksichtnahme auf ökologische und soziale Folgen auf andere Weltregionen und die dort lebenden Menschen abgewälzt.

Doch was Unternehmen aus Renditegründen und Gesellschaften aus Ignoranz auszulagern glauben, kehrt als Klimakrise sowie durch Armuts- und Umwelt-Migration in unsere Gesellschaften zurück. Deutlich wird: Globalisierung, Digitalisierung und Ökologisierung auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu drängen, kann nur als globales Projekt gelingen. Hier wie dort braucht es durchsetzungsstarke soziale Bewegungen, die die Interessen von Arbeit und Natur gegenüber den Macht- und Gewinninteressen herrschender Eliten zur Geltung bringen. Höchste Zeit also, die globale Dimension der Probleme als historische Chance zu begreifen, den Traditionswert des gewerkschaftlichen Internationalismus neu zu entdecken. ■



Gewerkschafter_innen protestieren in São Paulo gegen Einschränkungen bei der Renten- und Sozialversicherung.

Zeit, schnell zu handeln

Nicht ohne Grund haben sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zu den nationalen, europäischen und internationalen Klimazielen bekannt, meint Jan Philipp Rohde. Er beschreibt, warum Gewerkschaften weltweit den Klimawandel als zentrale Herausforderung der Zeit sehen – und, wie die dringend erforderliche Klimapolitik auch gerecht gestaltet werden kann, als „Just Transition“.



Über den Autor

Jan Philipp Rohde, ist Referent für Umwelt-, Klima-, und Nachhaltigkeitspolitik beim DGB Bundesvorstand.

Foto © DGB/Simone M. Neumann

Die Wissenschaft ist sich einig. Der Klimawandel ist menschengemacht und bedroht unsere Lebensgrundlagen rund um den Globus. Etliche Studien zeigen, wie ernst die Lage ist. Der sogenannte Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) der Vereinten Nationen fasst regelmäßig den Stand der wissenschaftlichen Forschung zusammen, um politischen Entscheidungsträger_innen eine fundierte Basis für ihre Entscheidungen zu geben.

Das Bild wird zunehmend klarer: Der IPCC-Sonderbericht aus dem Jahr 2018 beschrieb eindrucksvoll, wie einschneidend schon kleinste Veränderungen in den Temperaturanstiegen sein können. So sind die Unterschiede zwischen einem Anstieg um 1,5 Grad und 2 Grad erheblich. Eine nur 0,5 Grad höhere Temperatur könnte bedeuten, dass der Meeresspiegel um bis zu zehn Zentimeter zusätzlich ansteigt. Zugleich können Permafrostböden auftauen und Regenwälder absterben, so dass diese natürlichen Treibhausgasspeicher vernichtet werden. Mehr Extremwetterereignisse kommen hinzu. Dadurch steigt auch die Gefahr, dass natürliche Kippunkte überschritten werden, der Klimawandel unumkehrbar wird und sich durch die Freigabe der noch in der Erde und den Meeren gebundenen Treibhausgase selbst verstärkt.

In seinem jüngsten Bericht Ende 2019 fasste der Weltklimarat die Situation für Küstenregionen zusammen: Demnach steigt der Meeresspiegel derzeit um 3,66 Millimeter pro Jahr, ungefähr 2,5-mal so schnell wie in den Jahren von 1900 bis 1990. Seit 1880 ist der Meeresspiegel weltweit um 25 Zentimeter gestiegen. So sind schon heute Küstenregionen und ganze Inselstaaten von Überflutungen bedroht. In diesen Regionen leben derzeit aktuell rund 700 Millionen Menschen

Auch in Deutschland sind die Auswirkungen des Klimawandels sehr präsent. Nach den Hitzerekorden in den Sommern 2018 und 2019 zeichnet sich auch 2020 als äußerst regenarmes Jahr ab. Damit bleiben die Böden im dritten Jahr in Folge trocken – mit erheblichen Auswirkungen für Natur und Landwirtschaft. Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürren und



Waldbrände nehmen zu. Hubschrauber im Einsatz bei Löscharbeiten.

Starkregen haben erheblich zugenommen und belasten neben den Ökosystemen zunehmend die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben.

Weitgehend unbestritten ist daher, dass es eine Trendwende im Ausstoß von Treibhausgasen braucht, die – wissenschaftlich belegt – für den Klimawandel verantwortlich sind. Trotz dieser Erkenntnis steigt der Treibhausgasausstoß weltweit weiterhin an.

Klimawandel braucht internationale Koordinierung

Das große Problem ist: Klimawandel macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Auch wo die schädlichen Treibhausgase ausgestoßen werden, ist irrelevant. Dieses Dilemma führt dazu, dass es einen internationalen Rahmen braucht, um die globale Erhitzung gemeinsam und koordiniert zu bekämpfen. Deshalb hat sich die Staatengemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen im Pariser Klimaabkommen auf eine gemeinsame Begrenzung des Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 Grad geeinigt. Um die Ziele zu überprüfen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, treffen sich Vertreter_innen der Mitgliedsstaaten, aber auch von wichtigen Akteursgruppen wie der Jugend, Wissenschaft, Wirtschaft und den Gewerkschaften jährlich im Rahmen von Klimakonferenzen.

Hier bringen sich Gewerkschafter_innen unter dem Leitmotiv „Just Transition“ für eine gerechte Gestaltung der notwendigen Transformation ein. Schon heute ist klar, dass der Klimawandel, aber auch die Anpassungsprozesse vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft am stärksten treffen. Im internationalen Vergleich ist vor allem der Globale Süden betroffen. Dort fehlen häufig die finanziellen Ressourcen für den Schutz vor oder die Anpassung an Klimaveränderungen wie den Bau von Deichen, die Installation von Bewässerungsanlagen oder die Ausrüstung der Häuser mit Klimaanlage. Das kann dazu führen, dass Menschen, die schon heute in Armut leben, ihre Existenzgrundlage verlieren, die Ungleichheit zunimmt, Armut zementiert wird und Hungersnöte Migrationsbewegungen verstärken könnten. Insbesondere Frauen und Jugendliche sind von dieser Entwicklung betroffen. Durch den materiellen Schaden und die Kosten der Anpassung fehlen den ärmeren Ländern die Ressourcen, die wirtschaftliche Entwicklung nachzuholen und zu den Industrienationen aufzuschließen.

Doch nicht nur das Nord-Süd-Gefälle droht, sich zu verstärken. Auch in den und zwischen den Industrienationen birgt die ökologische Transformation Sprengstoff für ein Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, Jung und Alt.

Alles wird sich ändern: Leben, Konsum, Arbeit

Für Gewerkschaften ist klar, dass der Weg in eine klimaneutrale Zukunft alternativlos ist. Ob in der Energiewirtschaft, in der Grundstoff- oder Automobilindustrie, bei Mobilität, Logistik, Handel oder Landwirtschaft: Die bestehenden Wirtschafts- und Produktionsstrukturen müssen sich massiv ver-



Foto © picture alliance / Xinhua News Agency / Li Bo

ändern und gemäß dem Ziel der Klimaneutralität umgebaut werden. Diese Veränderungen werden wir in unserer Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu arbeiten deutlich spüren – auch im alltäglichen Leben. Gleichzeitig müssen wir mit weiteren Strukturwandeltreibern wie der Digitalisierung, der Automatisierung oder auch der demographischen Entwicklung umgehen. Die damit einhergehenden Veränderungen werden sich gegenseitig bedingen und sich zum Teil auch verstärken. Umso wichtiger wird es sein, klare Bedingungen für den von vielen Seiten getriebenen strukturellen Wandel zu definieren.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Formel klar: Eine nachhaltige Entwicklung muss auch dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Das heißt, beim ökologischen Umbau müssen zugleich auch Aufgaben angegangen werden, wie die

- Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wurde stets von Menschenhand gestaltet und eben nicht von Ratingagenturen oder Algorithmen. -

Elektriker_innen warten die Solaranlage auf dem Wasser in der Provinz Jiangsu im Osten Chinas.

Ungleichheit bei der Vermögens- und Einkommensverteilung zu verringern, gesellschaftliche und betriebliche Teilhabe zu stärken und dafür zu sorgen, dass der Wert der eigenen Hände Arbeit erhalten bleibt. Nur so kann eine ökologische und soziale Transformation stattfinden.

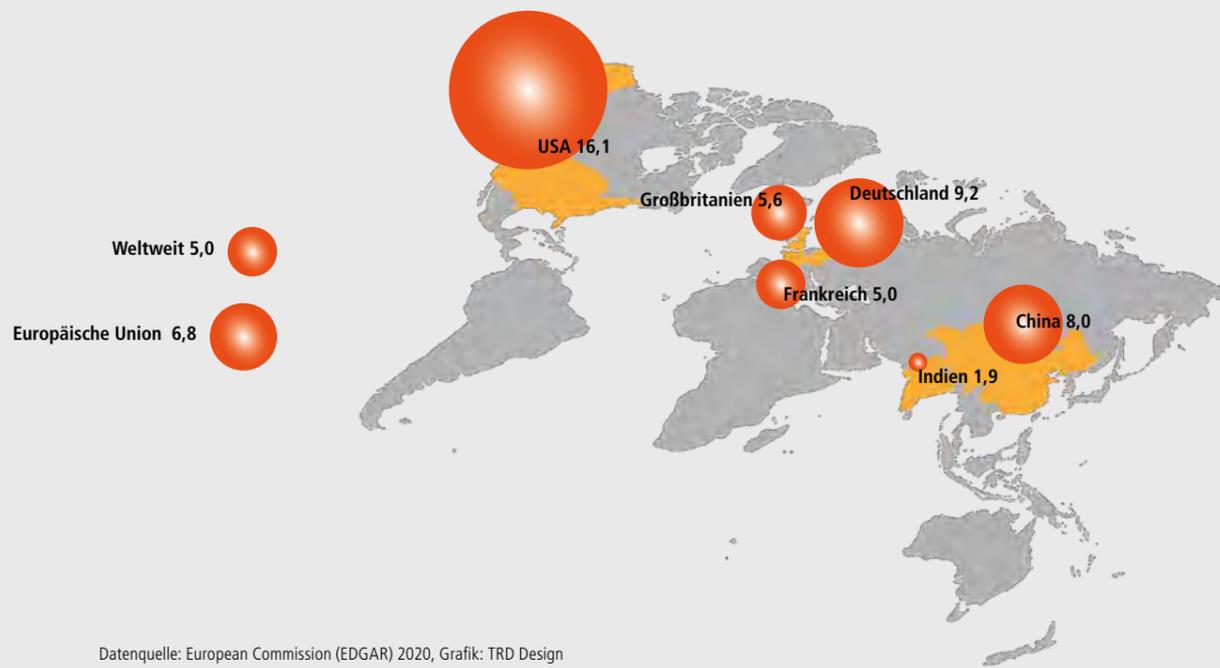
Der Beitrag, den ein einzelnes Land wie Deutschland leisten kann, um die globale Klimaneutralität zu erreichen, mag in diesem Zusammenhang klein erscheinen. Der Weg, den Deutschland wählt, kann jedoch Vorbild für andere Länder sein. Werden während der Transformation Menschen abgehängt und Verlierer_innen produziert, erscheint dieses Modell wenig attraktiv. Geht die Einhaltung der Klimaziele allerdings auch mit gerecht verteiltem Wohlstand, gutem Leben, gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie guten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen einher, werden andere motiviert, diesem Weg zu folgen.

Covid-Krise wirkt wie ein Brennglas

Die Auswirkungen der weltweiten Covid-Pandemie haben gezeigt, dass unsere aktuellen Wirtschafts- und Sozialmodelle wenig nachhaltig sind und anfällig gegenüber Krisen. Gesundheitssysteme sind zu schnell an ihre Grenzen gestoßen, Lieferketten zusammengebrochen, Beschäftigte haben ihre Arbeit verloren. Die Ungleichheit in Deutschland, aber auch die regionalen Unterschiede in Europa haben sich durch die Pandemie weiter verstärkt.

Andererseits haben Staaten bewiesen, dass sie aktiv und engagiert in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen und es damit verändern können. Exemplarisch stehen hierfür das Corona-

CO₂ Ausstoß 2018 pro Person in Tonnen



Datenquelle: European Commission (EDGAR) 2020, Grafik: TRD Design

Konjunkturpaket oder die ordnungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sowie der europäische Aufbauplan zur Bekämpfung der Krise. Darüber hinaus wurde ein gewichtiger Teil der Mittel daran geknüpft, dass sie genutzt werden, um die Transformation voranzutreiben. So sollen mehr als 40 Milliarden Euro in die ökologische Modernisierung in Deutschland fließen.

Strukturwandel muss aktiv gestaltet werden

Die Corona-Krise zeigt: Ein handlungsfähiger Staat kann und muss aktiv gestalten. Dieses Credo gilt auch für die sozial-ökologische Transformation. Die mit dem Strukturwandel verbundenen Unsicherheiten und mitunter einschneidenden Veränderungen gilt es deshalb mit verlässlichen Perspektiven und tragfähigen Konzepten für betroffene Regionen, Branchen und Beschäftigte zu beantworten. Menschen, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, dürfen dabei nicht unter die Räder kommen. Es wird darauf ankommen, dass relevante Akteur_innen die Veränderungsprozesse maßgeblich mitgestalten.

Für Beschäftigte beginnt der Gestaltungsanspruch am Arbeitsplatz und erstreckt sich bis zur staatlichen Rahmense-tzung mit Hilfe der Gewerkschaften. Dieser Anspruch folgt der Erkenntnis, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche

Entwicklung stets von Menschenhand gestaltet wurde und eben nicht von Ratingagenturen oder Algorithmen. Eine aktive Politik muss Weichen für Unternehmen und Regionen stellen und schon wirken, bevor Beschäftigung in nennenswertem Umfang abgebaut wird. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, um die Beschäftigten fit für ein verändertes Anforderungsprofil zu machen. Dort, wo Beschäftigung verloren geht, müssen moderne Sozialsysteme die Folgen abfedern. Das schafft Sicherheit im Wandel, stärkt die Akzeptanz und kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Ein wesentlicher Schlüssel sind Investitionen. Diese machen Wirtschaft und Beschäftigung zukunftsfest. Es braucht gut ausgebaute Verkehrswege, bezahlbare Energie, flächen-deckende schnelle Internetverbindungen, gute Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Gerade in Deutschland wurde vielerorts auf Verschleiß gefahren. Die Infrastruktur ist veraltet und passt nicht mehr zu den aktuellen Herausforderungen. Öffentliche Investitionen in klimafreundliche Infrastrukturen, innovative Technologien, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, den Ausbau des grenzüberschreitenden Zugverkehrs und neue klimaschonende Mobilitätsformen senken den CO₂-Ausstoß und schaffen Alternativen für klimafreundliches Verhalten. Wenn bei der Ausführung öffentlicher Investitionen insbesondere tarifgebundene Unternehmen zum Zuge kommen, kann das Gute Arbeit zusätzlich befördern.

Beschäftigte sind Dreh- und Angelpunkt der Transformation

Aktuelle Studien zeigen: Wo Beschäftigte organisiert und an den Unternehmensentscheidungen beteiligt sind, wird mehr getan, Treibhausgasemissionen zu vermeiden. Mitbestimmung fördert eine nachhaltige Unternehmenspolitik und eine innovative Unternehmenskultur. Beispielhaft stehen dafür von Betriebs- und Personalräten etablierte Vorschlagswesen, die Beschäftigte ermuntern, ihr Know how einzubringen, um Betriebsabläufe zu verbessern, Energie einzusparen oder Umweltschutzmaßnahmen umzusetzen. Beschäftigte kennen ihr Unternehmen am besten und wissen, wo Energie und Ressourcen eingespart und Klimaschutzmaßnahmen am effektivsten eingesetzt werden können. Mitbestimmung und Tarifverträge sorgen für mehr Gerechtigkeit im Betrieb, sichern wirtschaftliche und soziale Teilhabe und geben Sicherheit in Zeiten von Veränderungen.

Ein Beispiel ist der Baubereich. Hier gibt es tarifliche Regelungen, um Beschäftigte vor veränderten Witterungseinflüssen wie Extremhitze und Kälte zu schützen, aber auch bei wetterbedingtem Arbeitsausfall abzusichern. Auch in der Industrie sollen über Zukunftstarifverträge klare Perspektiven in der Transformation geschaffen werden.

Gewerkschaften unterstützen eine nachhaltige Entwicklung

Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen gehören in vielen Branchen und gerade im Globalen Süden zum etablierten Wirtschaftsmodell. Der unlautere Wettbewerb auf Kosten der Umwelt und fundamentaler Arbeitnehmerrechte wie etwa beim Abbau von Steinkohle oder seltener Erden im Globalen Süden behindert eine nachhaltige und klimafreundliche Entwicklung. Dem können demokratische Gewerkschaften weltweit entgegenwirken. Starke Arbeitnehmerorganisationen sind es gewohnt und in der Lage, im sozialen Dialog mit Regierungen und Arbeitgebern auf Augenhöhe zu verhandeln und so bessere Arbeitsbedingungen und ökologische Mindeststandards zu erkämpfen. Wichtig ist, dass Gewerkschaften mit am Tisch sitzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Zielkonflikte zwischen Arbeit, Umwelt und Sozialem diskutiert und belastbare Vorschläge zur Bewältigung der Transformation erarbeitet werden. ■

Just Transition

Just Transition bedeutet »gerechter Übergang« bei den grundlegenden Veränderungen, die der Klimawandel in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik erzwingt. Im Blick dabei sind neben dem Schutz des Klimas selbst die unter dem Klimawandel Leidenden und diejenigen, die vom Umbau direkt betroffen sind, weil etwa ihr bisheriger Job wegfällt. Nach der Verankerung des Prinzips im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 haben der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB/ITUC) und die polnische Präsidentschaft beim UN-Klimagipfel in Katowice 2018 die »Schlesische Erklärung für einen solidarischen und gerechten Übergang« eingebracht. 53 Länder sowie die Europäische Kommission haben sie unterzeichnet.

Auswahl Gewerkschaftlicher Initiativen und Hintergrundpakete:

Just Transition Centre (JTC) des IGB/ITUC: Das JTC bringt IGB und andere Stakeholder zusammen, also Beschäftigte, Gewerkschaften, aber auch Unternehmen, Kommunen und Regierungen. Das JTC dokumentiert Erfahrungen und Beispiele von Prozessen und unterstützt den sozialen Dialog.

Trade Unions for Energy Democracy: TUED ist eine globale, branchenübergreifende gewerkschaftliche Initiative, deren Ziel es ist, die Transformation im Energiebereich für eine demokratische Ausrichtung und Kontrolle zu nutzen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen Lösungen und Gegenstrategien, für die Klimakrise, Energiearmut, die Ausbeutung und Belastung von Umwelt und Menschen sowie für Angriffe auf die Rechte und den Schutz der Beschäftigten.

Guideline For a Just Transition von der ILO: Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen haben Richtlinien formuliert, wie eine Gerechte Transformation aussehen sollte. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf

IndustriAll: Der globale Verbund der Industriegewerkschaften stellt grundlegende Informationen zu Klimawandel und Industrie 4.0 bereit, sowie internationale Dokumente und konkrete Beispiele im Organisationsbereich seiner Gewerkschaften. http://www.industriall-union.org/sites/default/files/uploads/documents/Just_Transition/a_just_transition_-_english.pdf

Stories Just Transition von UNIGlobalunion: Der globale Verbund der Dienstleistungsgewerkschaften sammelt auf dieser Webseite Artikel, Video-Interviews und Debatten zu verschiedenen Aspekten der Arbeitswelt der Zukunft. <http://www.thefutureworldofwork.org/stories/?tag=just-transition>



Titelbild der Publikation, Gerechte Energiewende. Sieben Thesen zu Herausforderungen und Chancen aus industriengewerkschaftlicher Sicht, der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE

Neue Unternehmensstrategien für die Ära beschleunigter Transformation

Industriepolitik und Mitbestimmung müssen den Rahmen bilden

Unternehmen und Beschäftigte sind ganz unterschiedlich gut auf die Herausforderungen von Digitalisierung und stärkeren Nachhaltigkeitsanforderungen eingestellt, haben Kajsa Borgnäs und Carola Dittmann beobachtet. Sie sehen in der chemischen Industrie einige gute Beispiele, gemeinsam in die Offensive zu kommen.

Über die Autorinnen

Kajsa Borgnäs ist Geschäftsführerin der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE

Carola Dittmann leitet den Bereich CSR und Mitbestimmung bei der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE



Autorinnen-Fotos:
© Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE



Die Digitalisierung verändert Unternehmen und Arbeitswelt oft schleichend: Da können Maschinen nun proaktiv gewartet oder Produktion und Logistik übersichtlich vernetzt werden. Immer mehr Kundendaten sammeln sich an. Künstliche Intelligenz hält Einzug. Das bedeutet meist höhere Geschwindigkeit oder höhere Komplexität. Die Beschäftigten müssen sich anpassen. Bei der Dekarbonisierung sind die Entwicklungen derzeit etwas sprunghafter, was auch auf die politischen Anforderungen zurückzuführen ist. Vor allem Betriebe der energie- und handelsintensiven Industrien müssen in den kommenden Jahrzehnten mit tiefgreifenden Veränderungsprozessen rechnen – und ihre interne Organisation und Prozesse neu aufstellen.

knüpft worden. 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die sogenannten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG). Damit liegt nun erstmals ein universell gültiger Katalog mit Vorgaben vor, wie die weltweite Entwicklung bis 2030 sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu gestalten ist. Ausdrücklich werden darin auch Erwartungen formuliert, wie eine nachhaltige Wirtschaftsweise der Unternehmen aussehen kann. Im selben Jahr wurden die Pariser Klimaziele für das Jahr 2050 verabschiedet und anschließend konkretisiert, etwa im deutschen Klimaschutzgesetz oder im europäischen Green Deal. Damit steigt der politische Transformationsdruck. Aber auch die Gesellschaft erwartet immer mehr verantwortungsvoll produzierte und fair gehandelte Produkte und fragt sie auch nach.

Transformationen werden politisch flankiert

Die vielen, gleichzeitig stattfindenden Transformationen betreffen nicht nur die Unternehmen, sondern vor allem auch die Beschäftigten. Ihre Arbeitsprozesse, Arbeitsorganisation sowie die Zukunftsperspektiven verändern sich rasant.

Business as usual war also gestern. Die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit – neben der Digitalisierung und den ökologischen Krisen gehören auch der demografische Wandel und globale Wertschöpfungsnetzwerke – greifen tief in Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Ganz neu sind diese Herausforderungen nicht. Sie sind jedoch in den letzten Jahren stärker mit politischen Zielen ver-

Das alles passiert in einem geopolitischen Umfeld voller Spannungen, mit denen die Unternehmen umgehen müssen: Der industrielle Wettbewerb und die Systemkonkurrenz zwischen China und der EU bzw. den USA hat sich verschärft. Zusätzlich offenbart die Corona-Pandemie, wie anfällig die globalisierten Lieferketten sind: Versorgungsengpässe und wirtschaftlicher Stillstand, begleitet von sozialer Unsicherheit und (teilweisen) Arbeitsplatzverlusten prägen das Frühjahr 2020.

Für die deutsche und die europäische Industrie bedeutet das, dass sie Technologien, Produktionsweisen und Geschäftsmodelle vielfach neu denken und aufstellen muss. Die zunehmende unternehmerische Sorgfaltspflicht endet dabei nicht an den eigenen Werkstoren – auch die Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards in den globalen Liefer- und Wertschöpfungsnetzwerken müssen verstärkt überwacht und sichergestellt werden.



Digitalisierung verändert Arbeitsprozesse schleichend

Die Digitalisierung treibt Veränderungen an, die Betriebe, die Gesellschaft als Ganzes und jeden Einzelnen betreffen werden. Bislang erfolgen diese Veränderungen (überwiegend) schrittweise, die Berufe und Tätigkeiten ändern sich schleichend, anstatt (wie es befürchtet worden war) plötzlich und in kürzester Zeit wegrationalisiert zu werden.

Die bereits hochautomatisierten Prozessindustrien scheinen im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen (wie etwa Teilen des Dienstleistungssektors) robuster aufgestellt zu sein, wenngleich der digitale Transformationsdruck auch diese Branchen betrifft. Neue digitale Technologien wie Big Data, Predictive Maintenance, künstliche Intelligenz oder 3D-Druck werden zwar bereits eingesetzt, bislang aber eher experimentell oder im Forschungs- und Laborbereich. Neben interner Prozessoptimierung zielen die Digitalisierungsstrategien der Unternehmen häufig darauf, neue datenbasierte Geschäftsmodelle zu entwickeln und zu etablieren, zum Beispiel für Forschung und Entwicklung, Marketing oder Vertrieb. Eine wichtige Rolle spielen hierfür Zugang und Nutzungsmöglichkeiten von (Verbraucher-) Daten.

Mit den technischen Veränderungen im Unternehmen wandeln sich die Tätigkeiten, Anforderungs- und Qualifikationsprofile der Beschäftigten. Ein großer Teil der Industriebeschäftigten gibt in Umfragen an, dass die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung zunehmen. Allerdings sind sie je nach Wirtschaftsbereich ganz unterschiedlich schnell und intensiv betroffen.

Das zeigt beispielsweise der „Monitor Digitalisierung“ (2019), für den mehr als 14.000 Beschäftigte in 600 Betrieben in der Chemie und anderen Industriebranchen befragt wurden. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Belegschaften sind überwiegend offen für digitale Veränderungsprozesse und akzeptieren sie. Sie sehen, dass eine transparente, betriebliche Digitalisierungsstrategie nötig ist, jedoch fühlen sie sich bei der Gestaltung und Umsetzung der Strategie (falls vorhanden) zu wenig eingebunden.

Zentrale Punkte, bei denen die Arbeitnehmenden mitgestalten wollen, sind Datensicherheit und Datenschutz sowie die Frage, wie verhindert werden kann, dass die Anforderungen schleichend immer weiter zunehmen. Die Foren und Handlungsmöglichkeiten der Mitbestimmungsakteure müssen an die wachsenden Kompetenzfelder angepasst werden.

Evonik: Beispiel für gute Mitbestimmung

Idealerweise werden alle betroffenen Akteure im Unternehmen (die Belegschaften, Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartner) einbezogen, wenn die Digitalisierungsstrategie erarbeitet wird. Ein gutes Beispiel dafür ist der Chemiekonzern Evonik Industries: Gemeinsam mit dem Betriebsrat verständigte sich das Unternehmen auf ein „Digitales Leitbild“. Es bietet konkrete Grundsätze zu Qualifizierung, Datenschutz, Gesundheit und zur frühen Einbeziehung der Beschäftigten in die Veränderungsprozesse, und bildet die Grundlage für eine weitere Ausdifferenzierung der digitalen Transformation im Unternehmen.

Digitales Leitbild bei Evonik

Im Januar 2020 haben die IG BCE, die Unternehmensleitung und der Betriebsrat von Evonik ein gemeinsames Digitales Leitbild unterzeichnet. Das Grundlagen-Dokument listet neun Eckpunkte für den weiteren Weg des Konzerns und seiner Beschäftigten in die digitale Arbeitswelt auf. Dabei geht es zum Beispiel um den Persönlichkeitsschutz beim Umgang mit sensiblen Daten oder um die verstärkte Zusammenarbeit von Mitarbeitenden durch neue Vernetzungsmöglichkeiten. Auch zu neuen Arbeitsformen enthält das Leitbild Aussagen – etwa in Hinblick auf Flexibilität und selbstbestimmtes Arbeiten: Das Papier fixiert dazu das gemeinsame Bekenntnis, Arbeitsmodelle zu erproben, Mitarbeitenden möglichst individuelle Flexibilität zu gewähren und Beschäftigung bei Evonik lebensphasengerecht zu gestalten.

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

2015 haben die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) verabschiedet, die bis 2030 erreicht sein sollen. Damit wollen sie die globalen Krisen und Herausforderungen gemeinsam bekämpfen. Die Ziele reichen von der Beendigung von Armut (Ziel 1) und Sicherung der Ernährung (Ziel 2) über Frauengleichstellung (5), Nachhaltige Energie (6) bis zu Lebenswerten Städten (11) und Globale Partnerschaften (17). Alle Ziele betreffen auch Wirtschaft und Beschäftigte. Die internationale Gewerkschaftsbewegung sieht ihre Schwerpunkte vor allem in den Zielen 1 (Beendigung der Armut), 8 (Nachhaltiges Wachstum und Gute Arbeit), 9 (Beseitigung der Ungleichheit), 13 (Klimawandel stoppen) und 16 (Frieden, Justiz und starke Institutionen). Die Ziele sind universell gültig, müssen also von allen Ländern umgesetzt werden. Sie richten sich im

Gegensatz zu den Millenniumsentwicklungszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft für 2000 bis 2015 verständigt hatte, nun auch an Industrieländer.

Die regelmäßigen Zwischenberichte zeigen allerdings, dass die Umsetzung viel zu langsam passiert. Und der anspruchsvolle Zielkatalog mit definierten Indikatoren zu seiner Überprüfung, wird auch aktiv unterlaufen. Das zeigen beispielsweise Merle Groneweg und Christoph Scherrer in ihrem Beitrag (S.34). So setzen globale Wirtschaftsmächte eben nicht auf ein universales und gerechtes Welthandelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO), wie es unter Ziel 17.10. formuliert ist. Sie versuchen stattdessen ihre wirtschaftliche Vormachtstellung über bi- und plurilaterale Abkommen zu sichern.



Foto © Edgar Winkler auf Pixabay

Dekarbonisierung und Nachhaltigkeit in der Industrie

Dass die Produktion – national, europäisch und global – nachhaltiger gestaltet werden muss, ist der zweite große Treiber für Veränderung. In 30 Jahren wollen Deutschland und die EU treibhausgasneutral sein. Das stellt insbesondere die energieintensiven Industrien – ob Chemie, Aluminium, Glas, Kunststoff, Kautschuk oder Stahl – vor enorme Herausforderungen.

Einerseits produzieren sie wichtige Grund- und Werkstoffe. Damit sind sie eine der tragenden Säulen unserer Volkswirtschaft und ermöglichen häufig, dass in den nachgelagerten Wertschöpfungsstufen ressourcenschonender produziert werden kann. Zugleich sind diese Industrien selbst sehr energie-, ressourcen- und emissionsintensiv und gelten oftmals als technisch schwierig zu dekarbonisieren.

Außerdem haben die Grundstoffindustrien ihre (Energie-) Effizienzpotenziale in den vergangenen Jahrzehnten weitestgehend ausgeschöpft. Um weiter zu kommen, müssen Produktionsanlagen und -prozesse tiefgreifend verändert werden, etwa, indem man sie weitgehend auf Basis erneuerbarer Energien (EE) elektrifiziert. Aktuell hinkt jedoch die Infrastruktur für EE und auch die Wasserstoffinfrastruktur dem Bedarf der Industrie massiv hinterher. Um sie konsequent auszubauen, bedarf es immenser Investitionen und Innovationen.

Zugleich suchen die energieintensiven Unternehmen nach neuen Rohstoffen und bauen neue Wertschöpfungsketten auf. Hier sind branchenübergreifende Verflechtungen wie etwa bei der Entwicklung von Stromspeicher-Technologien (Power to x) vielversprechend. Beispielsweise ist es auch möglich, Lignin, ein Restprodukt aus der Papierherstellung, als Rohstoff für die Chemie- oder Kunststoffbranche einzusetzen. Bei der Stahlproduktion anfallende Hüttengase können für die Herstellung von Grundchemikalien oder Düngemitteln genutzt werden.

All diese Prozesse bedeuten häufig, dass sich die Beschäftigten auf veränderte Tätigkeiten einstellen müssen oder neue Qualifikationen benötigen. Zudem könnten bei dem Auslaufen zentraler Technologien – wie etwa der fossilbasierte Verbrennungsmotor oder die Kohleverstromung – möglicherweise ganze Branchen verschwinden. Das würde massive Arbeitsplatzverluste mit sich ziehen und macht es dringend erforderlich, dass der Staat die Unternehmen industrie- und beschäftigungspolitisch begleitet. Die Dekarbonisierung und die Nachhaltigkeitsarbeit der Unternehmen sind also zunehmend Aufgaben, die die privaten und staatlichen Akteure gemeinsam koordinieren müssen – und beide Seiten müssen die damit verbundenen Kosten und Risiken tragen.



TechFestival Bright Day in Amsterdam 2019: Besucher_innen beobachten den zeichnenden Roboter.

- Es muss aber weiterhin gewährleistet werden, dass die Beschäftigten abgesichert sind und ihre „Transformationsfähigkeit“ kontinuierlich erhalten und gestärkt wird. -

Das Ziel ist klar, wie sieht der Weg aus?

Die Transformation unserer Industriegesellschaft im Sinne der SDGs ist eine Herausforderung, die gesamtgesellschaftlich und sozial austariert angegangen werden muss. Gelingt das nicht, wird es dafür keine breite Akzeptanz geben. Folgende Ansätze und Strategien sind denkbar und teilweise schon zu beobachten:

Rund um die verschiedenen Transformationsziele sind neue Foren für einen breiten gesellschaftlichen Dialog erforderlich. Unternehmen, Verbände, Beschäftigte und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen müssen in einen offenen Austausch mit der Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft treten, Interessen abwägen, Zielkonflikte benennen und gemeinsam überzeugende Ansätze entwickeln, um eine Zukunft mit einer starken Industrie und guten Beschäftigungsperspektiven zu gestalten.

Viele Verbände und Unternehmen haben bereits angefangen, aus den makropolitischen Zielsetzungen spezifische Branchen-Roadmaps zu erstellen. Hier werden Handlungsnotwendigkeiten und -optionen in den unterschiedlichen Technologiebereichen ausgelotet und notwendige Forderungen an die Politik definiert. Beispielsweise zeichnet die „Roadmap Chemie 2050“ mit verschiedenen Transformationspfaden auf, welche Möglichkeiten der Reduzierung von Treibhausgasen bestehen sowie welche Investitionsbedarfe und Rahmenbedingungen für die Chemiebranche nötig sind.

Es muss verstärkt darüber gesprochen werden, welche Rahmenbedingungen, welche staatliche Unterstützung dabei helfen, die Ziele zu erreichen. Es ist also eine aktivere Industriepolitik nötig. Beispielsweise hat sich jüngst die Diskussion um Fördersysteme für Innovation und Investition in neue Technologien intensiviert, sowohl auf deutscher als auch europäischer Ebene, nicht zuletzt mit dem Green Deal und den Industrie- und Wasserstoffstrategien. Diese Förderstrategien müssen enger verzahnt und besser abgestimmt werden, um Verzettelung oder gar negative Wechselwirkungen zu vermeiden.

Sozialpartnerschaft und eine starke Mitbestimmung sorgen dafür, dass Unternehmen robuster und krisenfester werden. Das hat die Finanzkrise 2008 gezeigt und es deutet sich auch in der aktuellen Coronakrise an. Damit der anstehende Wandel eine Chance für Unternehmen und Beschäftigte werden kann, ist es dringend erforderlich, die Instrumente der Mitbestimmung zu erweitern. Dies betrifft etwa mehr Mitbestimmungsrechte in Fragen der betrieblichen Weiterbildung, der Personalplanung und der unternehmerischen Zukunftsstrategien.

Berufsbilder und Qualifikationsprofile werden sich wandeln, neue Berufe werden entstehen, andere wegfallen. Diese veränderten Anforderungen müssen in den Aus- und Weiterbildungssystemen abgebildet werden. Wie dieser Prozess tarifpolitisch und vorausschauend von den Sozialpartnern flankiert werden kann, zeigt das Beispiel der „Qualifizierungsoffensive Chemie“, die IG BCE und BAVC mit dem Tarifvertrag 2019 auf den Weg gebracht haben. Neben dem „Future Skill Report“, einer KI-gestützten Analyse zukünftig benötigter Kompetenzen, können Unternehmen mit einem Qualifikationsanalyse-Werkzeug ihre Qualifizierungsbedarfe ermitteln. Zur Umsetzung der Weiterbildungsanforderungen wurde eine Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit geschlossen. Die Chemie-Industrie entwickelte damit als erste Branche mit einem übergreifenden sozialpartnerschaftlichen Abkommen Entwicklungsperspektiven, Fördermöglichkeiten und geeignete Qualifikationsmaßnahmen für die Beschäftigten.

Fazit: Ein „weiter so“ kann und wird es nicht geben. Weder politisch noch technisch oder für die Unternehmen und Beschäftigten. Es muss aber weiterhin gewährleistet werden, dass die Beschäftigten abgesichert sind und ihre „Transformationsfähigkeit“ kontinuierlich erhalten und gestärkt wird. Die industrielle Transformation bedeutet den Komplettumbau vieler Teile unserer Wirtschaft. Der permanente Veränderungsprozess, der Jahrzehnte andauern und fast alle Aspekte des Lebens und der Gesellschaft betreffen wird, kann nur gelingen, wenn er mit Blick auf Legitimität, Demokratie und gerechte Kosten- und Chancenverteilung vorangetrieben wird. ■

Mehr Handel, mehr Effizienz, mehr Transparenz: Wie alle von den neuen Möglichkeiten profitieren können

Von Plattformökonomie bis zu transparenteren Wertschöpfungsketten: Der digitale Wandel bietet auf den ersten Blick für alle Akteur_innen eine Menge Potenzial. Er kann aber genauso gut in mehr Konzernmacht und mehr Ausbeutung des Globalen Südens münden, wenn nicht die richtigen Weichen gestellt werden, sagt Sven Hilbig. Den Gewerkschaften kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Über den Autor

Sven Hilbig ist bei Brot für die Welt als Referent tätig und seit 2013 verantwortlich für die Themen Welthandel, globale Umweltpolitik und eine fair gestaltete Digitalisierung. Zuvor arbeitete er bei der Heinrich-Böll-Stiftung zu unterschiedlichen Themen an der Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie und als Researcher und Rechtsberater für die brasilianische Menschenrechtsorganisation Global Justice, in Rio de Janeiro.



Bildung 4.0, Arbeit 4.0, Industrie 4.0: Die Bezeichnung 4.0 ist aus den Medien und den öffentlichen Debatten nicht mehr wegzudenken. Sie steht stellvertretend für eine Entwicklung, die Mitte der 1990er Jahre mit den Cyber-Utopisten des Silicon Valley ihren Anfang nahm und inzwischen weltweit zur programmatischen Zielsetzung von Wirtschaft, Politik, Bildungseinrichtungen und anderen gesellschaftlichen Akteuren, wie Gewerkschaften, geworden ist: die Digitalisierung.

Zahlreiche Akteur_innen aus der Entwicklungszusammenarbeit erhoffen sich, dass diese Digitalisierung den Handel voranbringt und das Einkommen und die Lebensbedingungen auch und gerade von ärmeren Menschen in Ländern des Globalen Südens verbessert. In der Tat bieten digitale Technologien hierfür viel Potenzial. Die zahlreichen digitalen Start-ups, die in den vergangenen 15 Jahren in diesen Ländern entstanden sind, zeigen: Digitalisierung schafft neue Beschäftigungsverhältnisse und Möglichkeiten des Handels. Zugleich hat der digitale Wandel aber auch schon verschiedene Fehlentwicklungen und Verwerfungen hervorgerufen. Damit alle profitieren können, müssen deshalb die politischen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung fair und verantwortungsvoll gestaltet werden.

Dieser Beitrag verdeutlicht anhand von Beispielen die Chancen, aber auch die Risiken der Digitalisierung und plädiert für eine gezieltere politische Gestaltung. Dabei gilt das Hauptaugenmerk der Frage, welche politischen Handlungsmöglichkeiten sich insbesondere den Gewerkschaften eröffnen.

Neue Einkommensmöglichkeiten vs. Zeitdruck und Kontrolle

Menschen mit Internetzugang und hinreichender Qualifikation bietet die digitale Ökonomie gute Möglichkeiten, ein eigenes Einkommen zu erzielen. Bildung kann hier zu einem entscheidenden Faktor werden. Das zeigt etwa das Beispiel Usbekistan, wo 25 Prozent der 16- bis 29-Jährigen ohne Arbeit sind. Hier modernisierten Expert_innen für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) landesweit zunächst 32 Beruf-Colleges. Dabei entstanden 12.000 Ausbildungsplätze für



Indisches Start-up-Unternehmen im Onlinehandel.

IKT-Fachkräfte. Über 80 Prozent aller Absolvent_innen fanden einen Arbeitsplatz. Aufgrund dieses Erfolges entschieden sich 30 weitere Colleges, denselben Weg zu gehen.

Digitalisierung wird aber nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote haben, sondern auch die Qualität von Arbeit verändern. Durch die Automatisierung und Digitalisierung von Arbeit erhalten die Mitarbeitenden immer präzisere (zeitliche) Vorgaben für ihre Aufgaben und die Tätigkeiten werden stärker kontrolliert. Eine 2017 veröffentlichte Studie des DGB zeigt bereits, dass eine Mehrheit der Beschäftigten, die besonders von der Digitalisierung betroffen sind, sowohl unter hohem Zeitdruck leidet als auch daran, dass immer neue Anforderungen an sie gestellt werden und das bereits Gelernte so entwertet wird.

Ein neues Beschäftigungsmodell: digitale Plattformarbeit

Während die internationale Arbeitsteilung in der Vergangenheit dadurch gekennzeichnet war, dass die entwickelten Industriestaaten verarbeitende Industrie in die Länder des Globalen Südens outsourceten, ist im Rahmen der Digitalisierung auch ein neues Beschäftigungsmodell entstanden: Plattformarbeit. Diese weltweite Vermittlung kleinerer Jobs und Aufträge über digitale Plattformen hat sich in den letzten Jahren zu einem lukrativen Geschäftsmodell entwickelt. Weltweit schießen Online-Arbeitsplattformen wie clickworker.de aus dem Boden.

Die meisten Menschen, die als Plattformarbeiter_innen, auch Crowdworker_innen genannt, ihre Dienstleistungen anbieten, leben in Asien. Allein in Indien und auf den Philippinen sind annähernd 40 Prozent jener Menschen tätig, die über digitale Plattformen sogenannte Microjobs ausüben, wie beispielsweise Umfragen durchzuführen, Bilder und Produkte zu beschreiben und kategorisieren, Serviceleistungen bewerten, Social Media und Videos auf anstößige oder rechtswidrige Inhalte zu durchforsten. In diesen Ländern verdienen vergleichsweise wenige Menschen ihren Lebensunterhalt in formellen Arbeitsverhältnissen. Daher weckte das Crowdfunding hier lange Zeit große Hoffnungen auf alternative Einkommensmöglichkeiten. Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Bilanz solcher Online-Arbeitsplattformen bisher eher ambivalent ist. Zwar konnten manche Plattformarbeiter_innen Ersparnisse anlegen und diese in Geschäftsideen oder Fortbildung investieren. Viele beklagen jedoch die niedrigen Löhne, die sehr unsichere Auftragslage sowie die starke Überlastung.

Die Suche nach Aufträgen auf unterschiedlichen Plattformen ist zeitaufwändig. Die Honorare sind niedrig, da es

in vielen Ländern weitaus mehr Anbieter_innen als Nachfrage gibt. Zudem verfügen Plattformarbeiter_innen in Ländern des Globalen Südens noch seltener über eine Kranken- und Rentenversicherung als ihre Kolleg_innen im Globalen Norden. Die Arbeitsbedingungen sind häufig miserabel – nicht umsonst ist von digitalen Sweatshops die Rede. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation besteht für viele Menschen das Risiko, trotz hoher Bildungsabschlüsse in diesen prekären Arbeitsverhältnissen verhaftet zu bleiben.

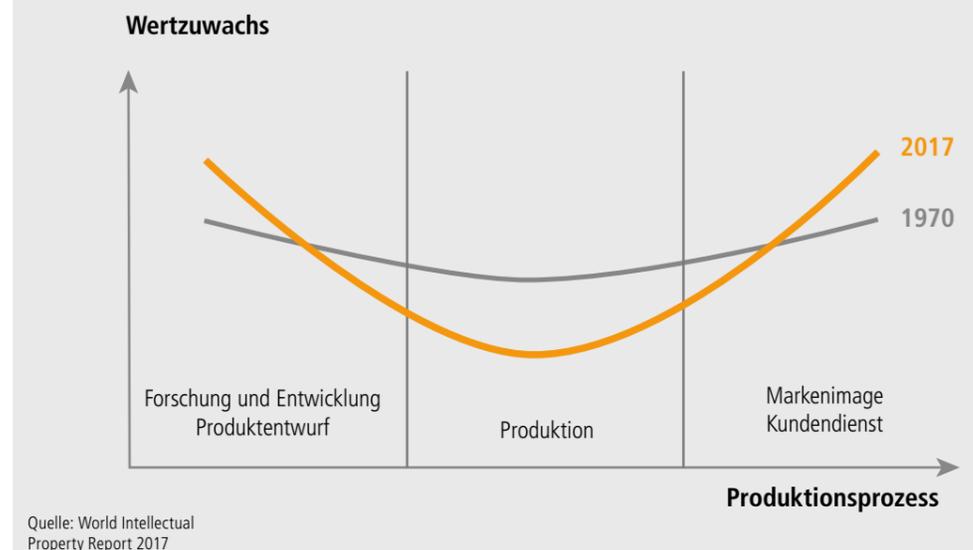
Nicht nur die Arbeitsbedingungen der Plattformen sollten kritischer begleitet werden. Auch in der Produktion von IT-Hardware wie Computer oder Smartphones, sind schlechte Arbeitsbedingungen bis hin zu Ausbeutung und Zwangsarbeit weit verbreitet. Es müssen dringend politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit auch in der digitalen Ökonomie weltweit Sozialstandards und ein konsequenter Arbeitsschutz gelten. Ein erster wichtiger Schritt wäre es, ein Lieferkettengesetz zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in Wertschöpfungsketten zu verabschieden, wie es gegenwärtig in der Bundesregierung sowie auf europäischer Ebene diskutiert wird.

Chancen und Risiken der Wertschöpfung durch Digitalisierung

Bereits von der Digitalisierung globaler Lieferketten versprechen sich viele Akteur_innen aus der Entwicklungszusammenarbeit positive Impulse: mehr Effizienz, mehr Produktivität und Transparenz sowie eine erhöhte Wertschöpfung für jene Menschen, die am Anfang der Kette stehen. Untersuchungen ostafrikanischer Teeproduzent_innen bestätigen diese Hoffnungen zumindest teilweise: Die Teeplücker_innen konnten ihre Arbeit tatsächlich effizienter gestalten. Dank der Anbindung ans Internet verbesserte sich ihre Kommunikation mit anderen Akteur_innen. Durch digital gestützte Methoden der Datenerhebung wurde die Lieferkette zudem transparenter. Das ermöglicht beispielsweise ein besseres Management und die Überprüfung, ob Standards eingehalten werden.

Die Untersuchungen zeigen aber auch, dass die Teeplücker_innen selbst nicht von der Entwicklung profitieren, im Gegenteil: Danke der erhöhten Transparenz wissen Großverkäufer_innen schneller, wo Tee mit gleicher Qualität unter gleichen Standards angebaut wird. Damit steigt die Anzahl potenzieller Lieferant_innen für Produkte mit ganz bestimmten Merkmalen. Das wiederum verschärft die Konkurrenz. Global agierende Unternehmen können kurzfristig entscheiden, bei wem sie einen bestimmten Tee einkaufen. Sie können ihre

Die Smile-Kurve: Bei der Produktion im 21. Jahrhundert findet die Wertschöpfung zunehmend am Anfang und am Ende der Lieferkette statt.



Machtposition ausbauen, während sich die Situation der lokalen Teeplücker_innen verschlechtert. In der Konsequenz sind deren Einnahmen heutzutage geringer als zu Zeiten analoger Lieferketten.

Dies ist kein Einzelfall. Die Smile-Kurve (siehe Abbildung) stellt das Ergebnis vieler Studien dar, nach denen Wertschöpfung in globalen Lieferketten zunehmend auf Phasen vor oder nach der eigentlichen Produktion anfällt. Das ist aus entwicklungsökonomischer Perspektive besonders relevant, denn diese Prozesse werden von transnationalen Konzernen aus Ländern des Globalen Nordens dominiert.

Die Machtkonzentration zugunsten potenter transnationaler Akteur_innen ist dabei keineswegs nur eine zufällige oder gar unbeabsichtigte Nebenfolge der Digitalisierung. Vielmehr haben diese Akteur_innen ein unmittelbares Interesse daran, ihre Macht und Kontrolle mittels digitalisierter Wertschöpfungsketten auszubauen. Sie verfügen über die notwendigen technischen Instrumente, also Speicherkapazität, Cloud-Dienste, Algorithmen und Künstliche Intelligenz. Damit können sie wertvolle Daten über Lieferketten erheben, auswerten und aufbereiten. Vor allem aber lassen sich die Daten gewinnbringend weiterverkaufen. Das bedeutet für Akteur_innen, die über das entsprechende Kapital sowie das notwendige technische Know-how verfügen: Sie können neben dem Tee – oder jedem beliebigen anderen Produkt – zusätzlichen Wert aus den Daten schöpfen.

Damit auch kleinere Produzent_innen von der steigenden Wertschöpfung profitieren können, müssen sie über ihre eigenen Daten verfügen können. Zudem brauchen auch sie einen besseren Zugang zu marktrelevanten Informationen sowie die Fähigkeit, diese auszuwerten und für ihre Zwecke zu nutzen. Ihre Marktposition könnte zusätzlich durch den Aufbau eigener Plattformen gestärkt werden, über die sie Produkte und Dienstleistungen genossenschaftlich erbringen und anbieten.

Entwicklungspotenziale der Digitalisierung

Große Hoffnungen für den Globalen Süden stützen sich zudem auf den digitalen Handel. Auch Akteur_innen aus der Entwicklungszusammenarbeit behaupten, die Schaffung neuer digitaler Märkte biete hohe Wachstumsraten und könne so dazu beitragen, den Wohlstand zu steigern. Tatsächlich hat sich der digitale Handel mit materiellen und immateriellen Gütern wie E-Books und Software sowie Dienstleistungen zum Beispiel von Reiseanbietern seit Mitte der 1990er Jahre dynamischer und innovativer entwickelt als der traditionelle Handel. Mit 29 Billionen US-Dollar umfasste er im Jahr 2017 mehr als ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Diese wuchs im gleichen Jahr um gut 3 Prozent während der Online-Handel Wachstumsraten in Höhe von rund 13 Prozent erreichte.



Teepflücker_in bei der Arbeit auf dem Feld in Kenia.

Im Zuge der wachsenden Bedeutung des digitalen Handels beziehen sich auch Handelsabkommen immer häufiger auf diesen Bereich. Wie unter anderem Studien der Vereinten Nationen belegen, profitierten davon bisher allerdings vor allem große multinationale Konzerne. Ärmere Länder des Globalen Südens sind im digitalen Handel bis auf wenige Ausnahmen stark marginalisiert.

Eines der wichtigsten Abkommen in diesem Zusammenhang ist das Informationstechnologieabkommen (ITA) der Welthandelsorganisation (WTO). Es schreibt den Abbau von Zöllen auf informationstechnologische Güter vor – vom PC bis zum Smartphone. Das ITA trat bereits 1998 in Kraft und wurde inzwischen von 81 Staaten unterzeichnet. Seine Folgen für viele Länder des Globalen Südens zeigt das Beispiel Indiens: Nach der Beseitigung der Zölle drängten multinationale Konzerne aus der Telekommunikation und der Unterhaltungselektronik auf den indischen Markt. Sie führten zunehmend Billigware aus China ein und verdrängten indische Hersteller_innen und Zuliefernde. Für die am wenigsten entwickelten Länder ist der Zollabbau besonders problematisch. Hier machen Zölle häufig einen Großteil der Steuereinnahmen aus. In Togo, Benin, Sierra Leone oder Mali liegt ihr Anteil etwa bei über 40 Prozent.

Um die Entwicklungspotenziale der Digitalisierung für den Handel nutzen zu können, müssen Staaten ihren handlungsrechtlichen Spielraum zurückgewinnen, indem sie Schutzmaßnahmen für die eigene Wirtschaft ergreifen dürfen und eine an den eigenen Bedürfnissen ausgerichtete Digitalwirtschaft gestalten können. Hierfür müssen sie auch eigene Datenbestände aufbauen. Einige Entwicklungs- und Schwellenländer verpflichten daher auf der Grundlage von Lokalisierungsauflagen internationale Unternehmen, ihre Daten auch auf lokalen Servern zu speichern. Strengere Varianten solcher Auflagen verbieten sogar den Transfer bestimmter (etwa personenbezogener) Daten ins Ausland.

Derartige Lokalisierungsauflagen liegen jedoch nicht im Interesse der offiziellen Handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) oder der Europäischen Union (EU). Der Handelsbeauftragte der USA etwa führte sie in seiner jüngsten Liste der Barrieren für den digitalen Handel auf. Auch große Internetkonzerne fordern ein Verbot solcher Lokalisierungsauflagen. In einigen Handelsabkommen sind solche Verbote bereits zu finden. Am weitesten geht hier das transpazifische Partnerschaftsabkommen (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership), dem insgesamt elf Staaten angehören. Demnach darf kein Vertragsstaat die Nutzung oder Errichtung lokaler Computeranlagen zur Voraussetzung für Geschäfte in seinem Hoheitsgebiet machen.

Fehlende politische Rahmenbedingungen

Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich: Der digitale Fortschritt trägt bisher viel zu wenig dazu bei, Einkommens- und Wirtschaftsmöglichkeiten in Ländern des Globalen Südens zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verändern und Arbeit menschenwürdiger zu gestalten. Damit die Digitalisierung im Sinne der Agenda 2030 niemanden zurückschlägt, bedarf es sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Akteur_innen, die in der Lage sind, diese – gegen die Interessen einiger weniger multinationaler Konzerne, und für die Start-up-Branche des Südens – durchzusetzen. Die vergangenen industriellen Revolutionen wurden zu mehr Freiheit für Viele, indem sozialpolitische Gesetzgebungen entwickelt, Mitbestimmungsrechte geschaffen und Tarifverträge verhandelt wurden. Wichtigster Akteur dieser humanistischen Transformation waren die Gewerkschaften. Ihnen wird auch bei der Gestaltung der Digitalisierung eine entscheidende Rolle zukommen.

Mit Blick auf die skizzierten Herausforderungen sollten bei der Schaffung politischer Rahmenbedingungen die folgenden Handlungsansätze im Vordergrund stehen.

Vier wichtige Handlungsfelder

Soziale Standards und Arbeitsschutz durchsetzen: Neue Arbeitsformen wie das Crowdfunding schaffen neue Zugänge zum Arbeitsmarkt. Diese gehen nicht selten mit prekären oder gar menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen einher. Auch in den Fertigungsstätten von IT-Hardware kommt es häufig zu Verletzungen internationaler Arbeitsnormen. Um dies zu verhindern, braucht es politische Regelungen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, entsprechende Vorgaben zu gestalten. Dazu gehört insbesondere ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt in Wertschöpfungsketten – ein sogenanntes Lieferkettengesetz.

Nationale bzw. regionale Märkte und Plattformen fördern: Die Länder des Globalen Südens drohen langfristig auf die Rolle von Datenzulieferern für mächtige globale Akteur_innen beschränkt zu werden. Um dies zu verhindern, müssen diese Länder eigene nationale und regionale Plattformen aufbauen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierfür ist es, grenzübergreifende, regionale Märkte zu schaffen. Deutschland und die EU sollten diese Länder dabei unterstützen.

Genossenschaftliche Strukturen stärken: Um möglichst vielen Menschen eine Arbeit zu bieten, die Marktposition kleinerer Anbieter zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu unterstützen, sollten digitale Plattformen aufgebaut werden, über die genossenschaftlich erbrachte Produkte und Dienstleistungen angeboten werden können. Staatliche Programme der Länder des Nordens sollten digitale Plattformen im Süden dabei unterstützen, das notwendige Kapital zu erschließen.

Handelspolitische Spielräume erweitern: Das Handelsrecht muss den Staaten mehr Gestaltungsspielraum ermöglichen. So sollten Regierungen Schutzmaßnahmen für die eigene Wirtschaft ergreifen dürfen, um eine auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnittene Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Auch dürfen handelsrechtliche Vereinbarungen lokale Datenspeicherung und die Erhebung von Zöllen nicht verbieten.

Sozialklauseln allein reichen nicht

Nur wenn die Weltwirtschaftsordnung nachhaltig reformiert wird, gibt es Chancen, die Einhaltung von Menschenrechten, Umweltschutz und internationalen Kernarbeitsnormen tatsächlich durchzusetzen, schreiben Merle Groneweg und Christoph Scherrer.



Fotos © Katherine Rodriguez vom Kollektiv "Ardiendo - Still Burning"

Die Größte Lateinamerikas: In der Mine El Cerrejón in La Guajira in Kolumbien wird auch für Deutschland abgebaut.



Eine von der Mine vertriebene Frau zeigt auf den Steinkohletagebau.

Über die Autor_innen

Merle Groneweg ist freie Referentin bei PowerShift zu Rohstoff-, Mobilitäts- und Handelspolitik. Sie hat u.a. eine Analyse der neuen Energie- und Rohstoffkapitel in EU-Handelsabkommen veröffentlicht.

Christoph Scherrer, Volkswirt und Politologe, ist Professor für „Globalisierung & Politik“ an der Universität Kassel, Sprecher des International Center for Development and Decent Work und Mitglied des Steering Committee der Global Labour University. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie, insbesondere die Steuerung des Weltmarkts im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.



Foto © Lochte

Heute ist es Unternehmen leicht möglich, zahlreiche Bestandteile der Produktion auszulagern. Denn mit den globalen Lieferketten gibt es ein weltweites Netzwerk von Organisationen, die die verschiedensten Prozesse und Tätigkeiten der Wertschöpfung übernehmen können. Damit einher geht der vielfach beschriebene „Wettlauf nach unten“: Die Produktion ist häufig dort am günstigsten, wo die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards am niedrigsten sind. Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den sogenannten Weltmarktfabriken entsprechen nur selten menschenwürdiger Arbeit. Das erleichtert es auch Unternehmen mit begrenzten Kapitalressourcen, auf lukrative Exportmärkte zu gehen. Das hat zu einem beeindruckenden industriellen Wachstum in einigen jener Länder geführt, die als Folge des europäischen Kolonialismus zuvor primär durch den Export von Agrar- oder Bergbauprodukten in die Weltwirtschaft integriert waren.

Die einseitig ausgerichtete Weltwirtschaftsordnung

Nichtsdestoweniger profitieren die Länder des Globalen Südens vergleichsweise wenig von der in diesen globalen Lieferketten generierten Wertschöpfung. Eine zentrale Ursache dafür ist die derzeitige Weltwirtschaftsordnung: Sie ist geprägt von der Vorherrschaft der Interessen ökonomisch starker Staaten und Unternehmen, begünstigt also die Marktmacht

der transnationalen Konzerne. Dies macht sich in mehrfacher Weise bemerkbar und führt bisher dazu, dass der politische Handlungsspielraum für Länder des Globalen Südens stark eingeschränkt ist (siehe Infokasten Seite 36). Weltweit wird ein großer Teil der Menschen von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Sicherheit ausgeschlossen.

Die negativen externen Effekte des heutigen Handelsregimes werden immer spürbarer und auch im Globalen Norden sichtbar. Der internationale Handel trägt zur Klimakatastrophe bei, er beschleunigt die Ausbreitung von Viren, erhöht den Druck auf lokale Umweltressourcen und führt zur Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Der Preis als zentraler Koordinierungsmechanismus einer Marktwirtschaft spiegelt diese gesellschaftlichen Kosten der Produktion und des Konsums nicht wider. Umweltauswirkungen bei der Produktion, dem Transport oder beim Konsum, wie etwa der Verbrauch von Boden und Wasser, Luftbelastung oder Elektroschrott, werden gar nicht oder kaum eingepreist. Wenig besser steht es um die sozialen Kosten. Gerade in den Wirtschaftszweigen, wo der Markteintritt sehr leicht ist – oder sehr leicht gemacht wird, weil beispielsweise ein informeller Sektor zugelassen wird – werden Menschenrechte und Arbeitsrechte häufig verletzt. Bekenntnisse zum Pariser Klimaabkommen sowie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte werden nun zwar etwa in so genannten Nachhaltigkeitskapiteln in die EU-Handelsabkommen integriert, bleiben jedoch unverbindlich.

Die aktuelle Weltwirtschaftsordnung ist einseitig ausgerichtet

Die Vorherrschaft der Interessen ökonomisch starker Staaten und Unternehmen macht sich in mehrfacher Weise bemerkbar und führt bisher dazu, dass der politische Handlungsspielraum und Entwicklungsmöglichkeiten für Länder des Globalen Südens eng begrenzt sind:

Erstens versuchen vor allem die USA und die EU, mittels bi- und plurilateraler sogenannter Freihandelsabkommen sowohl die Interessen der bei ihnen ansässigen Konzerne durchzusetzen, als auch ihren eigenen Vorsprung gegenüber den Handelspartnern abzusichern. Auch wenn es oft anders dargestellt wird, bedeutet dies eine Abkehr vom Prinzip des Multilateralismus. Denn innerhalb der multilateralen Welthandelsorganisation (engl. WTO) ist es auch für große Wirtschaftsmächte schwierig, sich gegen zwischenstaatliche Allianzen durchzusetzen. In Verhandlungen über ein Abkommen mit einzelnen Ländern können sie ihre Größe besser zur Geltung bringen.

Das ist ein Grund, warum die Weiterentwicklung der gemeinsamen Regeln innerhalb der multilateralen WTO, wo jedes Mitgliedsland eine Stimme hat, ins Stocken gerieten. Im Jahr 2001 begann die sogenannte Doha-Runde, auch Entwicklungsrunde genannt. Die Mitgliedsländer verhandelten neue Regeln, die insbesondere Ländern des Globalen Südens wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen sollten. Eine Konfliktlinie dabei war und ist etwa der Schutz der Agrarmärkte in westlich industrialisierten Staaten u.a. durch Zölle und Subventionen auf der einen Seite und andererseits wenig Bereitschaft Industrie- und Dienstleistungszweige stärker zu liberalisieren. Bis heute kommen die Verhandlungen kaum voran, während seither an die 200 Handelsabkommen geschlossen wurden.

So zeugen, zweitens, die WTO-Regeln noch heute von der handelspolitischen Durchsetzungskraft der USA und der EU bei der Gründung der WTO und setzen enge Grenzen für die Möglichkeit der aufholenden Entwicklung.

Drittens ist neben den Handelsregimen die Weltbankgruppe ein bedeutender Eckpfeiler der Weltwirtschaftsordnung. Sie vergibt u.a. Kredite an Entwicklungsländer, die an Auflagen geknüpft sind und somit den politischen Spielraum einschränken. Auch hier findet sich die oben beschriebene Dominanz, die sich im Gegensatz zur WTO (1 Land eine Stimme) aber auch institutionell spiegelt, indem die größten Financiers mehr Entscheidungsmacht haben. Zu den Verlierern zählen Staaten wie Ghana, die unter dem Druck der von Weltbank bzw. Internationalem Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungsprogramme ihre Märkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz stark geöffnet haben. In der Folge hat Ghana keine Möglichkeit mehr, sich vor ausländischer Konkurrenz zu schützen oder die eigene Wirtschaft staatlich zu subventionieren – mit dem Ergebnis, dass das Land beispielsweise seine großen Tomatenernten nicht industriell verarbeiten kann. Stattdessen beherrscht italienisches Tomatenmark den Markt.

Viertens erhalten die Verlierer dieser Konkurrenz, seien es Staaten oder Gruppen innerhalb von Staaten, kaum Kompensation. So genannte Entwicklungshilfe, die häufig auch den Unternehmen des so genannten Geberlandes zu Gute kommt, ist kaum mehr als ein Tropfen auf heißem Stein. Im Verhältnis zu den Ausgangsbedingungen, den fortwährenden Benachteiligungen im Welthandel und der Schuldenlast ist sie völlig unzureichend, um aufholen zu können.

Schließlich werden die infrastrukturellen Vorleistungen in vielen Fällen nicht im Preis einer Ware oder Dienstleistung berücksichtigt. Markantes Beispiel ist eine der dynamischsten verlängerten Werkbänke der Bekleidungsindustrie, nämlich Bangladesch. Dem dortigen Staat fehlen die finanziellen Mittel für den Aufbau der Infrastruktur im Bereich Gesundheit, Bildung, Forschung, Straßenwesen und Wasserwirtschaft, die für eine erfolgreiche Aufwertung seiner Produktion innerhalb der Bekleidungswertschöpfungskette notwendig ist. Ein Grund ist, dass die transnationalen Konzerne als Einkäufer keine Steuern zahlen, die Gewinnmarge für die heimischen Produzenten zu gering ist und die Exportsteuer gesenkt wurde. Hier könnte es noch schlimmer kommen, weil die EU und die USA sie gern im Rahmen von Handelsverträgen ganz abschaffen möchten.

E-Commerce-Agenda als Türöffner der Liberalisierung

Die Abschaffung so genannter Exportbeschränkungen gehört weiterhin zu den zentralen Interessen der reichen Industriestaaten. So ist die EU-Kommission der Ansicht, dass die WTO-Regeln im Bereich Rohstoffe und Energie nicht ausreichen und auf Exportseite restriktiv seien. Um den in der EU ansässigen Industrien einen möglichst günstigen Zugriff auf Rohstoffe und Energie zu sichern, gehört es deshalb zur Strategie der EU-Kommission, mit ressourcenreichen Staaten wie Chile, Indonesien und Tunesien separate Energie- und Rohstoffkapitel in Handelsabkommen durchzusetzen.

So liegt Brüssel mit der indonesischen Regierung im Clinch. Diese hatte 2014 zum Beispiel ein Exportverbot von unverarbeitetem Nickel erlassen, um die Ansiedlung von weiterverarbeitender Industrie im Land zu fördern. Der EU-Kommission sind diese Maßnahmen ein Dorn im Auge. Sie übt nun auch mittels Einreichung einer WTO-Beschwerde Druck auf Indonesien aus.

Während hier also erklärtes Ziel ist, die letzten noch bestehenden Exportschranken einzureißen, wird an anderer Stelle verhindert, dass überhaupt welche errichtet werden. Seit 1998 gilt ein temporäres Verbot von Zöllen auf „elektronisches Übertragen“ für alle WTO-Mitgliedsstaaten. Dies muss jedoch in regelmäßigen Abständen in WTO-Ministerialerklärungen

bekräftigt werden. Schwellen- und Entwicklungsländer möchten das Besteuerungsmoratorium überprüfen, da einerseits die Transaktionszahlen deutlich gestiegen sind und andererseits zahlreiche einst steuerbare Dienstleistungen und Waren in Online-Services umgewandelt wurden. Unter anderem aufgrund des Widerstands von Indien und der Afrika-Gruppe innerhalb der WTO haben sich die WTO-Mitglieder nicht einigen können, Verhandlungen über ein gemeinsames E-Commerce-Abkommen aufzunehmen.

Stattdessen verhandeln seit 2019 insgesamt 82 Staaten – darunter die EU, USA und inzwischen auch China – über ein völkerrechtlich verbindliches Handelsabkommen. Hier droht die Gefahr, dass Regeln für einen großen Wirtschaftsraum geschaffen werden, aus dem andere Akteure so lange außen vorbleiben, bis sie sich diesen unterwerfen. Im Interesse der großen Tech-Konzerne geht es darum, den möglichen Regulierungsspielraum schon jetzt einzuschränken. Der „freie Datenfluss“ über Grenzen soll gesichert, Vorgaben zur lokalen Datenspeicherung oder der Offenlegung des Quellcodes sollen aus dem Weg geräumt werden. Datenschutz, und damit der Privatsphäre als grundlegendes Menschenrecht, wird von den verhandelnden Staaten unterschiedlich viel Bedeutung beigemessen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnen die E-Commerce-Agenda als „trojanisches Pferd“, das auf anderem Weg versucht, die Vorschläge der reichen Industriestaaten für weitreichendere Liberalisierung voranzutreiben. Auf WTO-Ebene haben die Länder des Globalen Südens diese so genannten Singapur-Themen bisher erfolgreich gestoppt. Zu ihnen zählen neben dem Abschaffen von weiteren Zöllen auch die Ausweitung des Schutzes geistigen Eigentums oder von Investitionen, die Liberalisierung verschiedener Dienstleistungen und der öffentlichen Beschaffung sowie ein Verbot aller Anforderungen für Technologie-Transfers.

Dabei wurden die Grundlagen für die bisher wohl erfolgreichsten nachholenden Länder gelegt, indem diese die Lehren von Friedrich List gegen die von David Ricardo beherzigten: Die Volksrepublik China hat sich gegenüber dem Weltmarkt gezielt selektiv geöffnet und nimmt es auch heute noch, wenn man den Klagen der deutschen Industrie trauen darf, nicht so genau mit dem geistigen Eigentum. Indem das Land die Zulassung von ausländischen Konzernen strikt reguliert und

stattdessen nationale Alternativen entwickelt hat, verzeichnen chinesische Unternehmen gemeinsam mit US-amerikanischen Unternehmen nun 90 Prozent des Marktwerts der größten digitalen Plattformen. Hingegen liegt Europas Anteil hier bei 4 Prozent; Afrika und Lateinamerika kommen zusammen nur auf 1 Prozent.

Angesichts dieser Monopolstellung haben es kleinere wie später hinzukommende Unternehmen schwerer, auf dem Markt zu bestehen. Ohne Schutz vor der ausländischen Konkurrenz und der Möglichkeit staatlicher Subventionen, gelingt es den ehemals kolonialisierten Staaten nicht, Wirtschaftssektoren mit einer höheren Wertschöpfung aufzubauen. Ein Handelsregime der nachholenden Entwicklung würde den betroffenen Ländern mehr Spielraum lassen, die eigene Industrie zu fördern. Staatliche Unterstützung für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in die Bildung, wie in der Neuen Wachstumstheorie gefordert, sind wichtig, aber nicht ausreichend. Eine direktere Industriepolitik ist erforderlich, um strategisch wichtige Industrien oder sogar Schlüsselunternehmen zu unterstützen. Zugleich müssen transnationale Konzerne umfassender kontrolliert werden. Gegenwärtig können sie Staaten gegeneinander ausspielen und eine Strategie der Regulierungsarbitrage verfolgen, wie es auch das Vortreiben der digitalen Agenda zeigt.

Aufgabe der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft

In den bisherigen internationalen Handelsverhandlungen haben sich die Gewerkschaften darauf konzentriert, Sozialklauseln zur Einhaltung internationaler Kernarbeitsnormen einzubringen. Zwar sind solche Klauseln mittlerweile in 85 regionalen Handelsabkommen verankert, doch ihre Wirkung

ist sehr begrenzt. Das neue Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (USMCA) will die Rechte mexikanischer Arbeiter_innen besser schützen. Deshalb verlangt es eine progressive Arbeitsrechtsreform, bevor der Vertrag unterzeichnet wird, und sieht ein beschleunigtes Verfahren bei der Verletzung von Kernarbeitsnormen vor.

Gleichwohl weist diese neue Sozialklausel ebenfalls die bisherig schon typischen Schwächen auf. Zum einen dient sie als Feigenblatt für die zentralen Vereinbarungen im Handelsabkommen, die die arbeitende Bevölkerung in allen drei Ländern schlechter stellt und insbesondere den industriepolitischen Spielraum Mexikos einschränkt. Zum anderen ist die Klausel Folge US-amerikanischer Machtausübung innerhalb eines regionalen Handelsabkommens und nicht Resultat einer multilateralen Verhandlungsrunde.

Deshalb sollten Gewerkschaften wie auch andere zivilgesellschaftliche Akteure ihre berechnete Forderung nach der Einhaltung internationaler Kernarbeitsnormen, Menschenrechten und Umweltschutz mit der Forderung einer allgemeinen Reform der Weltwirtschaftsordnung verbinden. In einem ersten Schritt sind alle derzeit zur Verhandlung anstehenden regionalen Freihandelsabkommen abzulehnen, denn sie stärken Konzernmacht. In einem zweiten Schritt sollten aus den vielfältigen Reformideen zur Weltwirtschaft vor allem jene aufgegriffen werden, die von den Gewerkschaften des Globalen Südens unterstützt werden. Dies verlangt nach einem umfassenden Dialog. Dessen Ergebnis sollte in die Europäische Union eingebracht werden, die neben den USA die bedeutendste Kraft in der weltwirtschaftlichen Regelsetzung ist. Die Verhandlungsführung der EU-Kommission kann über die nationalen Regierungen und über das Europaparlament beeinflusst werden. Beides verlangt eine stärkere Koordination unter den Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in den EU-Mitgliedsländern. ■

- Gewerkschaften müssen ihre Forderungen mit einer Reform der Weltwirtschaftsordnung verbinden. -



Foto © Sunshine Seeds, iStock

Bekannt durch das Massaker an 34 Bergleuten im Jahr 2012. Minen nahe Rustenberg, Südafrika. Das dort abgebaute Platin wird z.B. in digitalen Endgeräten verbaut und in Autokatalysatoren.

Das USMCA Abkommen: Was gehen könnte

Das Ende 2019 von den USA, Kanada und Mexiko unterschriebene USMCA-Abkommen ist eine neugestaltete Auflage des umstrittenen NAFTA-Freihandelsabkommens. Trotz etlicher Schwächen zeigt es an einigen Punkten, dass und wie Aspekte des Arbeitsrechts und des Umweltschutzes Eingang in solche Verträge finden könnten.

So verpflichtet das USMCA Mexiko, Arbeitnehmervertretungen und Kollektivverhandlungen gesetzlich zu regeln, Gewalt gegen Arbeitnehmende, die ihre Arbeitsrechte ausüben wollen, zu bekämpfen und zugewanderte Arbeitnehmende arbeitsrechtlich zu schützen. Und es verbietet den Import von Gütern, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Eine neuartige „Arbeitswertgehalt-Klausel“ soll dazu beitragen, die niedrigen Löhne in den

mexikanischen Fabriken anzuheben. Das soll die Verlagerung der Produktion von den USA oder Kanada dorthin unattraktiver machen.

Auch zum Umweltschutz gibt es einige konkrete Verpflichtungen wie die aktive Bekämpfung des illegalen Handels mit Wildtieren, Holz und Fisch, die Stärkung der Netzwerke der Strafverfolgungsbehörden sowie das Vorgehen gegen dringende Umweltprobleme wie schlechte Luftqualität und Verschmutzung der Meere durch Abfälle. Außerdem müssen neue Gesetze zum Schutz von Meerestieren wie Wale und Schildkröten erlassen werden, die Zusammenarbeit für den Erhalt mariner Lebensräume verbessert werden. Auch die Anerkennung, Umsetzung und Aufrechterhaltung relevanter Pflichten aus sieben multilateralen Umweltabkommen gehört dazu.

*- Manche wollen uns glauben machen,
dass zwischen der Schaffung von Arbeitsplätzen
und Umweltschutz ein Widerspruch bestünde.
Wir akzeptieren diese Dichotomie nicht. -*

Barbara Figuera

Ökologische Transformation



In vielen Regionen erhöht sich das Risiko für Waldbrände.

Soziale Ungleichheit muss bekämpft werden

Trotz der verheerenden Politik der Regierung Bolsonaro gibt es in Brasilien durchaus schon „Green Jobs“. Aber weder ist das Potenzial ausgeschöpft, noch sind diese Arbeitsplätze automatisch auch „Decent Work“. Nelson de Chueri Karam zeigt auf, wie der Weg zu einer neuen ökologischen und sozialen Agenda aussehen könnte.



„Green Jobs“: Ökologischer Gemüseanbau in Brasilien.

Über den Autor

Nelson de Chueri Karam ist Volkswirt am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der brasilianischen Gewerkschaften (DIEESE), das seit mehr als 60 Jahren in den Bereichen Forschung, Beratung und Bildung tätig ist. Unter seiner Leitung wurde am Institut für Arbeitswissenschaft in Brasilien der erste interdisziplinäre Bachelor-Studiengang für Arbeitswissenschaft eingerichtet. Aktuell entwickelt und koordiniert er Projekte zu den Folgen der Technologie-, Gesundheits- und Umweltpolitik für die Arbeitswelt.



Übersetzung ins Deutsche: Marten Henschel, textdesign

Im Brasilien unter Präsident Bolsonaro kommen beide zusammen: Verbrechen gegen die Natur und gegen die Menschlichkeit. Die Regierung verschärft mit ihrer Arbeits- und Sozialpolitik die soziale Ungleichheit, sie weigert sich, Hunger und Armut zu bekämpfen, für Beschäftigung und Gute Arbeit zu sorgen. Sie baut Arbeitnehmerrechte ab, schwächt die Gewerkschaften und verhindert Tarifverhandlungen: Die Räume für den sozialen Dialog werden eng. Und sie vernachlässigt den Umweltschutz, bestreitet, dass die Menschheit den Klimawandel verursacht, zerstört Ökosysteme, brennt Wälder nieder und vernichtet auch hier Arbeitsplätze.

Diese systematische Zerschlagung macht fassungslos. Denn bis vor wenigen Jahren konnte Brasilien zurecht stolz darauf sein, die Arbeitslosigkeit und den Anteil informeller Beschäftigungsverhältnisse verringert zu haben. Der Mindestlohn und das Einkommen aus Arbeit wuchs. Millionen Familien befreiten sich aus der Armut.

Angesichts dieser mehr als widrigen Lage, der Rückschläge und einer bis dato unvorstellbaren Krise des öffentlichen Gesundheitssystems müssen die brasilianischen Gewerkschaften das Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt neu definieren. Widersprüche sind aufzulösen: zwischen dem Reichtum an Biodiversität und der sozialen Armut, der „sauberen“ Produktion mancher Branchen und den „schmutzigen“ Arbeiten, dem überwältigenden Angebot an natürlichen Ressourcen und der Ernährung mit industriellen Fertigprodukten.

Was bedeutet „Green Job“?

Zwischen Juni und August 2020 lag die Arbeitslosenquote in Brasilien bei 14,4 Prozent. Damit waren etwa 14 Millionen Menschen arbeitslos. Dieser höchste Wert seit 2012 ist nur teilweise der Covid-19-Pandemie und dem Ausbleiben wirksamer Gegenmaßnahmen geschuldet. Eine Beschäftigungspolitik oder ein Bestreben der Regierung, die soziale Ungleichheit zu überwinden, war auch zuvor nicht erkennbar. Ohne das ist jedoch ein Wirtschaftswachstum, das gute Arbeitsplätze bringt, kaum vorstellbar. Aber die Lage muss nicht hoffnungslos sein. In der Gewerkschaftsbewegung gibt es Vorschläge, wie die Arbeitswelt mit den Belangen des Umweltschutzes in Einklang gebracht, wie Beschäftigungspolitik mit nachhaltiger Entwicklung verknüpft werden und die Produktion an den Grenzen und Potenzialen der Umwelt ausgerichtet werden kann.

Hier beginnt die Debatte über Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz. Der Begriff – manche sprechen auch von „Green Jobs“ oder „nachhaltigen Arbeitsplätzen“ – ist abstrakt. Denn wie können wir messen, wie „grün“ ein Arbeitsplatz wirklich ist?

Es gibt bereits unterschiedliche Ansätze, den Begriff zu definieren, zu schätzen, wie viele Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz vorhanden sind und welches volkswirtschaftliche Potenzial sie entfalten können.

Brasilien und seine Bundesstaaten



Grafik: TRD Design

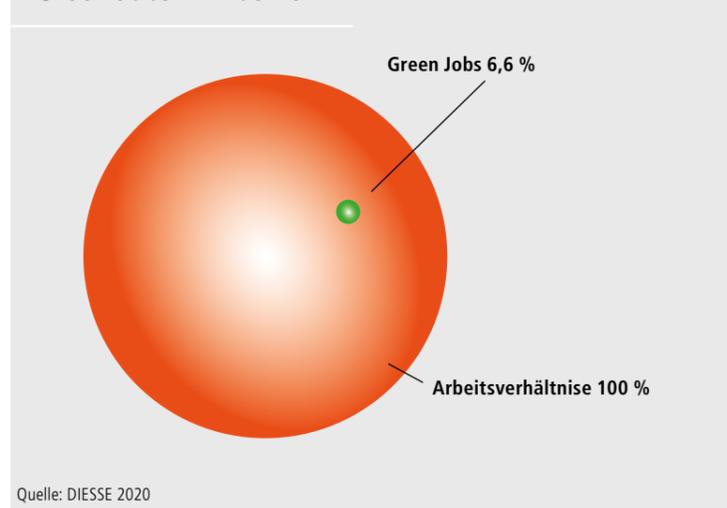
Nach Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) etwa könnten durch eine wirksame Dekarbonisierung der brasilianischen Wirtschaft bis 2030 zusätzlich 7,1 Millionen Arbeitsplätze entstehen. Die ILO definiert „Green Jobs“ über die Wirtschaftszweige, in denen sie angesiedelt sind. Zugleich verknüpft sie den Begriff mit dem Begriff „Decent Work“, der guten Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen. Denn nachhaltig allein reicht nicht: Durch Arbeitsverträge und Arbeitnehmerrechte, durch die Achtung der Menschenrechte, Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und soziale Sicherungssysteme ist sicherzustellen, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Brasilien (DIEESE) hat den von der ILO definierten Begriff aufgegriffen und mit anderen Ansätzen kombiniert. Mit dem Ziel, Indikatoren für Brasilien zu definieren, zogen die Forscher_innen neben den Wirtschaftszweigen auch Berufsgruppen heran, die für den Umweltschutz arbeiten. Diese Methode verbindet die Ergebnisse von Muçouçah (2009) und Caruso (2010). Die analysierten Daten stammen aus der RAIS-Statistik, einem Register, an das die brasilianischen Unternehmen ihre Beschäftigtenzahlen melden. In einem ersten Schritt wurden die von Muçouçah benannten Branchen ausgewählt, das sind diejenigen Wirtschaftszweige, die zur Verringerung der Emissionen, zur Verbesserung oder zum Erhalt der Qualität der Umwelt beitra-

gen. In diesen Umweltbranchen werden die Berufe unterteilt in „Tätigkeiten im Bereich Umweltschutz“ und „unterstützende Tätigkeiten im Bereich Umweltschutz“.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 2018 etwa 3,1 Millionen Beschäftigte im Bereich Umweltschutz tätig waren.

Green Jobs in Brasilien



Dieser Anteil hat sich selbst während des Rückgangs der Wirtschaftsleistung zwischen 2015 und 2017 nicht verändert. Berücksichtigt sind ausschließlich abhängig Beschäftigte mit gemeldetem Arbeitsvertrag. Daten für informell Beschäftigte, die ohne Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherungsschutz tätig sind, liegen nicht vor und konnten daher nicht berücksichtigt werden.

Im Jahr 2018 fanden sich 54,7 Prozent der Arbeitsplätze in der Umweltbranche im begüterten Südosten des Landes, also in den Bundesstaaten São Paulo, Rio de Janeiro, Minas Gerais und Espírito Santo.

In den anderen Regionen besteht noch enormes Wachstumspotenzial, auch wenn die Statistiken schon 2008 einen steigenden Anteil im Nordosten verzeichneten, der traditionell das „Armenhaus Brasiliens“ darstellt. Der Zuwachs war vor allem dem Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem von Wind- und Solarenergie, zu verdanken.

Kombination mit dem Kampf gegen soziale Ungleichheit

Festzuhalten ist, dass der Reichtum an natürlichen Ressourcen und die Größe des brasilianischen Arbeitsmarkts ein enormes Potenzial für Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz bieten. Die Studie zeigt aber auch: Grüne Arbeitsplätze allein reichen nicht. Es muss gleichzeitig die soziale Ungleichheit bekämpft werden.

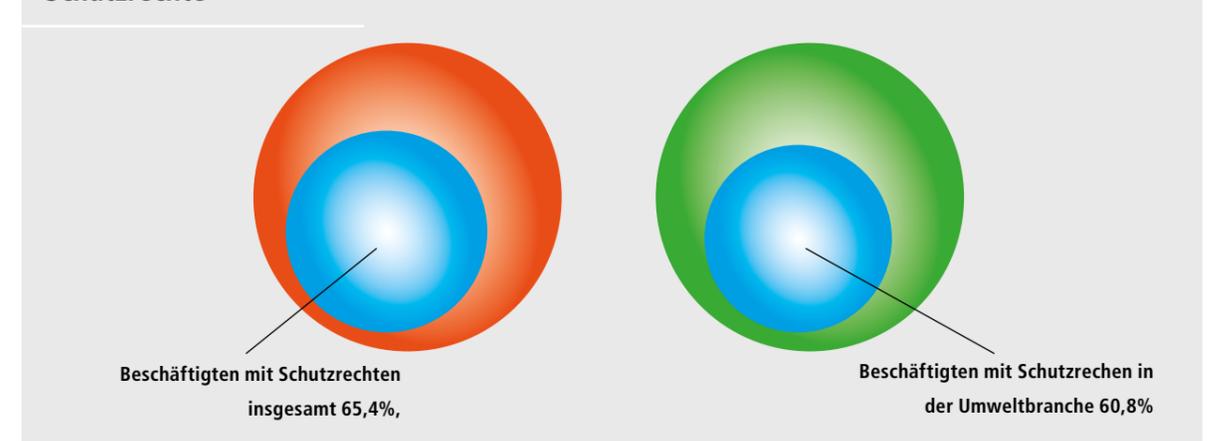
Die Löhne im Bereich Umweltschutz liegen unterhalb des allgemeinen Lohnniveaus. Für unterstützende Tätigkeiten im Bereich Umweltschutz wurden 2018 nur 83 Prozent des Durchschnittslohns gezahlt. Weit höher dürfte der Unterschied ausfallen, wenn die informell Beschäftigten, die statistisch nicht erfasst werden, eingerechnet würden.

Ungleichheit herrscht auch zwischen den Geschlechtern. Aus den Daten geht hervor, dass der Frauenanteil in der Umweltbranche im Jahr 2018 bei nur 19 Prozent lag, während die Frauenquote auf dem Arbeitsmarkt insgesamt 44 Prozent betrug. Im Durchschnitt verdienten Frauen im Bereich Umweltschutz 13,1 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Damit Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz zur Stärkung des Arbeitsmarkts beitragen, ist eine Verknüpfung von Umweltverträglichkeit und menschenwürdiger Arbeit also unabdingbar, ist das Fazit der DIEESE-Studie. Und hier sehen die Expert_innen noch einiges zu tun, denn der Anteil der Beschäftigten mit Schutzrechten in der Umweltbranche ist geringer. Doch auch insgesamt sind nur knapp zwei Drittel Beschäftigte mit Schutzrechten. Also Arbeitnehmer_innen, die den Arbeitsgesetzen in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst unterliegen oder einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen.

Schutzrechte

Quelle: DIEESE 2020



- Durch eine wirksame Dekarbonisierung der brasilianischen Wirtschaft könnten bis 2030 zusätzlich 7,1 Millionen Arbeitsplätze entstehen. -

Auch die Arbeitszeiten in der Umweltbranche zeigen, dass die Qualität der Arbeit zu wünschen lässt. Dabei sind in der brasilianischen Umweltbranche sowohl erhebliche Unterschreitungen der Regelarbeitszeit (Unterbeschäftigung) als auch Überschreitungen der gesetzlichen Höchstarbeitszeit üblich. Hier sind Gewerkschaften gefragt: Damit Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz eine wirkliche Alternative darstellen, müssen sie die Einhaltung der Arbeitszeiten überwachen und gute Arbeitsbedingungen vereinbaren.

Die Rolle der Gewerkschaften

Auch wenn nur für die Hälfte der brasilianischen Beschäftigten Tarifverträge gelten, waren und sind Tarifverhandlungen ein wichtiges Instrument gewerkschaftlichen Handelns. Das gilt insbesondere heute angesichts der Gesetzesreformen, mit denen die Bedeutung der Tarifverhandlungen geschwächt werden soll.

Die Themen Nachhaltigkeit und Umwelt sind in Tarifverträgen bisher kaum berücksichtigt. 2019 enthielten 466 Tarifvereinbarungen Klauseln zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Das sind gerade einmal 1,5 Prozent der 31.436 Vereinbarungen, die bis Januar 2020 in Kraft und bei der zuständigen staatlichen Stelle registriert waren.

Einschlägige Bestimmungen finden sich vor allem in Tarifverträgen des verarbeitenden Gewerbes. An erster Stelle steht die Nahrungsmittelindustrie mit 265 Klauseln, gefolgt vom Baugewerbe, der Möbel- und Metallindustrie, dem Maschinenbau und der Elektroindustrie. Im Dienstleistungssektor finden sich 103 Klauseln, vor allem bei selbstständigen Gewerbetreibenden, im Transportwesen und im öffentlichen Gesundheitswesen. Im Handel konzentrieren sich umweltrelevante Klauseln auf die Tarifverträge der Sparten Lagerleistungen, Groß- und Einzelhandel. In der Landwirtschaft enthielten 42 Tarifvereinbarungen Bestimmungen zum Umweltschutz.

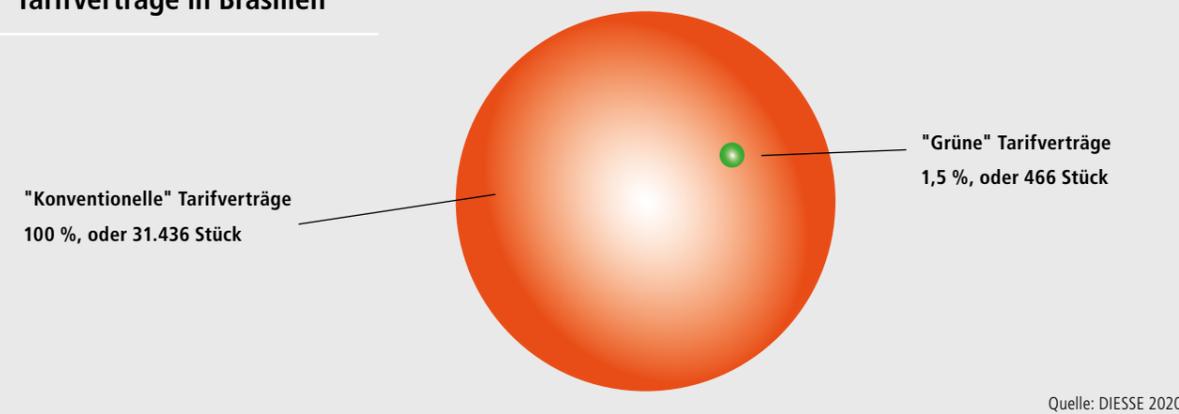
Häufige Inhalte dieser Tarifvertragsklauseln waren die Einhaltung der Umweltgesetze, Arbeitsschutzkommissionen und paritätische Ausschüsse, Förderung der nachhaltigen Entwicklung, Umweltschutz, Veranstaltungen und Kampagnen zur Sensibilisierung, Senken des Papierverbrauchs, Recycling, Ernährung, Ergebnisbeteiligung, Kampf gegen Drogen- und Alkoholmissbrauch und Anwendung von Agrargiften.

Bei Tarifverhandlungen in Brasilien steckt die Verbindung von Umwelt und Arbeitswelt also noch in den Kinderschuhen. Normalerweise beschränkt man sich auf betriebsinterne Angelegenheiten wie Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, während die Beziehungen zwischen Produktion und Umwelt nur langsam ins Bewusstsein rücken.

Die brasilianischen Gewerkschaften und ihre Verbände sind zudem an einigen wenigen nationalen und internationalen Abkommen über nachhaltige Entwicklung, ökologische Verantwortung und Dekarbonisierung der Wirtschaft beteiligt. So arbeiten die Metallgewerkschaften an einem Regierungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität mit. Auf internationaler Ebene haben brasilianische Gewerkschaften Rahmenabkommen unterzeichnet, die vom globalen Gewerkschaftsverband IndustriAll in Branchen wie Energie, Erdöl und Erdgas und in der Automobilindustrie abgeschlossen wurden.

Bis zur Verbindung von Arbeitswelt und Umwelt liegt noch ein langer Weg vor der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung. In einem ersten Schritt sind für Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz gute Arbeitsbedingungen herzustellen und breite Bündnisse mit sozialen Bewegungen (Umwelt, Studierende, Frauen, bäuerliche Landwirtschaft, indigene Völker etc.) zu schmieden. Damit der Übergang zu nachhaltiger und menschenwürdiger Arbeit, zu einer CO2-freien Wirtschaft, zur Überwindung der sozialen Ungleichheit und zum Erhalt der Umwelt gelingen kann, gilt es, gemeinsam Räume für den sozialen Dialog zu schaffen. ■

Tarifverträge in Brasilien



Arbeiter_innen kämpfen gegen Waldbrand.

Zwischen Öl und Ökolandbau

Das westafrikanische Land bekommt die Folgen des Klimawandels längst zu spüren, ein Klimaschutzgesetz lässt aber auf sich warten – die Regierung setzt andere Prioritäten. Um den Prozess voranzubringen, arbeiten die Gewerkschaften an Partnerschaften mit anderen Organisationen. Grundlage für ein gegenseitiges Verständnis, schreibt Hauwa Mustapha, ist ein Forschungsprojekt, das die Sicht der Bevölkerung auf den Klimawandel erkundet hat.

Foto @ Sozialistisk Ungdom (SU) / flickr



Die zivilgesellschaftliche Kampagne "Leave the oil in the soil" setzt sich in Nigeria gegen die Ölförderung ein.

Über die Autorin

Hauwa Mustapha ist Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin. Sie ist spezialisiert auf die Themen Entwicklungspolitik, Gender, Klimawandel, soziale Sicherung und Arbeit. Derzeit koordiniert sie das Programm, Climate Change and Just Transition, des nigerianischen Gewerkschaftsdachverbands, Nigeria Labour Congress.



Wenn es Nigeria in die Nachrichtensendungen der Länder des Globalen Nordens schafft, dann meist als ein Land, das von Unruhen und einem Generationenkonflikt mit einer starken zivilen Protestbewegung durchgeschüttelt wird. Hintergrund ist die Unzufriedenheit vor allem der jungen Menschen mit der Politik der Regierung Muhammadu Buhari. Der zuletzt 2019 wiedergewählte Ex-Diktator aus den 1980er Jahren hatte versprochen, das unter seinen Vorgängerregierungen von Korruption und islamistischem Terror geprägte Land zu reformieren und zukunftsfähig zu machen.

Die nigerianische Wirtschaft verfügt über Rohstoff- und Agrarressourcen, ist aber vor allem vom Erdöl abhängig. Die Ölindustrie trägt 65 Prozent zu den Staatseinnahmen bei, stellt aber nur 9 Prozent der Arbeitsplätze. Die Landwirtschaft dagegen ist vor allem wichtig, weil sie für 70 Prozent der Jobs verantwortlich ist. Da Nigeria mit seinen 200 Millionen Einwohner_innen das größte afrikanische Land ist, spielt die Art und Weise, wie es mit seinen Ressourcen umgeht und den Transformationsprozess gestaltet, eine große Rolle in der Region Westafrika und vermutlich auch darüber hinaus.

Die nigerianische Verfassung sieht den Staat in der grundlegenden Verantwortung, „die Umwelt zu bewahren und ihren Zustand zu verbessern, sowie Wasser, Luft und Land, Wälder und Natur Nigerias zu schützen“. Das Land hat sich zur Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris verpflichtet. Seine Klimapolitik ist darauf ausgerichtet, eine wachstumsorientierte, aber CO₂-arme Entwicklung und eine klimaresiliente Gesellschaft zu fördern. Ein Klimaschutzgesetz ist in Arbeit,

indem allgemein gültige Grundprinzipien für die Regulierung und Begrenzung von Treibhausgasemissionen über die verschiedenen Branchen hinweg formuliert werden sollen.

Der soziale Dialog zum Klimawandel ist fest etabliert. Die Gewerkschaften unter dem Dachverband Nigeria Labour Congress sehen sich in einer zentralen Rolle, wenn es um den Klimaschutz geht, und arbeiten an strategischen Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie wollen erreichen, dass das Klimaschutzgesetz neben dem Umweltschutz auch menschenwürdige Arbeit beinhaltet, damit die Transformation sowohl für die Beschäftigten als auch für die Gemeinschaft gerecht gestaltet wird.

Forschungsprojekt Just Transition in den wichtigen Industrien

Kritische Leitfragen dabei lauten: Wie stellen wir sicher, dass uns ein Übergang weg von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hin zu einer saubereren Umwelt, menschenwürdigeren Jobs und sichereren Kommunen in Nigeria führt? Welche Art von Partnerschaft braucht es, um sicherzustellen, dass der Übergangsprozess soziale Gerechtigkeit und Inklusion fördert? Mehr Informationen dazu sollte ein gemeinsames Forschungsprojekt mit zivilgesellschaftlichen Partnern bringen.

Die Voraussetzungen: Die größten ökologischen Probleme des Landes werden ausgerechnet von den beiden wichtigsten Wirtschaftszweigen verursacht. Rodungen für die Landwirtschaft und die daraus erfolgende Erosion verschlechtert den Boden, Verschmutzungen durch Fabriken und Lecks im Förderprozess und beim Transport des Erdöls tun ein übriges. Die wichtigsten sozialen Fragen betreffen Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Ungleichheit und Armut – 86 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze – sowie kommunale Konflikte.

Das Projekt: Ziel des Projekts war es herauszufinden, welche konkreten Interessen der Beschäftigten der Agrar- und der Ölindustrie und der Kommunen bei der Entwicklung einer Strategie für einen gerechten Übergang berücksichtigt werden müssen. Grundlage dafür war eine groß angelegte Befragung.



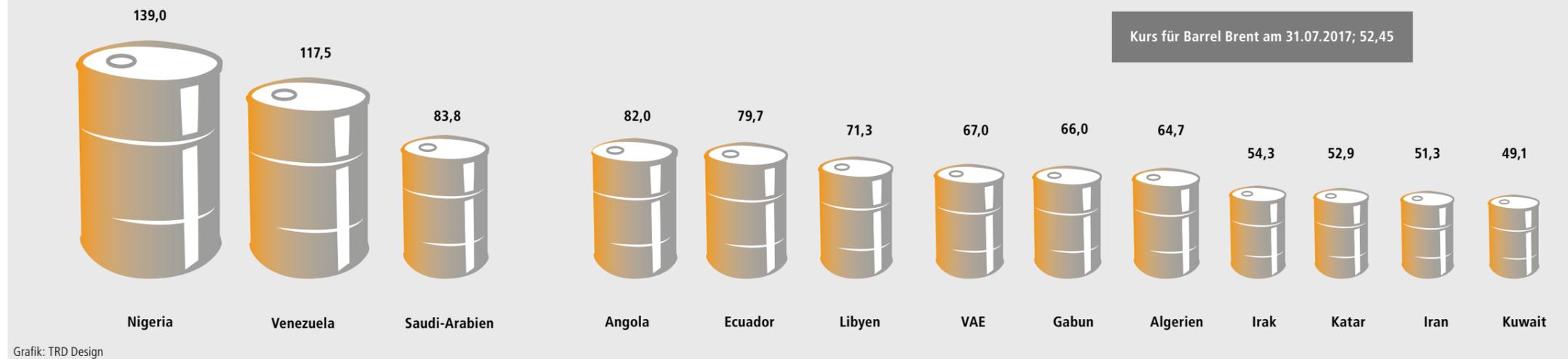
Die erste Ölquelle in Westafrika, die 1956 von Shell gebohrt wurde.

Dabei wurde deutlich, dass die globale Erwärmung in der Landwirtschaft längst die Alltagserfahrungen bestimmt: Temperaturextreme, Hitzewellen und geringere Niederschlagsmengen beeinflussen sowohl den Agrarkreislauf als auch die Fruchtbarkeit des Bodens und haben die Wasserflächen schrumpfen lassen. Alles zusammen beeinträchtigt seit Jahren die Ernteerträge.

Innerhalb der Ölindustrie sind die Folgen des Klimawandels deutlich weniger spürbar. Ein Teil der Kommunen und viele Beschäftigte sehen keinen Zusammenhang zwischen der Erdöl- und Erdgasförderung und der globalen Erwärmung. Sie halten die von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorangetriebene

Preis pro Barrel Rohöl, der nötig wäre, um die Haushalte von OPEC-Staaten auszugleichen (in US \$)

Quelle: statista



Kampagne Leaving the oil in the soil („Lasst das Öl im Boden!“) für einen Trick, um ihnen die Nutzung ihres „gottgegebenen Reichtums“ zu verwehren. Wenn es schon eine Transformation geben soll, stimmen sie eher für sauberere und zuträglichere Fördermethoden.

Es gibt jedoch einen Konsens darüber, dass der Klimawandel so angegangen werden muss, dass Arbeitsplätze, Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen gesichert werden.

Kleinbetriebe verwenden organischen Dünger und setzen auf Mischkulturen. Auch hier müssen Modernisierungen und bessere Lagermöglichkeiten unterstützt werden. Außerdem brauchen sie einen Marktzugang, der es ihnen ermöglicht, an der Wertschöpfungskette angemessen zu partizipieren.

Skepsis bei Beschäftigten in der Ölbranche

Die Skepsis der Beschäftigten gegenüber den anstehenden Veränderungen resultiert vor allem aus der Angst vor dem Verlust des Jobs oder der von den Beschäftigten der Rohstoffindustrie genossenen Privilegien. Erschwerend dürfte hinzu kommen, dass die vielen Jahrzehnte achtloser Öl- und Gasförderung mit ihrer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen Zweifel an der Aufrichtigkeit der Ölfirmen erweckt hat.

Um die Beschäftigten der Ölindustrie mitzunehmen, ist es deshalb besonders wichtig, dass die zu erwartenden neuen Arbeitsplätze ein adäquater Ersatz für ihre derzeitigen Arbeitsplätze sind. Der Prozess von Kompensationszahlungen sowie die Kosten für den Erwerb neuer Fertigkeiten und neuer Arbeitsplätze müssen transparent und inklusiv sein. „Wir dürfen nicht von Öl und Gas allein abhängen“ bedeutet, dass die Gesellschaft bereit ist für einen Energiemix und ihm positiv gegenübersteht; das Streben nach einer sauberen und gesunden Umwelt darf dabei allerdings nicht auf dem Spiel stehen.

Transformationsziele in der Landwirtschaft

Die wichtigsten Ziele bei der Transformation der Landwirtschaft sind Ernährungssicherheit, Landbesitz und Zugang zu alternativen Energiequellen.

Große Agrarbetriebe führen mit staatlicher Förderung klimasmarte Landwirtschaftspraktiken und das integrierte Landwirtschaftssystem Songhai ein. Beschäftigte der Agrarwirtschaft werden darin geschult, Bioenergie zu produzieren und zu nutzen sowie Abfall, Tierfutter und Düngemittel zu recyceln.

Kläranlagen bereiten Wasser für die Bewässerung in Landwirtschaftsbetrieben und für den Bedarf in Haushalten und Landwirtschaft wieder auf. Die Arbeitgeber zahlen Schulungen und Umschulungen für neue Technologien. Manche Beschäftigten ergreifen auch selbst die Initiative und bilden sich persönlich weiter, um so auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft wettbewerbsfähig zu werden.

Neue Beschäftigung muss Gute Arbeit sein

Auch wenn Schulungen und Kompetenzerwerb in der Just Transition eine wichtige Rolle spielen, muss die Priorität der Gewerkschaften ganz klar bei Fragestellungen rund um mögliche Arbeitsplatzverluste und Entlassungen liegen. Sie müssen für angemessene Entschädigungen kämpfen, für Altersvorsorge und Abfindungen für alle von Arbeitsplatzverlust betroffenen Beschäftigten. Beschäftigte, die den Arbeitsplatz wechseln, müssen sicher sein, dass sie dort auch menschenwürdig arbeiten können.

Ein alternatives Angebot an Arbeitsplätzen könnte sich in Schifffahrt oder Tourismus, in der Kautschuk-, Palmöl-, Kalkstein- und Stahlindustrie, in Fischerei, Geflügelbetrieben oder Viehhaltung aufbauen. Entscheidend für Beschäftigte und Kommunen ist jedoch, dass der gerechte Übergang nicht plötzlich statt findet – und auch nicht beginnen soll, ehe ein entsprechendes Gesetz in Kraft tritt, das die Interessen der Beschäftigten im Übergangsprozess angemessen schützt.

Kein Randaspekt: Gendergerechtigkeit

In Nigeria sind patriarchale Strukturen noch stark verwurzelt. Frauen sind selten in Berufen zu finden, die mit „technischen und schweren Aktivitäten“ zu tun haben. Stattdessen stellen sie 60 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Ihre Arbeit besteht dort oft aus Unkraut jäten, ernten, schneiden, putzen, kochen sowie einfachen Verwaltungsaufgaben.

Ein gerechter Übergang würde bedingen, dass diese Geschlechterrealität schon bei der Strategieentwicklung mitgedacht wird.

Internationale Solidarität für einen gerechten Übergang

Die Arbeit an dem Projekt hat Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunen zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Arbeitsmethoden, Leitprinzipien und Aufträge verholfen. Die vielleicht wichtigste Erfahrung der Partnerschaft war, dass ein Teil der Gewerkschaften Nigerias dem Klimawandel und dem gerechten Übergang erst noch eine Vorrangstellung einräumen müssen. Das resultiert aus der großen Sorge der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen, die sie dazu bringen kann, klimapolitische Maßnahmen zu bekämpfen. Daran wird noch zu arbeiten sein.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Regierung sich weigert, Öl und Rohstoffreserven im Boden zu belassen, wie es die eigenen Klimaziele erfordern würden. Im Gegenteil gibt sie weiter große Summen dafür aus, Ölvorkommen im äußeren Norden und anderen Teilen Nigerias jenseits des Nigerdeltas zu erschließen.

Hier kann internationaler Druck helfen. Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit müssen ihr Engagement für die Erhöhung der finanziellen Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken. Und die Mittel müssen auch für einen gerechten Übergang bereitstehen. Speziell den Regierungen der Entwicklungsländer muss geholfen werden, alternative Einkommensquellen zu erschließen.

Weltweit müssen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen die Führungsrolle dabei übernehmen, ein alternatives Produktions- und Konsummodell zu entwickeln, bei dem der Nutzen gleichmäßig über die Nord-Südgrenzen hinweg verteilt ist – ein Modell, das primär auf die menschliche Entwicklung und weniger auf den Profit zielt.

Fazit und Empfehlungen

Da der Wandel zusehends unvermeidlicher wird, müssen die Gewerkschaften als herausragende Partner im nationalen, regionalen und globalen Raum Position beziehen. Sie müssen sich für eine bessere Umwelt- und Klimapolitik einsetzen und sicherstellen, dass Beschäftigte und Kommunen weder durch menschliche Aktivität noch durch Inaktivität wesentlich getäuscht werden.

Die Gewerkschaften müssen sich dem Prozess des gerechten Übergangs noch deutlicher stellen, um angemessene Leistungspakete für den Fall von Kündigungen auszuhandeln und um andererseits Beschäftigte zu einem Neuerwerb von Fähigkeiten zu ermutigen.

Empfehlungen

- i. Bedarf an kontinuierlichen Forschungslehrgängen für die Weitergabe des Wissens über Klimawandel und den gerechten Übergang.
- ii. Weltweite Kampagne zur Erweiterung des Begriffs ‚Arbeitnehmerrechte‘ im Rahmen des gerechten Übergangs und sozialer Sicherung.
- iii. Die Partnerschaft von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften in Nigeria sollte ebenso die Interessenvertretung und Einflussnahme auf Legislative und Exekutive ausbauen wie auch die Rechte von Beschäftigten, zu einer effektiven Teilhabe am Prozess des gerechten Übergangs befähigt zu werden. ■

„Die PLADA ist ein Werkzeug des Kampfes.“

Auf der „Plattform für die Entwicklung der Amerikas“ arbeiten Gewerkschaften und Bündnispartner_innen an einer lateinamerikanischen Integration. Dazu gehören präsenste Staaten, die sich Unternehmen auch schon mal entgegenstellen, sagt Barbara Figuera, vor allem in Sachen Umwelt und Arbeitsplätze.



Foto © picture alliance/ZUMAPRESS.com / Francisco Arias

Chilen_innen feiern das Referendum für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Barbara Figuera, was sind die wichtigsten Inhalte der PLADA?

Die PLADA ist, wie der Name sagt, eine „Plattform für die Entwicklung der Amerikas“, also der Staaten des amerikanischen Kontinents. Sie ist ein programmatisches Werkzeug und hat fünf zentrale Achsen: Arbeit, die Rolle des Staates, Wirtschaftspolitik, Ökologie und Gender. Darunter finden sich zahlreiche einzelne Aspekte: von den Menschenrechten, neuen Kommunikationsmitteln und den Rechten indigener Völker bis hin zu Freihandelsverträgen und der Rolle transnationaler Konzerne.

Grundsätzlich geht es uns darum, Modelle für eine alternative Entwicklung zu erarbeiten. In der überarbeiteten Fassung, die in diesem Jahr herausgekommen ist, haben wir die Umweltproblematik stärker in den Vordergrund gerückt und die internationale Lage neu analysiert.

Die Interviewte

Barbara Figuera ist Präsidentin des chilenischen Gewerkschaftsdachverbands Central Unitaria de Trabajadores, CUT (Vereinte Gewerkschaft der Arbeiter) und Leiterin der Abteilung Politische Ökonomie und nachhaltige Entwicklung des gesamtamerikanischen Gewerkschaftsbundes Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas, CSA. Die in der CSA organisierten Gewerkschaften vertreten 52 Millionen Menschen in 20 Staaten des Kontinents.



Der Interviewer

Wolf-Dieter Vogel lebt als Journalist in Oaxaca und berichtet seit mehr als 20 Jahren aus Mexiko und Mittelamerika.



Die erste Version der PLADA wurde 2013/2014 veröffentlicht. Damals waren fortschrittliche Regierungen auf dem Vormarsch. Das Thema soziale Gerechtigkeit wurde groß geschrieben. In der aktuellen Analyse spielen nun die internationalen Veränderungen eine wichtige Rolle. So zum Beispiel die Frage, welche Konsequenzen die derzeitige Offensive neoliberaler Regierungen hat.

Neoliberale Regierungen kommen und gehen ebenso wie linke. Können sich solche Wechsel auf einer Plattform niederschlagen, die eine grundlegende politische Ausrichtung definiert?

Auf jeden Fall. In der modifizierten Version der PLADA von 2019/2020 findet sich eine Reflexion über die Entwicklung in Lateinamerika. Aber das Elementare bleibt erhalten: Sie ist und bleibt ein Projekt gewerkschaftlicher und sozialer Bewegungen, das Alternativen zum neoliberalen kapitalistischen Modell entwickelt. Zugleich nährt sie sich von aktuellen Themen. So etwa von der Wahl in Bolivien, wo jüngst nach einem Jahr konservativer Regierung wieder eine indigen und links orientierte Partei gewonnen hat. Oder vom Plebiszit in Chile, das dazu führt, dass eine neue Verfassung ausgearbeitet wird, die die bislang gültige neoliberale Konstitution der Pinochet-Diktatur ersetzt. Die PLADA hat also eine große aktuelle Relevanz in der Region.

Wer ist an der Plattform beteiligt?

Die PLADA ist stark gewerkschaftlich geprägt. Sie wurde zunächst von Gewerkschaften erarbeitet, die in unserem Dachverband CSA organisiert sind. Danach haben wir sie mit anderen sozialen Bewegungen diskutiert: mit Umweltschützern, Bauernverbänden, Feministinnen, Indigenen und Gemeinden, die sich gegen die Zerstörung ihres Territoriums und ihre Vertreibung wehren. Wir haben sie auch einigen Regierungen vorgelegt, etwa der chilenischen und der uruguayischen, damit sie unsere Forderungen wahrnehmen und aufgreifen.

Wie kann die Plattform nationale Politik beeinflussen?

Ein ausführliches Kapitel der PLADA widmet sich der Rolle des Staates. Zum einen betrachten wir diesen als Förderer einer gleichberechtigten Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit und Rücksicht auf die Umwelt. Zugleich sehen wir ihn als Arbeitgeber und heben seine öffentliche Funktion hervor. Der Staat muss als Vermittler zwischen der Gesellschaft und dem Markt deutliche Grenzen im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter setzen. Das heißt: Gute Arbeit, Arbeitsplatzsicherheit, Gewerkschaftsfreiheit.



Erleichterung über den Ausgang des Verfassungsreferendums in Chile.

Mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit müssen die Staaten wesentlich aktiver werden und deutlich entschiedener gegenüber den Unternehmern auftreten. Sie müssen nicht nur die politische, sondern auch die juristische Macht besitzen, um zu verhindern, dass Konzerne negativ auf demokratische Verhältnisse einwirken. Das trifft besonders zu, wenn es sich um transnationale Unternehmen handelt. Der Staat muss mehr Präsenz zeigen, wenn Normen aufgezwungen und der Markt nach Kapitalinteressen reguliert werden soll. Zugleich dürfen Demokratie und nationale Rechte nicht eingeschränkt werden.

Können Sie mit Hilfe der PLADA Einfluss auf transnationaler Ebene nehmen. Zum Beispiel bei Verhandlungen über den Freihandelsvertrag zwischen dem Mercosur und der EU?

In der PLADA wird das Thema auf globaler Ebene angesprochen, also nicht direkt. Da geht es darum, die Einmischung von Konzernen zu verhindern. Auch hier gilt: Unternehmen und staatliche Institutionen sollen nicht im Interesse des Kapitals kooperieren. Die konkreten Auseinandersetzungen finden dort statt, wo über Wirtschaft und Menschenrechte und nachhaltige Entwicklungsziele gestritten wird. Zum Beispiel in den Gremien der UNO, insbesondere in der Internationalen Arbeitsorganisation. Dort gibt es die nötigen Kapazitäten, um zu intervenieren. Auch wenn wir keine konkrete Formen der Intervention in der Plattform festgeschrieben haben, geben wir eine eindeutige Richtung vor, die von den einzelnen Organisationen umgesetzt wird.

Wenn Gewerkschaften und Umweltschützer_innen an einem Strang ziehen, kann es Konflikte geben: Ökologie versus Arbeitsplätze. Gibt es diese Probleme bei der PLADA?

Manche wollen uns glauben machen, dass zwischen der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Umweltschutz ein Widerspruch bestünde. Wir akzeptieren diese Dichotomie nicht und haben das in der PLADA zurechtgerückt. Umweltpolitische Interessen werden dort sehr intensiv aufgegriffen. Wir kämpfen gegen die Verfolgung von Umweltschützern und anderen, die ihr Land und ihren Boden gegen den Raubbau natürlicher Ressourcen verteidigen. Und wir fordern, dass die Entscheidung indigener Gemeinden über die Nutzung des von ihnen bewohnten Landes respektiert wird. So sieht es die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vor.

Wir setzen uns auch in ökologischen Fragen für eine gerechte Entwicklung ein. Wir beugen uns nicht der Marktlogik, also der Hoffnung, dass der Markt das reguliert. Das hätte langfristig einen sehr hohen Preis und wir würden bei unseren Umweltorganisationen auf heftigen Widerstand stoßen. Unser Dokument macht deutlich, dass wir hier nicht nur eine nationalstaatliche Sicht einnehmen dürfen, sondern die lateinamerikanische Integration im Blick haben müssen. Wenn wir zum Beispiel über Maßnahmen zur Industrialisierung in einem Land reden, müssen wir zugleich die Konsequenzen für die Region berücksichtigen. Das führt zu einer anderen Perspektive auf den Umweltschutz. Nur so können wir verhindern, dass Land, Boden und Gemeinden zerstört werden.

Die PLADA wird von sehr vielen Organisationen getragen. Ist die Plattform eine Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, um eine transnationale Kooperation zu ermöglichen?

Ich würde nicht von einem Minimalkonsens sprechen. Wir haben es aber mit mehreren Fronten zu tun, die integriert werden müssen: Einerseits wurde die PLADA mit sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt. Mit diesen Gruppen sind wir in ständigen Diskussionen, schaffen Allianzen und äußern uns gemeinsam zu Themen, zum Beispiel zu Freihandelsverträgen. Unsere Verbindungen ermöglichen es, auf globaler Ebene auf Organisationen Einfluss zu nehmen, etwa in der UNO, und zugleich auf Landes-ebene sowie lokal zu agieren. Wir brechen das Globale auf die territoriale Ebene herunter. Wir sind also herausgefordert, Antworten auf globale Fragen zu geben, die kontinentale Integration zu stärken und zugleich auf lokaler Ebene zu wirken. Das ist der Rahmen.

Kontinental und lokal zugleich agieren ist sicher nicht einfach.

Das ist die Herausforderung. Aber für die nationalen Gewerkschaften hilft der Bezug auf die PLADA zugleich, um Inputs für regionale und kommunale Strukturen zu liefern.

Bei so vielen beteiligten Organisationen gibt es sicher Widersprüche. Wie gehen Sie damit um?

Es gibt immer Eigenheiten. Das ist schon vorgegeben, weil wir unterschiedliche Positionen aus den Regionen bewusst anerkennen. Aber es gibt keine größeren Spannungen. Die Plattform unterstützt die Souveränität der Völker und betont damit die Notwendigkeit jeweils eigener Politiken, um eine auf gesellschaftliche Zustimmung basierende Entwicklung zu schaffen.

Natürlich gibt es unterschiedliche Realitäten, das ist offensichtlich. Die Realität im Süden ist nicht dieselbe wie die im Norden, und sicher werden die Schwerpunkte der Agenda unterschiedlich interpretiert. Aber es gibt zumindest einen gemeinsamen Nenner: dass ein Dokument wichtig ist, das für Alternativen zum Neoliberalismus streitet. Das wird in den Gewerkschaften und großen Teilen der sozialen Bewegung so gesehen.

In den verschiedenen Regionen entwickelt sich zwar ein unterschiedliches Vorgehen, aber nicht aufgrund der Inhalte. Wir bauen ja die Plattform nicht auf dem Stand, mit dem wir einst begonnen haben. Dass jetzt zum Beispiel die Demokratisierung im Vordergrund steht, wird von allen als gemeinsamer Handlungsansatz anerkannt und in jeder Region entsprechend umgesetzt. Damit sich die einzelnen Organisationen damit identifizieren können, müssen sie die Vorgaben auf ihre nationale Ebene herunterbrechen. Trotzdem besteht im Allgemeinen absoluter Konsens.

Führen die an der Plada beteiligten Organisationen auch gemeinsame Aktionen durch?

Die PLADA schlägt keine konkreten Aktionen vor. Es gab Aktivitäten bei der Ausarbeitung und Vorstellung der Plattform, auch jetzt im Rahmen der modifizierten Fassung. In Anlehnung an die Zeit des Kampfes gegen den gesamtamerikanischen Freihandelsvertrag ALCA gab es 2015 einen „Kontinentalen Tag für die Demokratie und gegen den Neoliberalismus“. Da erinnerten wir daran, dass wir Gewerkschaften und andere Bewegungen zehn Jahre zuvor zusammen den ALCA verhindern konnten.

Was sind die wichtigsten Ziele für die Zukunft?

Zuerst müssen wir es schaffen, die Agenda gemeinsam zu nutzen. Ich spreche hier nicht nur von den Leitungsgremien der einzelnen Organisationen. Wir müssen die Inhalte den Mitgliedern der Gewerkschaften auf nationaler und regionaler Ebene nahe bringen. Das ist unsere größte Aufgabe. Das ist auch wichtig, um uns mehr Gehör verschaffen zu können und für Projekte zu streiten, die dem Neoliberalismus eine alternative Entwicklung gegenüberstellen.

Das Instrument ist bekannt, nun sind sogar nationale PLADAs denkbar. Die Plattform ist ein Werkzeug des Kampfes, ein Werkzeug der Inhalte, der Ideen, das einen möglichst großen Ausdruck in den einzelnen Staaten bekommen muss. Das ist die zentrale Herausforderung. Und wenn die Zeit gekommen ist, müssen wir als Gewerkschaftsbewegung auch um die Macht kämpfen. ■

Digitalisierung

- Das Ziel dieser Plattform-Unternehmen ist es, uns Arbeitnehmende zu spalten und zu vereinzeln. -

Paulo Lima alias Galo

Gruppe der Antifaschistischen Lieferant_innen blockiert Brücke in São Paulo, Brasilien.

Plattformökonomie – aber nur von Menschen für Menschen

Mit der Digitalisierung hat sich ein neues Geschäftsmodell entwickelt, das die Arbeitsbeziehungen revolutioniert – die sogenannte Plattformökonomie. Was aber passiert, wenn man die Betreiber einfach machen lässt, beschreibt Fairuz Mullagee am Beispiel von Uber in Südafrika. Ihr Plädoyer: Es ist wichtig, die digitalen Möglichkeiten selbst innovativ zu nutzen. Sie arbeitet mit an der Gründung einer genossenschaftlichen Plattform für Hausangestellte.



Taxifahrer in Kapstadt, Südafrika.

Über die Autorin

Fairuz Mullagee ist Wissenschaftlerin an der Juristischen Fakultät der Universität Western Cape in Kapstadt, Südafrika, und Koordinatorin des Forschungsprojekts Sozialrecht, Schwerpunkt Arbeitswelt und soziale Gerechtigkeit. Als Projektmanagerin unterstützt sie den Aufbau der ersten digitalen Plattformgenossenschaft für Hausangestellte in Südafrika.



Von Ungleichheit und Ausgrenzung geprägt: Südafrika

Nach jahrzehntelangem Kampf gegen das Apartheid-Regime erlangte die südafrikanische Bevölkerung 1994 die politische Freiheit. Die demokratisch gewählte Regierung übernahm einen Staatsapparat, der zugunsten einer Minderheit auf die Doktrin der Rassentrennung zugeschnitten war. Südafrika ist auch heute noch von einer sozialen Ungleichheit geprägt, die zu den höchsten weltweit gehört. Weltbank und andere internationale Institutionen sehen den Grund dafür auch in dem Vermächtnis, das auf Ausgrenzung baut. Die Volkswirtschaft ist auf ein Wachstumsmodell ausgerichtet, von dem die unteren Einkommensgruppen nicht profitieren und das nicht genug Arbeitsplätze schafft. Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über etwa 71 Prozent des Nettovermögens verfügen, halten die unteren 60 Prozent nur 7 Prozent davon.

Arbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme. Dabei werden der Zugang der Beschäftigten zum Arbeitsmarkt und ihr Einkommen von Hautfarbe und Geschlecht beeinflusst. Hinzu kommen unterschiedliche Chancen je nach Berufsgruppe. Denn die wirtschaftliche Entwicklung führt zu steigender Nachfrage nach Fachkräften, während der Bedarf an weniger gut ausgebildeten Erwerbstätigen schrumpft. Weil die Hochqualifizierten nicht zur traditionellen Gewerkschaftsklientel gehören, nimmt die Fähigkeit zur Durchsetzung kollektiver Interessen ab, der soziale Dialog frant aus. Vor dem Hintergrund des schnellen Wandels in der Arbeitswelt büßen Gewerkschaften ihre Rolle als Stimme der Beschäftigten ein.

Die Coronapandemie lässt diese Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt noch stärker hervortreten und vergrößert die Kluft. Denn sie trifft die Branchen am härtesten, in denen viele Ungelernte tätig sind. Schlimm ist auch die Lage der Hausangestellten: Jede vierte von ihnen, meist Frauen in besonders prekären Beschäftigungsverhältnissen, hat seit dem Beginn der Krise ihre Arbeit verloren.

In Südafrika bekannt sind digitale Plattformen seit 2014. Damals stieg Uber in die Personenbeförderung ein. In der von Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit geprägten Volkswirtschaft, in der atypische Beschäftigung ohnehin häufig vorkommt, erschien das Plattformmodell innovativ und attraktiv. Es bot die Möglichkeit, Marktfunktionen zu optimieren und Menschen in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren: Es reichte, sich als Fahrgast bzw. Fahrdienstleister_in bei Uber zu registrieren – und es konnte losgehen. Fahrgäste und Vielreisende nahmen das Angebot dankbar an. Endlich gab es einen hocheffizienten und günstigen Fahrdienst. Die Fahrer_innen teilten die Begeisterung anfangs. Sie konnten nun „ohne Vorbedingungen“ arbeiten, wann immer sie wollten.

Es blieb nicht bei Uber. Der Bericht Pathways to digital work aus dem Jahr 2019 verzeichnet für Südafrika 90 digitale Plattformen in unterschiedlichsten Branchen. Die Geschäftsmodelle setzen auf gering qualifizierte Arbeitskräfte und versprechen ihnen eine reale Chance auf ein Arbeitseinkommen. Vor allem bei einfachen Tätigkeiten im Transportwesen und in den Bereichen Nahrung und Lieferdienste finden sich entsprechend mehr und mehr Arbeitskräfte auf Plattformen wieder. Damit ist eine Ökonomie entstanden, die das eingangs beschriebene Muster der Ungleichheit in Gesellschaft und Wirtschaft noch stärker abbildet als die traditionelle. Sie bedient vorrangig die Nachfrage der wohlhabenden Schichten.

Bei den geringer Qualifizierten, die sich neue Zugänge zu Arbeit erhofft haben, ist die Euphorie inzwischen gewichen. Denn die Plattformen haben sich als ambivalent erwiesen: Sie können zwar eine verborgene Nachfrage nach gering qualifizierten Tätigkeiten sichtbar und nutzbar machen, aber sie können auch zu grenzenloser Ausbeutung führen.

Bestes Beispiel dafür ist Uber, dem die Fahrer_innen bald vorwarfen, zu niedrige Tarife zu nehmen, von denen sie nicht leben konnten. Zudem könne der Mitfahrtdienst sie einseitig von der App nehmen und damit „abschalten“. Im Jahr 2017 legten betroffene Fahrer_innen bei der paritätischen Schlichtungskommission CCMA Einspruch gegen solche Quasi-Kündigungen ein. Die CCMA (Commission for Conciliation, Mediation and Arbitration) ist in Südafrika den Arbeitsgerichten

vorgeschaltet, um Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden im Idealfall zu klären, bevor sie vor Gericht landen. Uber zog jedoch die Zuständigkeit der CCMA in Zweifel und forderte sie auf, zunächst zu prüfen, ob es sich bei Uber-Fahrenden überhaupt um abhängig Beschäftigte im Sinne des 1995 verabschiedeten Arbeitsgesetzes handle. Seither werden Gerichtsverfahren geführt, und die Arbeitenden streiten unermüdlich für gute Arbeitsbedingungen und ihre Anerkennung als abhängig Beschäftigte.

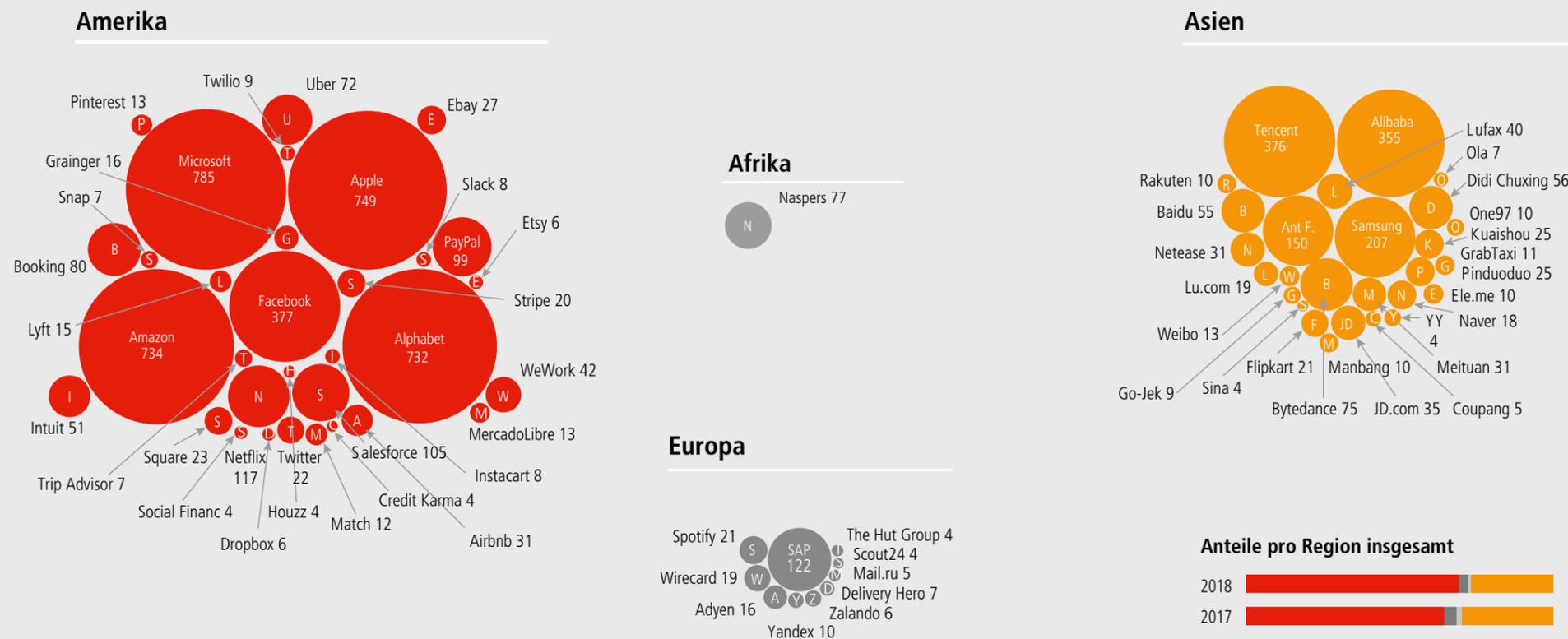
Das ist Prinzip. Der wirtschaftliche Erfolg der digitalen Plattformen beruht generell auf einem Modell, das die dort Arbeitenden als Werkvertragsnehmende einstuft und nicht als abhängig Beschäftigte. Neben Fahrdiensten wie eben Uber und Bolt, agieren auch Plattformen aus anderen Branchen wie

Foto © Digital Literacy Workshop Cape Town



Workshop mit Hausangestellten zur Erweiterung digitaler Kompetenzen, Kapstadt, Südafrika.

Die größten digitalen Plattformen (gemessen am Börsenwert 2018)



Quelle: Netzökonom.de

beispielsweise SweepSouth und Domestly bei den haushaltsnahen Dienstleistungen immer gleich: Der Plattformbetreiber setzt die Qualität und den Preis der Leistung fest, übernimmt aber keine Verantwortung für die Kosten, die den Arbeitenden bei der Leistungserbringung entstehen.

Eine genossenschaftlich organisierte Plattform

Um Strategien dagegen zu entwickeln, kann der Blick auf die Entwicklung bei den Hausangestellten hilfreich sein. Weil diese meist als Einzelpersonen in Privathaushalten tätig sind, ist es kaum möglich, sie nach Art traditioneller Industriewerkschaften zu organisieren. Eine ähnliche Vereinzelung am Arbeitsplatz und ein häufiger Wechsel der Arbeitgebenden ist auch bei der Plattformarbeit zu beobachten und bedingen dort den ebenfalls geringen Organisationsgrad. Das allgemeine Recht auf Tarifverhandlungen lässt sich unter solchen Bedingungen auf den ersten Blick nur schwer durchsetzen.

Aktuell nutzen Uber und andere Unternehmen die Informations- und Kommunikationstechnologien in ausbeuterischer Absicht. Die digitalen Möglichkeiten und Treiber von Veränderungen in der Arbeitswelt und im Privatleben bieten aber auch neue Chancen der Selbstorganisation: Immerhin nutzen in Südafrika 95 Prozent der Erwachsenen ein Mobiltelefon, 60 Prozent ein Smartphone. Damit sind nicht nur die technischen

Anteile pro Region insgesamt



Grundvoraussetzungen für digitale Plattformen gegeben, sondern auch dafür, die prekär Beschäftigten zu erreichen und zu organisieren. Das hat die Forschungsgruppe Sozialrecht an der Universität Western Cape in Kapstadt erkannt und damit begonnen beides zu vereinen. Sie entwickeln ein alternatives digitales Plattformmodell für Hausangestellte und greifen damit eine Idee der sozialen und solidarischen Ökonomie auf. Dieses Konzept richtet sich an Unternehmen und Organisationen wie Genossenschaften. Indem sie ökologisch und sozial nachhaltige Waren produzieren, Dienstleistungen erbringen und Wissen schaffen, wollen sie ihren Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft leisten.

Diese Plattform, die mit Unterstützung des DGB Bildungswerks erstellt wird, ist genossenschaftlich organisiert und trägt den Namen „Siyakhathala“. Das Pilotprojekt ist den Grundsätzen genossenschaftlicher Zusammenarbeit verschrieben und hat das Ziel, eine „digitale Plattform von Hausangestellten für Hausangestellte“ einzurichten. Bis Ende 2022 soll sie gegründet und eingetragen sein und zunächst in den Provinzen Gauteng und Westkap zur Anwendung kommen. Die Entwicklung ist zweigleisig geplant: Zum einen sollen Hausangestellte und Arbeitgebende durch Fortbildungsangebote zur bewussten Beschaffung einschlägiger Waren, Dienstleistungen und Wissen befähigt werden. Parallel dazu wird die passende digitale Internetplattform entstehen.

Fazit: Das Modell erproben und weiterentwickeln

Die Idee der digitalen Plattformgenossenschaften ist relativ neu. Auf dem Weg in die Zukunft der Arbeit könnten sie ein erster Versuch sein, auf die negativen Folgen der Plattformarbeit zu reagieren. Vor allem aber sind sie eine Antwort auf das extrem ungleiche Modell monopolistischer Ausbeutungsplattformen, die weite Teile der Bevölkerung von Sozialleistungen und wirtschaftlicher Teilhabe ausschließen. Plattformgenossenschaften, die gemeinsam von unten errichtet und gestaltet werden, sind eine vielversprechende Alternative. Sie werfen ganz eigene Fragen und Probleme auf und sollten ohne Vorbehalte ausprobiert, angepasst und stetig weiterentwickelt werden. ■

Genossenschaftliche Plattformen

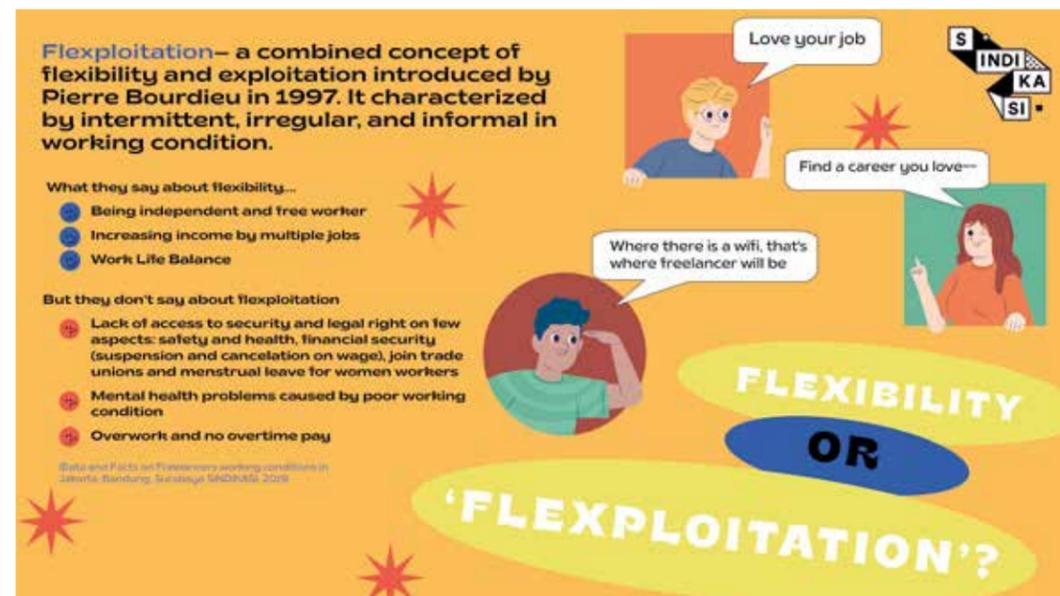
In der internationalen Debatte über Plattformarbeit spielt der Begriff des Platform Cooperativism, wie ihn Trebor Scholz, Professor an der New School University in New York im Jahr 2014 geprägt hat, eine immer größere Rolle. Scholz arbeitet das extraktive Wirtschaften der auf Bestellung agierenden kommerziellen Plattformen heraus, die auf „Ihr Auto, Ihre Wohnung, Ihre Arbeit, Ihre Emotionen, vor allem aber Ihre Zeit“ zugreifen. Er warnt vor dem hohen sozialen Preis, den Plattformarbeitende dafür zahlen, dass die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen bequem und auf Bestellung sofort bedient wird. Grundsätze genossenschaftlicher digitaler Plattformen sind dagegen: Aneignung, faire Bezahlung und Einkommenssicherheit, Transparenz und Übertragbarkeit von Daten, Wertschätzung und Anerkennung, mitbestimmte Arbeit, Schutz durch Gesetze, Übertragbarkeit von Schutzrechten und Sozialleistungen, Schutz vor Willkür, Ablehnung übermäßiger Überwachung am Arbeitsplatz sowie das Recht sich abzumelden.

- Aktuell nutzen Uber und andere Unternehmen die Informations- und Kommunikationstechnologien in ausbeuterischer Absicht.

Die digitalen Möglichkeiten und Treiber von Veränderungen in der Arbeitswelt und im Privatleben bieten aber auch neue Chancen der Selbstorganisation. -

Neue Zielgruppe, neue Kultur, neue Sprache

Die Regierung in Jakarta will die indonesische Wirtschaft mit starken Kreativbranchen voranbringen. Deren Rückgrat sind Freelancer_innen und Arbeitnehmer_innen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen. Damit sie sich organisieren und ihre Interessen gemeinsam vertreten können, brauchte es eine eigene Gewerkschaft, die neue Wege geht. Raisya Maharani beschreibt die turbulenten ersten Jahre.



SINDIKASI-Kampagne zu Arbeitsbelastung und psychischer Gesundheit.

2016, ein Demonstrationzug in Jakarta. Drei Journalist_innen kommen ins Gespräch. Einer erzählt, dass er mit seinem Arbeitgeber über eine Vertragsänderung streitet und eine Schlichtungsstelle angerufen hat. Der Zweite sorgt sich über eine ausstehende Abfindungszahlung, der dritte arbeitet als Freelancer und klagt darüber, dass er nie mit einem sicheren Einkommen rechnen kann. Weil ihnen klar wird, dass viele indonesische Journalist_innen unter ähnlichen Bedingungen arbeiten und ähnliche Probleme haben, entwickeln sie die Idee, eine Gewerkschaft für Medienschaffende zu gründen, um einen Anlaufplatz für Kolleg_innen zu schaffen und gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen.

Über die Autorin

Raisya Maharani ist Vorsitzende der Kommunikationsabteilung von SINDIKASI und Vorstandsmitglied von SINDIKASI seit 2017. Sie arbeitet als Freelance-Journalistin und Werbetexterin in Jakarta, Indonesien.



Einer der drei ist Ikhsan Raharjo. Er arbeitet in Jakarta für ausländische Medien. Ihm bereiten vor allem die Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt Sorgen. Denn diese setzen Medienschaffende, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen und in einem ausbeuterischen System arbeiten, noch mehr unter Druck. „Wir haben beschlossen, dass eine Gewerkschaft gegründet werden muss, um die Verhandlungsposition von Medienschaffenden zu verbessern“, sagt Ikhsan heute. Außerdem müsse man der Agenda etwas entgegensetzen, die die Regierung mit der Verabschiedung des sogenannten Omnibusgesetzes aufgestellt hat.

Zunächst ist nur eine Gewerkschaft für Medienschaffende geplant, doch dann trifft Ikhsan die Grafikdesignerin Ellena Ekarahendy. Gemeinsam stellen sie fest, dass Medien- und Kreativschaffende vieles gemeinsam haben: Sie leiden unter den gleichen schlechten Arbeitsbedingungen, oft sind Journalist_innen im Nebenjob auch Creative content writer oder Kreativschaffende gleichzeitig freie Journalist_innen für große Medien, so dass sich die Branchen mischen. Nachdem weitere Mitstreiter_innen aus beiden Bereichen gefunden sind, gründen sie am 27. August 2017 die Gewerkschaft der Medien- und Kreativbranche für Demokratie: SINDIKASI.

Ellena Ekarahendy als Vertreterin der Kreativschaffenden übernimmt den Vorsitz, Ikhsan Raharjo repräsentiert als Generalsekretär die Medienschaffenden. Ein Koordinator stimmt die Arbeit verschiedener Unterabteilungen ab. Das Ziel, inklusive und humane Arbeitsstrukturen in der Medien- und Kreativbranche zu schaffen, will SINDIKASI mit einer Dreifachstrategie erreichen:

- (1) Bewusstseinsförderung innerhalb der Medien- und Kreativbranche
- (2) Aufbau der Verhandlungsmacht und Unabhängigkeit von Arbeitnehmer_innen durch gemeinsame Gewerkschaften
- (3) Einbringen, Empfehlen und Überwachen von Strategien und Regulierungen

Neuartige Ansprache: digital und mit anderem Ton

Ein Hauptanliegen von SINDIKASI ist es, dass sich die Arbeitnehmer_innen bewusst werden, wer sie sind und was ihre Situation ist. Dafür braucht es eine spezielle Ansprache, die auf die kulturellen Besonderheiten der Branche eingeht. Und diese Ansprache muss digital stattfinden, weil viele der Medien- und Kreativschaffenden selbstständig arbeiten und es keine analogen Räume wie Werkhallen oder gemeinsame Betriebsstätten gibt. Ebenso wichtig ist die Sprache.

Denn als Zielgruppe identifizierten die SINDIKASI-Gründungsmitglieder junge Arbeitnehmer_innen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren, aktive Nutzer_innen von Instagram und Twitter. Ein Problem: Deren Bild von Gewerkschaften ist immer noch bestimmt durch die Folgen der systematischen Zerstörung

aller linksgerichteten Strömungen durch Indonesiens Regierung der Neuen Ordnung zwischen 1966 und 1998, der auch die Gewerkschaftsbewegung zum Opfer fiel. Diese Politik war begleitet von massiver antikommunistischer Propaganda sowie einer forcierten Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Angestellte (white collar) einerseits und Arbeiter_innen (blue collar) andererseits. Diese Indoktrination hat Generationen von Angestellten hervorgebracht, die eine Arbeiter_innenidentität als Stigma betrachten. Sie sehen sich selbst nicht als Arbeiterklasse und neigen sogar dazu, Veranstaltungen abzulehnen, die im Kontext mit dem Status als abhängig Beschäftigte stehen.

Entsprechend schlecht kamen die traditionellen Kommunikationsstrategien der indonesischen Gewerkschaftsorganisationen mit ihrem harten, maskulinen und bevormundenden Ton bei dieser Gruppe an. Slogans wie „Zerstört den Kapitalismus!“, „Erfüllt Arbeitnehmerrechte!“ oder „Zerstört den Neoliberalismus!“, mit denen Demonstrationen auf der Straße Macht entfalten könnten, mussten deshalb für die Organisation im Kreativbereich ersetzt werden.

Die erste Herausforderung für die Digitalkampagne von SINDIKASI besteht also darin, die Kommunikationsstrategie zu verändern: hin zu kritischen und provokativen Narrativen, in einem pointiert unterhaltsamen, freundlichen Ton und mit einem interaktiven Kommunikationsmodell. Tatsächlich zielten die ersten Mantras der Kampagne auf die Zugehörigkeit aller Arbeitnehmenden zur Arbeiterbewegung – unabhängig von ihrer Tätigkeit. „Angestellte sind auch Arbeiter_innen und es ist okay, Teil der Arbeiterklasse zu sein“, hieß der Slogan. Instagram erwies sich darüber hinaus aber auch als Experimentierfläche für digitale Posterformate mit satirischem Charakter, Memes und digitale Comics. Die Nutzung der Frage-Antwort-

Möglichkeit auf dieser Plattform und auf Twitter half, die Botschaften der SINDIKASI-Kampagne zu vermitteln. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Art und Weise der Visualisierung. SINDIKASI versucht bewusst, Plakate beispielsweise mit femininen Farben zu entwerfen, um mit der Männlichkeitskultur indonesischer Gewerkschaften zu brechen – und Frauen stärker anzusprechen.

Die Produktion der Digitalkampagne ist Aufgabe der Kommunikationsabteilung. Einmal im Monat stellt das Team einen Redaktionsplan auf, der die anstehenden Themen, den Ablauf der Content Production und die Veröffentlichung umfasst.

Inhaltlich geht es beispielsweise um indonesisches Arbeitsrecht, psychische Gesundheit, den Tag der Arbeit, eine Umfrage zu den Auswirkungen der Pandemie auf Kreativschaffende, den flexibilisierten Arbeitsmarkt und Rechte von Freelancer_innen sowie das Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die meisten der von SINDIKASI kreierte Beiträge zielen darauf ab, die Bedeutung und Details von Arbeitnehmerrechten zu erläutern, die im indonesischen Arbeitsgesetz festgeschrieben sind.

Verbesserung der Lage von Freelancer_innen

Die Situation von sogenannten Freelancer_innen, also freien Medien- und Kulturschaffenden, hängt eng mit den Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes zusammen. Einen Schutz genießen sie nicht, dafür sind ihre Arbeitsbedingungen noch prekärer als ohnehin in der Branche üblich. SINDIKASI vertritt die Ansicht, dass sie Teil der Arbeitnehmerschaft sind und somit sowohl Anspruch auf menschenwürdige Arbeit als auch auf gesetzlichen Schutz haben – und versucht, Freelancer_innen diese Position auch zu vermitteln. Alle Materialien und Angebote sind auch für sie zugänglich, bis hin zur Mustervorlage für rechtsgültige Verträge. Auch gegenüber der Regierung vertritt SINDIKASI die Interessen dieser Gruppe und drängt auf Verbesserungen, unter anderem im Rahmen der Widerstandskampagne gegen das Omnibusgesetz.

Erfolge und Herausforderungen in der digitalen Welt

Innerhalb von drei Jahren ist es SINDIKASI gelungen, auf Instagram 21.000 Menschen und auf Twitter 17.000 Menschen zu erreichen. Es sind Gewerkschaftsmitglieder, Unterstützer_innen, Schwestergesellschaften sowie Personen der an der Kampagne interessierten Öffentlichkeit. Bislang sind 400 Menschen offiziell Mitglieder der Gewerkschaft geworden. Die Engagement rate, die die Anzahl an Interaktionen misst, die Social Media-Inhalte im Verhältnis zu ihrer Reichweite oder

anderen Zielgruppennzahlen erzielen, liegt beim Instagram Account von SINDIKASI bei 2,85 Prozent - also um einiges höher als die 2 Prozent, die Social Media-Manager sich als erstes Ziel setzen.

Der Weg dorthin war für SINDIKASI allerdings häufig steinig. Immer wieder stagnierten die Kampagnen und es brauchte neue und nachhaltige Ideen. Als hilfreich erwies es sich, mehr Mitglieder miteinzubeziehen.

Eine der größten Herausforderungen für SINDIKASI war die Anpassung der Kommunikationsstrategie in einem Fall mutmaßlicher sexueller Gewalt, an dem ein Gewerkschaftsmitglied aktiv beteiligt gewesen sein soll.

SINDIKASI beauftragte nach dem dafür üblichen Verfahren ein unabhängiges Fachunterstützungsteam mit der Klärung des Falles. Ihm gehörten fünf Frauen aus fünf verschiedenen Organisationen mit dem Schwerpunkt sexuelle Gewalt und Schutz von Frauenrechten an.

Die Nachricht über den Fall ging jedoch so schnell viral, dass sie die Online-Kampagnenaktivitäten monatelang beschäftigte. Nach außen vermittelte sich die Ansicht, die Gewerkschaft schütze eher den mutmaßlichen Täter als das mutmaßliche Opfer. Das führte dazu, dass sich drei Rezeptionsgruppen herausbildeten: Die einen interessierten sich für die Details des Falls, andere waren von der Organisation enttäuscht, eine dritte Gruppe setzte einen Shitstorm mit Spams, Drohungen und



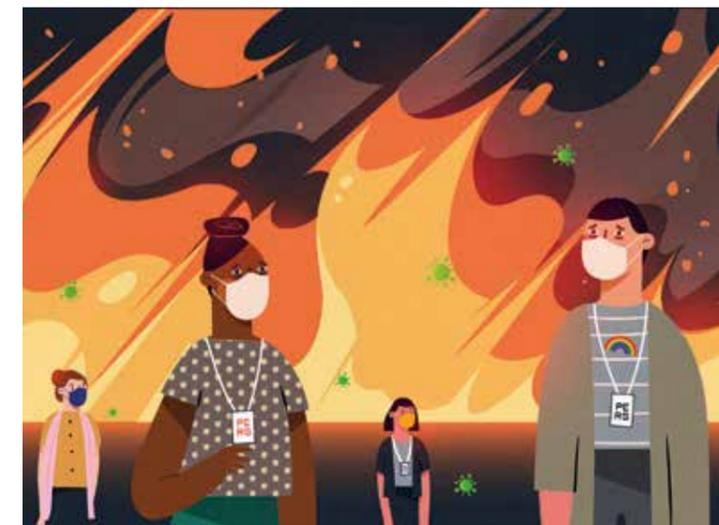
Filmemacher_innen
SINDIKASI visualisiert Herausforderungen unterschiedlicher Berufsgruppen in der Pandemie.



Kreativarbeiter_innen



Musiker_innen



Journalist_innen

Beleidigungen in Gang, einige legten dem Beschuldigten nahe, sich umzubringen, und empfahlen SINDIKASI, sich aufzulösen.

Die Organisation entschloss sich, mit größtmöglicher Transparenz zu kommunizieren. Es wurde monatlich über die Arbeitsergebnisse der unabhängigen Untersucher_innen berichtet. Parallel dazu ging man selbst der Sache nach, nahm Kritik und Bedenken der Öffentlichkeit auf. So gelang es, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organisation wieder zu gewinnen.

Zusammenarbeit bei Politikinterventionen

Um wirksam politisch intervenieren zu können und Diskurse nachhaltig aufrechtzuerhalten, hat es sich als sinnvoll erwiesen, mit ähnlich ausgerichteten Institutionen zusammen zu arbeiten: Je größer das Netzwerk, desto stärker die Unterstützung für die indonesische Arbeitnehmerbewegung, aber auch desto größer die Macht, bei der Gestaltung indonesischer Regierungsentscheidungen zu Wirtschafts- und Arbeitsregulierungen zu intervenieren.

Fast zwei Jahre kämpfte SINDIKASI mit anderen dafür, dass psychische Gesundheit in den Arbeitsschutz eingeschlossen wird. Mit Erfolg, die Regierungsverordnung wurde überarbeitet, der Schutz der psychischen Gesundheit ist nun enthalten.

Zuletzt richteten sich gemeinsame Proteste einer Allianz von Gewerkschaften wie SINDIKASI, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürger_innen wieder gegen das Omnibusgesetz und seine Auswirkungen auf Arbeitnehmer_innen, Umweltschutz, Agrarschutz, Bildung und Erziehung, Rundfunk und TV und vieles mehr. Sie organisierten in nahezu allen großen Städten Indonesiens Großdemonstrationen.

Daneben arbeitet SINDIKASI fortwährend an Netzwerken zur strategischen Kooperation mit nationalen und internationalen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen. Daran beteiligt waren unter anderem das Jakarta Rechtshilfeinstitut, die Mahardika Frauengewerkschaft, das indonesische Zentrum für Gewerkschaftsrechte, die Internationale Arbeitsorganisation Jakarta und verschiedene Frauen- und Arbeitnehmergruppen sowie Mondiaal FNV. ■

Foto @ CC BY-NC-ND 2.0 ILO Asia-Pacific/flickr



Work life Balance Festival 2018, Ellena Ekarahendy (links).

Indonesiens Kreativwirtschaft: Wachstum ohne Wohlstand

Die Kreativwirtschaft gilt in Indonesien als Zukunftsbranche und die Regierung hat sich hier hehre Ziele gesetzt. Seit 2007 verfolgt sie ein nationales Konzept, das Wachstum der Branche zu fördern und ihren Beitrag zur nationalen Wirtschaftsleistung zu steigern. Mit Erfolg: Die indonesische Kreativwirtschaft wächst etwa seit 2010 rasant. Damals erwirtschafteten ihre Unternehmen Gewinne von 56 Milliarden US-Dollar und trugen gut 7 Prozent zum indonesischen Bruttoinlandsprodukt bei. Bis 2016 waren die Gewinne auf 69 Milliarden US-Dollar gestiegen, 2017 waren es 71 Milliarden, 2018 78 Milliarden. 8,2 Millionen Arbeitsplätze entstanden.

Um die Entwicklung weiter zu beschleunigen, erließ die Regierung 2019 unter anderem das Kreativwirtschaftsgesetz Nr. 24/2019, mit dem sie die Kreativwirtschaft des Landes international wettbewerbsfähiger machen und damit mehr staatliche Einnahmen generieren will. Dafür gründete sie unter anderem das Ministerium für Tourismus und Kreativwirtschaft sowie die Indonesische Kreativwirtschaftsagentur BEKRAF RI. Unternehmensgründungen wurden bisher mit knapp 600.000 Euro unterstützt. Und sie hat ein Zertifizierungsprogramm aufgestellt, mit dem der Marktwert von Kreativschaffenden erhöht werden soll.

Mit ihrer Politik verbindet die Regierung das Versprechen, die Einkommen zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut zu reduzieren. Konkrete Maßnahmen für einen besseren Schutz der Arbeit- und Auftragnehmenden kommen in den Hochglanzgesetzen und Entwürfen jedoch nicht vor. Statt dessen ist die Kreativwirtschaft ein Graubereich in der indonesischen Ökonomie, in dem es häufig vorkommt – auch wegen der fehlenden Regulierung –, dass Arbeitnehmer_innen benachteiligt und ausgebeutet werden.

Kein Wunder, dass der Alltag vieler Kreativschaffenden weit entfernt ist von dem im Kreativwirtschaftsgesetz versprochenen Wohlstand. Sie arbeiten und leben oft ohne Absicherung und Arbeitsverträge, mit Niedriglöhnen oder einem unsicheren Einkommen. Viele müssen sich verschulden, um versteckte Arbeitskosten zu bezahlen. Die durch die „Flexploitation“ entstehende Überarbeitung führt zu vielfältigen Gesundheitsproblemen.

In einer SINDIKASI-Umfrage zur Situation von Kreativschaffenden von 2020 sagen 63 Prozent der Befragten, dass ihre Jobs unsicher sind. Mehr als 50 Prozent geben an, sie seien unterbezahlt und verdienen weniger als umgerechnet 288 US-Dollar – was dem indonesischen Mindestlohn entsprechen würde. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Befragten lag bei 50 Wochenstunden oder mehr.

„Als Erstes müssen die Fahrer verstehen, dass sie ausgebeutet werden.“

Die brasilianische Metropole São Paulo ist der Ausgangspunkt einer jungen rebellischen Bewegung. In ihr haben sich Menschen zusammengeschlossen, die im Auftrag von Uber, iFood oder anderen großen Unternehmen Essen ausfahren. Bislang werden sie als Kleinunternehmer_innen behandelt, dabei sind sie von ihren Auftraggebern abhängig. Niklas Franzen berichtet über die „Antifaschistischen Lieferant_innen“, die inzwischen auch von Gewerkschaften unterstützt werden.



Paulo Lima, Initiator der Bewegung.

Über den Autor

Niklas Franzen ist Journalist und lebte bis vor wenigen Monaten in São Paulo, wo er für Zeitungen wie taz und nd berichtete. Derzeit schreibt er ein Buch über Brasilien.



Foto © Andreas Domma

Die Widersprüche des Digital-Kapitalismus

Die Unternehmen stellen sich im krisengebeutelten Brasilien gerne als Wohltäter dar. Ihre Apps würden Jobs schaffen, heißt es. Und tatsächlich bewahren die Plattformen viele ungelernete Brasilianer_innen vor der Arbeitslosigkeit. Allerdings: Die Fahrer_innen arbeiten zwar für multinationale Tech-Firmen wie Uber, iFood oder Rappi, sind aber nicht bei ihnen angestellt und haben keine Arbeitsverträge. Im Silicon-Valley-Jargon gelten sie als „Kleinunternehmer_innen“.

„Das ist Unsinn. Wir sind Arbeiter“, meint Galo. „Und wir werden ausgebeutet.“ Er kommt aus dem armen Stadtrand, kennt die Probleme der Branche gut. Einmal war er gerade bei der Arbeit, als ein Reifen seines Motorrads platzte. Da das Essen nicht ankam, wurde er von der Plattform vorübergehend gesperrt. Andere Fahrer_innen klagen über den geringen Lohn und die hohe Belastung. Viele arbeiten täglich mehr als 12 Stunden, um über die Runden zu kommen – obwohl die Arbeitsgesetze in Brasilien nur 8 Stunden pro Tag vorsehen. Fahrzeuge müssen die Fahrer_innen anschaffen, Reparaturkosten selbst stemmen. Durch den Zeitstress gibt es viele Unfälle. Lieferant_innen, die Essen mit dem Fahrrad ausliefern, verdienen besonders wenig. In kaum einer anderen Branche werden die Widersprüche des Digital-Kapitalismus so deutlich.

Und nun macht auch noch Corona vielen Fahrer_innen zu schaffen. Die Pandemie wütet im größten Land Lateinamerikas besonders schlimm, mehr als 170.000 Menschen sind bis Anfang Dezember bereits an dem Virus verstorben. Mit Jair

Mit einem Video startete die Revolte auf zwei Rädern. Ende März düste Paulo Lima, von allen nur Galo („Hahn“) genannt, mal wieder mit seinem Motorrad durch die schier endlosen Straßen der Megametropole São Paulo. Auf dem Rücken einen gigantischen Rucksack mit dem Aufdruck eines Lieferdienstes. An einer Straßenecke zückte Galo sein Smartphone, klappte seinen Helm hoch und begann mit dem Slang der Vorstadt in die Kamera zu schimpfen: „Es ist Folter, Hunger zu haben und Essen auf dem Rücken zu transportieren.“ Der 31-Jährige rechnete nicht damit, dass viele Menschen das Video sehen würden. Dass er sich am nächsten Tag kaum noch vor Interviewanfragen retten könne. Dass er gar den Startpunkt einer Bewegung setzen würde. Doch genau so kam es. Das Video wurde zu einem Internethit, Tausende teilten den Clip in den sozialen Medien. Und vor allem: Andere Essenslieferant_innen teilten ebenfalls ihre Erfahrungen. So kam Galo die Idee, die Branche zu organisieren. Es war die Geburtsstunde der entregadores antifascistas, der „Antifaschistischen Lieferanten“.

Galo ist einer von Millionen Essenslieferant_innen in Brasilien. Nicht erst seit Corona boomen Online-Lieferdienste, verschiedene Firmen konkurrieren auf dem brasilianischen Markt. Die Fahrer_innen mit den riesigen, quadratischen Rucksäcken sind von den Straßen São Paulos und Rio de Janeiros nicht mehr wegzudenken. In Brasilien sollen bereits mehr als vier Millionen Menschen Essen mit Motorrädern und Fahrrädern ausliefern, das die Kund_innen gemütlich von Zuhause über Apps auf ihrem Smartphone bestellen.

Bolsonaro ist ein Wissenschaftsskeptiker und Verschwörungsideologe Präsident. Insbesondere ärmere Brasilianer_innen leiden unter der Gesundheitskrise und dem Missmanagement der Regierung. Auch viele Essenslieferant_innen infizierten sich früh mit dem Virus, steckten Verwandte an.

Galo hat große Angst vor einer Erkrankung. Doch der Vater einer kleinen Tochter ist auf das Geld der Arbeit angewiesen. Noch nicht einmal zwei schwere Unfälle konnten ihn davon abhalten, weiter als Lieferant zu arbeiten. Viele Fahrer_innen denken so: Besser schlechte Arbeit als gar keine.

Dabei kommt die durch die Pandemie verschärfte Wirtschaftskrise den Lieferfirmen sogar zugute: Die Arbeitslosigkeit steigt rasant, fast 9 Millionen Brasilianer_innen verloren bereits ihren Job. Immer mehr potenzielle Fahrer_innen werden auf den Markt gespült werden, dies drückt wiederum die Löhne. In verschiedenen Studien gab der Großteil der Fahrer_innen an, vor der Pandemie mehr verdient zu haben. Die Tech-Firmen verzeichnen Rekordumsätze – und stellen ihren Fahrer_innen oft noch nicht einmal Schutzmasken zur Verfügung. Kein Wunder, dass sich der Zorn von Galo und seinen Kolleg_innen nach Ausbruch der Pandemie entlud.

Zusammen mit Fußballfans und linken Gruppen

Mit einer Handvoll anderer Fahrer_innen aus dem Großraum São Paulo gründeten sie die Gruppe „Antifaschistische Lieferanten“. Als in der Megacity Fußballfans und linke Gruppen gegen die Bolsonaro-Regierung auf die Straße gingen, demonstrierten auch die Rebellen auf zwei Rädern mit. Die Fotos der jungen Männer mit den großen Rucksäcken machten schnell die Runde. Bald gründeten sich auch in anderen Städten Gruppen. Heute hat die Bewegung einige hundert Mitglieder im ganzen Land. Die einzelnen Gruppen agieren in ihren Städten autonom, regelmäßig finden jedoch landesweite Videokonferenzen statt.

Bisheriger Höhepunkt der jungen Bewegung war der 1. Juli. An jenem Tag beschlossen Galo und die anderen, die Arbeit niederzulegen. Hunderte Lieferant_innen düsten in verschiedenen Städten hupend und in Arbeitskluft durch die zentralen Straßen, blockierten mit hochgereckten Fäusten einige Autobahnen. Kund_innen wurden im Netz dazu aufgerufen, an diesem Tag kein Essen zu bestellen. Ein wilder Streik – der erste seiner Art.

Die Streikenden forderten einen höheren Stundenlohn, eine Unfallversicherung, weniger Druck und Unterstützung bei der

Bekämpfung der Pandemie. Einige Wochen später wurde erneut ein Streik organisiert. Hat das Wirkung gezeigt? Die Unternehmen, sagt Galo vier Monate später, hätten nach ihren Aktionen vereinzelte Verbesserungen umgesetzt. „Aber das war viel zu wenig“, schimpft er. Und Fahrer_innen, die sich am Streik beteiligten, sollen von den Firmen weniger Aufträge erhalten haben. Auch Galo hat mit Repressalien über das Smartphone zu kämpfen. „Ich habe einen Monat lang keine einzige Bestellung bekommen. Ich bin mir sicher, dass das mit meinem Aktivismus zu tun hat.“ Dennoch sei der Streik richtig gewesen, da es vor allem darum gegangen sei, dass die Arbeiter_innen Selbstbewusstsein entwickelten: „Als Erstes müssen die Fahrer verstehen, dass sie ausgebeutet werden.“

Mit den Kolleg_innen über Politik zu reden, sei aber nicht immer einfach. „Sie bekommen eingetrichtert, die Politik zu hassen.“ Viele verstünden nicht, dass das Problem nicht bei ihnen liege. „Das Ziel dieser Unternehmen ist es, uns zu spalten und zu vereinzeln.“ Jeden Tag führt Galo Gespräche mit Kolleg_innen. Gibt Ratschläge. Versucht, sie für die Bewegung zu gewinnen.

Galos eigenes Klassenbewusstsein, betont er stolz, komme vom Hip-Hop. Marx habe er nie gelesen. „Viel zu kompliziert.“ Mit dem wahrscheinlich bekanntesten Bartträger Triers teilt er die Auffassung, dass sich viele Probleme nur mit der Überwindung des Kapitalismus lösen lassen. In den Gesprächen mit anderen Fahrer_innen gehe es meist erstmal nicht um die große Politik. Dort stünden die Alltagsorgen im Vordergrund. „Die Revolution wird nicht morgen geschehen“, meint Galo. „Aber morgen müssen wir Essen auf unseren Tellern haben.“

Warum sich die Bewegung als „antifaschistisch“ bezeichne? Primär werde zwar für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Lieferbranche gekämpft, meint Galo, aber die Gruppe sei thematisch breiter aufgestellt. So engagieren sich die „Antifaschistischen Lieferanten“ gegen die rechtsradikale Bolsonaro-Regierung. Auch

über Rassismus werde viel diskutiert. Wie die meisten Lieferant_innen entspricht Galo genau dem Profil der neuen digitalen Arbeiterklasse: männlich, Vorstadtbewohner, schwarz.

Eine neue digitale Arbeiterklasse

Mit seinen flammenden Reden und seiner authentischen Art schaffte es Galo zu einiger Berühmtheit. Er gab Fernsehinterviews, traf sich mit Politiker_innen, wurde zu Konferenzen eingeladen. Allerdings betont er immer wieder, kein Anführer zu sein. Die Gruppe gibt sich bewusst horizontal, bisweilen anarchistisch und will sich nicht von Parteien oder Gewerkschaften vereinnahmen lassen. Eine linke Partei bot Galo an, ihn als Kandidaten für die Kommunalwahl aufzustellen. Doch der lehnte ab. „Ich bin Politiker der Straße, das reicht.“

Dass Essenslieferant_innen für ihre Arbeitsrechte kämpfen, ist bemerkenswert. Denn die Branche gilt als schwer für Arbeitskämpfe zu mobilisieren. „Die technologische Entwicklung hat das Verständnis von Arbeit verändert“, sagt Flávia Silva, Projektkoordinatorin des Regionalbüros des DGB-Bildungswerkes in São Paulo. „Viele Lieferanten fühlen sich nicht mehr als Arbeiter, weil sie keine traditionellen Anstellungsverhältnisse haben.“ Und die Gewerkschaften, die formell beschäftigte Industriearbeiter_innen vertreten, täten sich mit dieser neuen Art der Arbeiterklasse immer noch schwer.

Allerdings hätten einige Gewerkschaften begonnen, die Bewegung zu unterstützen. Ein langsames Umdenken, meint auch Galo. Und wie geht es weiter? Laut dem linken Lieferanten soll bald eine eigene Gewerkschaft gegründet werden. Die „Antifaschistischen Lieferanten“ sollen aber trotzdem weiter aktiv bleiben. Denn die wichtigsten Kämpfe, meint Galo, finden auf der Straße statt – oder auf zwei Rädern. ■



Wilder Streik der Antifaschistischen Lieferant_innen: Sie fordern angemessenen Lohn.

Quellen & Informationen

Globalisierung, Digitalisierung, Ökologisierung Arbeit und Kapitalismus in der Transformation

Urban, Hans-Jürgen 2019: Gute Arbeit in der Transformation. VSA Verlag: Hamburg.

Internationale Klimapolitik und Gewerkschaften Zeit, schnell zu handeln

Kohlrausch, Bettina & Hövermann, Andreas 2020: Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. In: WSI Mitteilungen 6/2020

Markey, Raymond et al. 2019: Reducing carbon emissions through employee participation: evidence from Australia, Industrial Relations Journal 50(1), Februar 2019.

Mitbestimmungsindex MB-ix von Vitols et al. 2018: <https://www.mitbestimmung.de/html/mbix-120.html>

Neue Unternehmensstrategien für die Ära beschleunigter Transformation Industriepolitik und Mitbestimmung müssen den Rahmen bilden

Ausfelder, Florian et al. 2019: Roadmap Chemie 2050. Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland. München: FutureCamp Climate GmbH (Hg). <https://dechema.de/chemie2050.html>

IGBCE 2019: Umfangreiches Tarifpaket geschnürt. <https://igbce.de/igbce/umfangreiches-tarifpaket-geschnuert-31130>

Bundesagentur für Arbeit 1.10.2020: Bundesweites Pilotprojekt von BA, BAVC, IG BCE – Gemeinsam für mehr und bessere Qualifizierung. Presseinfo Nr.44. <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2020-44-bundesweites-pilotprojekt-von-ba-bavc-und-ig-bce>

Härtwig, Christian et al. 2019: Beschäftigtenbefragung Monitor Digitalisierung. Entwicklungen der Arbeitsqualität in zwölf Industriebranchen. Berlin: Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE. <https://www.arbeit-umwelt.de/beschaeftigtenbefragung-monitor-digitalisierung/>

Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE 2019: Gerechte Energie-wende: Sieben Thesen zu Herausforderungen und Chancen aus industriegewerkschaftlicher Sicht. https://www.arbeitumwelt.de/wp-content/uploads/190115_StudieGerechteEnergiewende_StiftungIGBCE.pdf

Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE 2019: Verantwortung in Liefer- und Wertschöpfungsketten: Globale Rahmenvereinbarungen als Instrument einer gewerkschaftlichen Mitgestaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht. https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/StAuU_GRV-Bericht_20191104_Web.pdf

Website der Stiftung Arbeit und Umwelt mit Publikationen zum Thema: <https://www.arbeit-umwelt.de/publikationen/>

Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Wirtschaft im Globalen Süden Mehr Handel, mehr Effizienz, mehr Transparenz: Wie alle von den neuen Möglichkeiten profitieren können

Bledau, Lena et al. 2020: Die Ambivalenz des Digitalen. Der digitale Wandel aus entwicklungspolitischer Perspektive. Berlin: Brot für die Welt: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Hilbig_Sven/Profil25_Ambivalenz_des_Digitalen.pdf

Fritz, Thomas & Hilbig, Sven 2019: Gerechtigkeit 4.0 – Auswirkungen der Digitalisierung auf den Globalen Süden. Brot für die Welt: Berlin. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Hilbig_Sven/gerechtigkeit_4.0.pdf

Holler, Markus 2017: Verbreitung, Folgen und Gestaltungsspekte der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Auswertungsbericht auf Basis des DGB-Index Gute Arbeit 2016. Berlin: Institut DGB-Index Gute Arbeit: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++15db6694-b962-11e7-8463-52540088cada>

UNCTAD 2019: Digital Economy Report 2019. United Nations Publications: New York: United Nations. https://unctad.org/system/files/official-document/der2019_en.pdf

Nachhaltigkeit und Menschenrechte im Welthandel Sozialklauseln allein reichen nicht

Bread for the World et. al. 2019: Statement from Civil Society Organizations Against E-commerce Rules in the World Trade Organization. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/blogs/Hilbig_Sven/cso_letter_digital_trade_wef_2019-01-25.pdf

Europäische Kommission 2017: EU Proposal on Energy & Raw Materials. 3rd Round of Trade Negotiations between the European Union and Indonesia, Explanatory Note, S. 1. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/september/tradoc_156116.pdf

Europäische Union. Ständige Mission bei der Welthandelsorganisation 2019: Request for Consultations by the European Union. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/november/tradoc_158450.pdf

Green Jobs in Brasilien Soziale Ungleichheit muss bekämpft werden

Caruso, Luiz Antonio Cruz 2010: Skills for green jobs in Brazil: unedited background country study. International Labour Office, Skills and Employability Department, Genf.

DIEESE 2020: Emprego e Negociação em Atividades Verdes no Brasil, estudo desenvolvido através do apoio do ICS-Instituto Clima e Sociedade. (unveröffentlicht)

Muçouçah, Paulo Sergio 2009: Empregos Verdes no Brasil: quantos são, onde estão e como evoluirão nos próximos anos. ILO, Brasilien.

Saget, Catherine et al. 2020: Jobs in a net-zero emissions future in Latin America and the Caribbean. ILO & Interamerikanische Entwicklungsbank, Washington D.C. & Geneva. <https://publications.iadb.org/en/jobs-in-a-net-zero-emissions-future-in-latin-america-and-the-caribbean>

Just Transition in Nigeria Zwischen Öl und Ökolandbau

Constitution of the Federal Republic of Nigeria 1999, gültige Fassung

Fatheuer, Thomas et al. 2016: Inside the Green Economy: Promises and Pitfalls. Heinrich-Böll-Stiftung and Greenbooks: Cambridge/Munich.

Federal Ministry of Environment, Nigeria 2014: National Climate Change Policy Document

National Bureau for Statistics 2019

Nigeria Labour Congress 2015: Climate Change Policy Document

Zivilgesellschaftliche Kooperation in den Amerikas „Die PLADA ist ein Werkzeug des Kampfes.“

CSA/TUCA 2014: PLADA - Development Platform of the Americas. <http://www.world-psi.org/en/plada-development-platform-americas>

Digitale Plattformgenossenschaften in Südafrika Plattformökonomie – aber nur von Menschen für Menschen

Carr-Chellman, Alison A. & Carr-Chellmann, Davin J. 2012: Introduction to Special Issue: Technology Neutrality, Ethics, Values, and Human Social Systems, Education Technology, 52(1).

De Stefano, Valerio 2018: Collective bargaining of platform workers: domestic work leads the way. Regulating for Globalization. Trade, Labour and EU Law Perspectives. Wolters Kluwer. <http://regulatingforglobalization.com/2018/12/10/collective-bargaining-of-platform-workers-domestic-work-leads-the-way/>

Doherty, Michael & Franca, Valentina 2020: Solving the 'Gig-saw'? Collective Rights and Platform Work, Industrial Law Journal, 49(3), September 2020.

Healy, Joshua et al. 2017: Should we take the gig economy seriously? Labour & Industry: a journal of the social and economic relations of work, 27(3).

ILO International Training Centre 2011: Social and Solidarity Economy: Our common road towards, Decent Work. Turin. http://ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/--coop/documents/instructionalmaterial/wcms_166301.pdf

McCann, Duncan 2018: Disrupting together. The Challenges (And Opportunities) For Platform Co-Operatives. New Economics Foundation.

Miller, Boaz: Is Technology Value-Neutral? (Forthcoming in Science, Technology and Human Values)

NEDLAC 2019: Futures of Work in South Africa. <https://nedlac.org.za/wp-content/uploads/2017/10/Futures-of-Work-in-South-Africa-Final-Report-March-2019.pdf>

Presidential Commission on the Fourth Industrial Revolution. Terms of Reference. Government Gazette, 9. April 2019. https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201904/42388gen209.pdf

Scholz, Trebor 2016: Platform Cooperativism. Challenging the Corporate Sharing Economy. Rosa Luxemburg Stiftung, New York Office. http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/scholz_platformcoop_5.9.2016.pdf

Scholz, Trebor 2016: Overworked and Underpaid. How Workers Are Disrupting the Digital Economy. <http://pombo.free.fr/trebor-scholz.pdf>

South Africa in the Digital Age (SADA). Pathways to digital work. A Strategy Primer for South Africa's Digital Economy. <https://www.genesis-analytics.com/uploads/Pathways-to-Digital-Work-SADA-Strategy-Primer-full-report.pdf>

Statistics South Africa, Quarterly Labour Force Survey, VJ 2, 2020 (StatsSA QLFS Q2, 2020) <http://www.statssa.gov.za/?s=Quarterly+labour+force+survey>

Sundrup, Eric 2016: It's time to admit: our tech is not value neutral, America, The Jesuit Review, 4. November 2016. <https://www.americamagazine.org/politics-society/2016/11/04/its-time-admit-our-tech-not-value-neutral>

The World Bank 2018: Overcoming Poverty and Inequality in South Africa. An Assessment of Drivers, Constraints and Opportunities. Washington D.C. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/29614>

Veen, Alex et al. 2019: Flexibility of gig economy jobs a mirage, The Sydney Morning Herald, 12. Juli 2019. <https://www.smh.com.au/business/workplace/flexibility-of-gig-economy-jobs-a-mirage-20190710-p5261q.html>

Wright, Chris et al. 2017: Beyond National Systems. Towards a 'Gig Economy'? A Research Agenda for International and Comparative Employment Relations. Employ Respons Rights, 2017(29), 247-257.

Gründung der Gewerkschaft SINDIKASI in Indonesien Neue Zielgruppe, neue Kultur, neue Sprache

Statistische Daten und Ergebnisse der Kreativwirtschaftsbefragung, BEKRAF und BPS 2017: Die indonesische Kreativwirtschaftsagentur: Ein Meilenstein für die indonesische Kreativwirtschaft: www.bekraf.go.id/profilInvestigation

TEMPO Magazin „Die Digitalwirtschaft Indonesiens: Ein südostasiatischer Riese?“ <https://investigasi.tempo.co/193/ekonomi-digital-di-indonesia-raksasa-asia-tenggara>

SINDIKASI-UMFRAGE: Mangelnde Ruhezeiten von Arbeitnehmer_innen und fehlende Berufsaussichten www.sindikasi.org/perjkurang-rest-dan-tak-punya-kejelas-karir-di-masa-depan/

World Economic Forum 2020: The Future of Jobs Report 2020. Geneva. www.weforum.org/reports/the-future-of-jobs-report-2020/in-full/executive-summary

Antifaschismus und Arbeitskampf in Brasilien „Als Erstes müssen die Fahrer verstehen, dass sie ausgebeutet werden.“

The Intercept Brasil 2020: Conheça Paulo Lima, o entregador de aplicativo antifascista que organiza a categoria, 10.06.2020. <https://www.youtube.com/watch?v=iTVhpgxH8dY>



DGB Bildungswerk BUND e.V.
Nord-Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-333
Fax: 0211 / 4301-500

nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de